

Verantwortung



© Adrian Messner / Edith Höll

Zeitschrift,
herausgegeben im Auftrag der
Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung
(Martin-Niemöller-Stiftung und
Dietrich-Bonhoeffer-Verein e. V.)

40. Jahrgang / Nr. 77

Juli 2026

ISSN 0936-7454

**Gut informiert?
Frieden und Kriege
in den Medien**

77

Gut informiert?

Frieden und Kriege in den Medien

Die politische Debatte und die gesellschaftliche Stimmung ändern sich rasant. Viele reiben sich die Augen: Befinden wir uns etwa schon in einer Vorkriegszeit? Militärisches Denken breitet sich aus und dominiert weithin die Politik und öffentliche Debatten.

Großen Einfluss haben die Medien, in einer Gesellschaft, die in weiten Teilen nicht kriegsbereit ist und dies auch nicht sein will. Welche Rolle kommt den Medien zu – den klassischen Medien wie auch den alternativen und den Sozialen Medien? Sind Medien Treiber oder Getriebene der Entwicklung? Alle Medien sind mehr oder weniger zwingend darauf angewiesen, Aufmerksamkeit zu erzielen. Wie geht das zusammen mit dem journalistischen Ethos und ihrer Rolle als ‚vierte Macht‘ in der Gesellschaft? Haben die Medien einen eigenen Kompass, mit dem sie zwischen friedens- und kriegslogischen Ansätzen navigieren können? Die Wahrnehmung und die journalistische Arbeit vieler Medienleute scheint geprägt von Mythen über Krieg und Frieden. Welche Mythen treiben die Medien? Nach welchen Mechanismen bewerten und verarbeiten die Redaktionen Nachrichten, Emotionen und Positionen? Bilden sie die Debatten und deren Standpunkte angemessen ab? Wo und wie kommen die pazifistischen Friedensansätze zu Wort? Wie finden wir heraus aus den Kriegen und dem Krieg generell?

Auf diese Fragen soll die Tagung weiterführende Antworten geben. Ausgangspunkt ist die Vergewisserung eigener geistlicher und ethischer Haltungen. Personen aus der Medienpraxis und aus der Medienforschung werden interagieren, im engen Austausch mit Ihnen – uns teilnehmenden Medien-Rezipienten und -Akteurinnen – ein Trialog. Ziel der Tagung ist, sich für die eigene Medien-Nutzung, aktiv wie passiv, zu qualifizieren und im Dialog mit Medienschaffenden Wege zu einem konstruktiven Diskurs zu finden, der Frieden stiftet.

(Ankündigungstext für die Tagung)

Inhalt:

»Gut informiert? Frieden und Kriege in den Medien«

Tagung der Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung im Augustinerkloster zu Erfurt 1. bis 3. Mai 2026

► Prof. Dr. Andreas Pangritz: Editorial	4
► Dr. Uwe-Karsten Plisch: Begrüßung und Einführung	5
► Philipp Meinhardt: Der Mythos der allmächtigen Technik	7
► Prof. Dr. Thomas Nauerth: Der Mythos der erlösenden Gewalt	14
► Stephan Hebel: Die »Wahrheit« im Krieg	20
► Prof. Dr. Sabine Schiffer: Die Medien in den Kriegen – Getriebene oder Treiber?	29
► Landesbischof Friedrich Kramer: Als Friedensbeauftragter in den Medien – »Denn Gott ist nicht ein Gott der Unordnung, sondern des Friedens« (1 Kor 14,33)	37
► Prof. Dr. Carola Richter: Der Nahostkonflikt in den deutschen Medien	44
► Karsten Frerichs: Standards und vorherrschende Perspektiven im Nachrichtenjournalismus	50
► Lilith Becker: Soziale Medien – verstehen und nutzen für die Friedensarbeit	54
► Gerd Bauz: Alternative Portale – kritisch und kritikwürdig	61
► Prof. Dr. Sabine Schiffer: Kognitive Kriegsführung – Kriegspropaganda	66
► Pfrin. i.R. Renate Hoepfner: Andacht am 2. Mai 2026	71
► Josephine Kaiser: Predigt: Singt dem Herrn ein neues Lied – vom Lied der <i>neuen</i> Ethik	74
► Dr. Uwe-Karsten Plisch: Tagungsrückblick	76
► Erfurter Appell	80
► Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	84

Editorial

Prof. Dr. Andreas Pangritz

»Gut informiert? Frieden und Kriege in den Medien« – unter diesem Motto fand vom 1. bis 3. Mai 2026 die außerordentlich gut besuchte friedensethische Tagung der Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung im Evangelischen Augustinerkloster zu Erfurt statt. Als Referentinnen und Referenten waren Theologen, Medienwissenschaftlerinnen und Journalisten geladen worden, um die Frage zu diskutieren, inwiefern unsere Medien gut über Probleme des Friedens und der aktuellen Kriege informieren. Die meisten Vorträge werden in diesem Heft dokumentiert.

Aufmerksame Leserinnen und Leser werden bemerken, dass im Vortrag von Friedrich Kramer, dem Friedensbeauftragten der EKD, und anderswo auf einen Beitrag von Gerwald Herter vom Deutschlandfunk hingewiesen wird, der nicht in dieser Sammlung enthalten ist. Leider wurde uns Herters Vortrag über »Journalistische Qualität in polarisierenden Friedens-Debatten« nicht in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt. Diese Lücke ist bedauerlich, zumal Herter auf der Tagung einen deutlichen Kontrapunkt zu den überwiegend medienkritischen Beiträgen der anderen gesetzt hat.

Um so mehr gilt, dass die hier vorgelegte Sammlung kritisch gelesen werden will. Denn die Frage, wo genau die Grenze verläuft zwischen berechtigter Medienkritik und pauschaler Medienschelte, ist nicht ganz trivial. Wer Medienschaffenden vorwirft, den Regierenden nach dem Mund zu reden, wird sich davor hüten müssen, seinerseits Verschwörungsmythen zu verbreiten. Und wenn eine Mehrheit der Bevölkerung die Berichterstattung über einen Konflikt als einseitig

empfindet, dann ist damit noch nicht gesagt, dass diese Berichterstattung tatsächlich so einseitig ist. Mehrheiten entscheiden auch hier nicht über Wahrheit. Zur Medienverantwortung gehört im Übrigen auch die sorgfältige Wortwahl. Wer etwa der israelischen Regierung Menschheitsverbrechen vorwirft, läuft Gefahr, journalistische Sorgfalt durch aktivistische Propaganda zu ersetzen. Denn der Ausdruck »Menschheitsverbrechen« hat seinen Ursprung in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen und sollte insbesondere die Beispiellosigkeit des industriellen Massenmordes der Nazis an den Juden bezeichnen. Wer diesen Ausdruck auf aktuelle Kriege und die sie begleitenden Verbrechen anwendet, muss sich fragen lassen, ob er damit nicht – gewollt oder ungewollt – die Verbrechen der Nazis relativiert.

Die These, dass die Medien es vorzögen, über aktuelle Kriegsereignisse zu berichten statt über Friedensbemühungen, weil der Friede nun einmal statisch (und damit wohl langweilig) sei, Kriege hingegen dynamisch (und damit wohl spannender), stieß im Publikum mit Recht auf Widerspruch: Der Friede sei ein oft mühsamer Prozess, wurde dagegen eingewandt; und es sei gerade Aufgabe der Medien, Friedensinitiativen und deren Bemühungen, die Kriegslogik zu überwinden, gründlich zu recherchieren und spannend darzustellen. Dazu gehöre freilich Mut und Phantasie, die aber nötig seien, um dem allgemeinen Kriegsgeschrei die Friedensfähigkeit entgegenzusetzen, die es angesichts der aktuellen kriegesischen Auseinandersetzungen braucht.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich eine anregende Lektüre.



Begrüßung

Dr. Uwe-Karsten Plisch

Ein herzliches Willkommen allen, die sich ins schöne Erfurt und an diesen geschichtsträchtigen Ort aufgemacht haben, um an unserer friedensethischen Tagung teilzunehmen. Die scheinbare Selbstverständlichkeit von Kriegen schleicht sich immer mehr in unseren Alltag, deshalb steht die Tagung in diesem Jahr unter der Frage: »Gut informiert? Frieden und Kriege in den Medien.« Die Rolle der Medien in Fragen von Krieg und Frieden ist kaum zu überschätzen. Sie können uns für Kriegsrhetorik sensibilisieren oder aber zur schleichenden Gewöhnung an Begriffe wie Kriegstüchtigkeit, Drohnenkrieg oder Präventivschlag beitragen.

Die dümmste Frage eines Journalisten an einen Journalistenkollegen, die ich in letzter Zeit gehört habe, ist die folgende: Während der Münchner Sicherheitskonferenz fragte ein Berliner Radiojournalist einen Münchner Kollegen vor Ort nach der Rede des US-amerikanischen Außenministers Marco Rubio: »Ist Amerika noch unser Freund?« Die Antwort war ein ausgewogenes »Ja, aber ...«, bewegte sich also etwa auf dem Niveau der Frage. Die Frage ist aus zwei Gründen dumm. Zum einen zitiere ich, wie schon letztes Jahr an dieser Stelle, Bismarcks alte Weisheit: »Staaten haben keine Freunde«, und, um mit de Gaulle fortzusetzen: »... nur Interessen«. Das wussten wahrscheinlich schon die alten Römer, zumindest lässt sich der Satz »Staaten haben keine Freunde« leicht ins Lateinische übersetzen: *Non habent amicos civitates*. Das könnte so schon bei Augustin im Gottesstaat stehen, tut es aber vermutlich nicht. Der zweite Grund, warum die Frage dumm ist, ist der: Wer Amerika sagt, wenn er die Vereinigten Staaten von ..., also den flächenmäßig kleineren Teil des nordamerikanischen Teilkontinents meint, plappert ohne Nachzudenken den imperialen Anspruch und Habitus der USA nach, die Lateinamerika als ihren Hinterhof betrachten und sich weltpolitisch gerade so aufführen, als wären wir wieder im 19. Jahrhundert.

Nun geht es mir hier natürlich nicht um Journalist:innenbashing, sondern um das Einfordern von sprachlicher Sorgfalt und um das Herantasten an das, was ich von gutem Journalismus erwarte und welche Bedingungen dafür gegeben sein müssten. Im letzten Jahr wurden 67 Journalist:innen bei der Ausübung ihres Berufs getötet, über 500 sitzen in Haft. Wer differenziert und

kritisch berichtet, bekommt vielleicht den Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis für Fernsehjournalismus, muss aber mit Anfeindungen und Schmähungen rechnen. Letzteres gehört zum Berufsrisiko, das muss man aushalten; Leib und Leben zu riskieren, sollte nicht dazugehören. Das Motto des Hanns-Joachim-Friedrichs-Preises lautet: »Einen guten Journalisten erkennt man daran, dass er sich nicht gemein macht mit einer Sache, auch nicht mit einer guten Sache.« Der Satz wird häufig, aber zu Unrecht, Hanns-Joachim Friedrichs selbst zugeschrieben, zumindest hat er ihn popularisiert (und sich keineswegs immer daran gehalten). Ich habe lange mit diesem Satz gefremdelt, finde ihn aber im Grundsatz richtig. Der Satz meint auch keineswegs, dass Journalistinnen keine eigene Haltung haben dürften, sie müssen nur sachlich, fundiert und möglichst objektiv berichten und, wenn nötig, kritisch nachfragen. Dass es keine absolute Objektivität gibt, weiß ich natürlich. Ein Beispiel: Wenn der Berliner Radiojournalist Harald Asel über den Wiederaufbau des Turms der Potsdamer Garnisonkirche berichtet, darf er den Wiederaufbau natürlich persönlich gut finden; das ist sein gutes Recht. Wenn er aber Vertreter der Stiftung interviewt und diese ihm faustdicke Lügen zur Geschichte der Kirche oder zum Finanzgebaren der Stiftung auftischen, muss er kritisch nachfragen.

Was möchte ich noch auf dieser Tagung lernen? Wie kommt es überhaupt zu einer Nachricht? D. h. was ist eine Nachricht und was ist keine, und wer entscheidet darüber? Mit anderen Worten: Wir müssen über Timmy reden. Nicht dass die Berichterstattung über den gestrandeten Wal nicht psychologisch interessant wäre. Aber einen Monat lang? Jeden Tag? An jedem Tag, an dem über den kleinen Buckelwal berichtet wird, und natürlich auch an jedem anderen Tag, werden in Deutschland mehr als 2 Millionen Tiere geschlachtet. Jeden Tag: 1,7 Millionen Hühner, 150.000 Schweine, 94.000 Truthühner, 9.000 Rinder und Kälber, 3.000 Schafe, 68 Ziegen, 14 Pferde; Fische und andere Meerestiere nicht mitgezählt. 2 Millionen pro Tag, macht 700 Millionen im Jahr. In Deutschland. Wenn Sie das auf die EU hochrechnen, von der Welt nicht zu reden, wird ihnen schwindelig. Oder wie es der Literaturnobelpreisträger Isaac Bashevis Singer schon vor Jahrzehnten ausdrückte: »Für die Tiere ist jeden Tag Treblinka«. Eine Meldung ist das

nicht. Die Informationen habe ich aber natürlich aus diversen Medien zusammengetragen. Wenn Sie mal wieder auf Menschen treffen, die »sich ihr Schnitzel nicht wegnehmen« lassen wollen, machen Sie sie höflich darauf aufmerksam, dass die Menschen, die das Schnitzel in einem deutschen Schlachthof aus seinem Vorbesitzer (einem Tierkind) extrahiert haben, zum großen Teil aus Osteuropa stammen und mittlerweile auch häufig aus Indien und Vietnam. Wenn sie die alle »remigrieren«, hat sich's mit Schnitzel.

Was macht es mit Journalist:innen, wenn sie statt über wirklich wichtige Dinge über Quatsch berichten müssen? Was bedeutet es für die Pressevielfalt, wenn schon nicht für die Pressefreiheit, dass sich die auflagenstärksten Zeitungen in der Hand nur einer Handvoll Unternehmen befinden? Deutschland ist im Index der Pressefreiheit gerade auf Platz 14 abgerutscht, immer noch ein sehr guter Wert. »Demokratien«, die notorisch Krieg führen, liegen weit dahinter. Die USA auf Platz 64, Israel, Heimat so renommierter Zeitungen wie *Ha'aretz* oder *Jedi'ot Acharonot*, auf Platz 116. Syrien, wo ein fragiler Friede herrscht, hat einen Sprung nach oben gemacht (von 177 auf 141). Frieden ist gut für Pressefreiheit, Krieg schlecht.

Apropos: Die Bundesregierung hat soeben ihre allererste Militärstrategie veröffentlicht. D. h. sie hat sie nicht veröffentlicht, sondern nur ihre Existenz bekanntgegeben – die Inhalte sind geheim – und das Ziel verkündet, die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas auszubauen. Das wirft mehrere Fragen auf: Wozu braucht man die größte konventionelle Armee Europas? Für eine effiziente Landesverteidigung jedenfalls nicht. Was passiert, wenn die AfD Wahlen gewinnt und über die größte konventio-

nelle Armee Europas verfügt? Wenn man den Überbietungswettbewerb unter Experten in Talkshows, wann denn wohl »der Russe« in NATO-Gebiet einmarschiert, mit der kirchlichen Rechtfertigung von Präventivschlägen in der jüngsten EKD-Friedensdenkschrift zusammendenkt, kann man schon auf den Gedanken kommen, wir sollen in einen Präventivkrieg hineingequatscht werden. Genug Stoff für kritische Recherche.

Die Passage in der Denkschrift der EKD enthält übrigens eine besonders köstliche Perle, die ich im ersten Anlauf überlesen hatte (§ 147): »Wenn friedliche Mittel der Konfliktbearbeitung ausgeschöpft sind und bewaffnete Gegenwehr die einzig verbleibende Möglichkeit zur Abwehr einer existenziellen Bedrohung darstellt, kann aus ethischer wie völkerrechtlicher Perspektive eine präventive militärische Reaktion gerechtfertigt sein.« Haben Sie es bemerkt? Präventive Re-Aktion. Die Autor:innen haben vermutlich nicht einmal bemerkt, dass das sinnwidrig ist, George Orwell hätte gelacht.

Von sozialen Medien verstehe ich so gut wie gar nichts. Beruflich bespiele ich sie nur widerwillig, privat meide ich sie, weil mich einfach nicht interessiert, was andere Leute zu Mittag aßen. Relevant sind soziale Medien trotzdem. Hier erhoffe ich mir den größten Erkenntniszuwachs.

Wie im letzten Jahr, so haben mir die Organisatorinnen der Tagung wieder die Rolle des Tagungsbeobachters zugedacht. Das hat den schönen Nebeneffekt, dass ich nicht nur das erste Wort der Tagung hatte, sondern auch das letzte haben werde. Einmal im Jahr ist das in Ordnung, denke ich. 

Der Mythos der allmächtigen Technik

Philipp Meinhardt

Ich freue mich sehr, dass ich heute hier sein und zu dieser sehr spannenden und vielseitigen Tagung beitragen darf. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um Ihnen einige Überlegungen zum Mythos der vermeintlich allmächtigen Technik vorzustellen.

Zunächst werde ich kurz auf den Begriff des Mythos und seine Bedeutung für das Selbstverständnis des Menschen eingehen (1). Anschließend möchte ich kurz die Ideenwelt des Transhumanismus vorstellen (2). Im dritten Teil möchte ich dann dafür argumentieren, dass es sich bei aktuellen Techniknarrativen um eine moderne Form des Mythos handelt (3). Und abschließend will ich darauf eingehen, welche Folgen solche Neomythologien für unser Welt- und Menschenbild, unsere Ethik und unseren Umgang mit der Wirklichkeit haben (4).

1 Die Rolle des Mythos für das Selbst- und Weltbild des Menschen

In Mythen fragt die Menschheit in der Form der Erzählung nach sich selbst und ihrem Verhältnis zur sie umgebenden Welt und zum Göttlichen oder – allgemeiner gesprochen – zum Numinosen. Der Mensch wird dabei einerseits als Mängelwesen begriffen, gleichzeitig aber auch als einzigartig und aus der übrigen Schöpfung herausgehoben. Das, was ihn definiert und unterscheidet, wird oft gerade anhand einer Grenzüberschreitung erzählt. Denken Sie beispielsweise an Prometheus, der den Göttern das Feuer stiehlt, um die Menschen über die Tiere zu erheben und ihnen göttliche Fähigkeiten zu verleihen. Oder an die biblische Urgeschichte, in der die Menschen ihren Herrschaftsauftrag als Gewaltherrschaft missbrauchen und sich im Turmbau mit Gott gleichsetzen wollen.

Diese Grenzüberschreitungen führen letztlich zur Einsicht, dass der Mensch in seinen Möglichkeiten räumlich, zeitlich und in seinem Handlungsspielraum begrenzt ist und dennoch zu einem gewissen Grad über Eigenschaften verfügt, die sonst den Göttern vorbehalten sind (etwa über Erkenntnis, Kunstfertigkeit/Technologie, »unsterblichen« Ruhm).

Entscheidend ist dabei, dass der Mythos nicht zwischen Erzählung und Wirklichkeit unterschei-

det. Die Alltagswelt des Menschen ist direkt durch das mythische Geschehen definiert. Gleichzeitig aktualisiert jedes Ereignis den Mythos und bringt ihn neu zur Wirklichkeit. Die Welten des Menschlichen, des Natürlichen und des Göttlichen greifen ineinander: Die Erzählung entspricht der Welt, und die Welt ist Verwirklichung der Erzählung. An einem Beispiel erläutert: Der Zorn des Poseidon führt zu einer stürmischen See. Wer nun als durch den Mythos der griechischen Antike geprägter Mensch auf dem Meer in einen Sturm geriet, für den war Poseidons Zorn keine Metapher. Für das Erleben dieser Person *ist* das Meer der zornige Gott, der unmittelbar erfahren wird.

Diese Unmittelbarkeit des Mythos ist dabei nicht absolut. Indem er versprachlicht und inszeniert wird (zunächst in Kulthandlungen, später und daraus hervorgehend in Epik und Poetik), entsteht auch eine Distanz zwischen Erzählen und Erleben. Diese Distanz führte bereits in der Antike zu einer Dynamik der Demythologisierung.

In der griechischen Philosophie beginnt mit der fortschreitenden Differenzierung der Begriffe Mythos und Logos eine kritische Distanzierung vom Mythos als Vermittler von Wahrheit. Der Logos als beschreibende, erklärende und nicht zuletzt berechnende Zugangsweise zur Wirklichkeit löst die erzählende Unmittelbarkeit ab. Parallel dazu und auf ganz andere Weise distanziert sich die jüdische und später die christliche Religion vom Wesen des Mythos: In der Unterscheidung von Schöpfer und Geschöpf wird der biblische Monotheismus mythenkritisch. Göttliche und irdische Wirklichkeit fallen biblisch gerade nicht mehr in eins, Welt und Mensch werden dadurch radikal profaniert.

Schließlich hat die moderne Naturwissenschaft scheinbar endgültig der Wirklichkeit das Numinose, Erschreckende und Mysteriöse genommen, mit dem sich der Mensch nur erzählend, nicht aber erklärend auseinandersetzen kann. Der Logos, so schien es um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, hat den Mythos endgültig überwunden, und die Menschheit tritt in ein Zeitalter der Vernunft und Aufgeklärtheit ein.

So kam es dann doch nicht. Das Schreckliche, Irrationale und Unsagbare der Wirklichkeit wurde

wieder überdeutlich ins Bewusstsein gerufen. Die großen Erzählungen der politischen Mythologien des 20. Jahrhunderts haben im schrecklichsten Sinne die Menschen in ihre Gewalt genommen. Im Nachhinein ist zudem offensichtlich, dass der aufgeklärte Humanismus auch vorher schon selbst ein Mythos war, der in Wahrheit den gebildeten, weißen europäischen Mann zum Wesen des Menschen stilisiert hat und dabei weitgehend blind war für die Ausbeutung und Unterdrückung, auf der dieses Ideal aufgebaut war.

Parallel dazu änderte sich die wissenschaftliche Haltung zum Mythos: Philosophen, Ethnologen und Psychologen nahmen den Mythos zunehmend als eine grundlegend menschliche Art und Weise des Umgangs mit Wirklichkeit in den Blick, die nicht an eine historische Epoche gebunden ist, sondern zu jeder Zeit wirkt. Gerade wenn die Menschen meinen, den Mythos rational gebannt zu haben, schafft sich die Macht der Erzählung wieder Raum.

2 Erzählungen der Entgrenzung im Transhumanismus

Damit springen wir in die Gegenwart und zu einer der nach meiner Einschätzung gerade wirkmächtigsten Erzählungen, die unser Selbst- und Weltverständnis beeinflussen – eben derjenigen der »allmächtigen Technik«. Diese Erzählung kristallisiert sich gegenwärtig am deutlichsten in der Debatte um Künstliche Intelligenz (KI), der man sich ja seit einigen Jahren schlicht nicht mehr entziehen kann, selbst wenn man das wollte.

Einige Zitate sollen kurz die dramatischen Untertöne der Debatte illustrieren.

Kein Geringerer als Stephen Hawking hielt gegen Ende seines Lebens fest: »KI ist wahrscheinlich das Beste oder das Schlimmste, was der Menschheit passieren kann.«

Elon Musk, der Mann, der mit Grok den derzeit zügellosesten der großen Chat-Bots auf die Menschen loslässt, mahnt zur Vorsicht: »Ich denke, wir sollten mit künstlicher Intelligenz sehr vorsichtig sein. Wenn ich raten müsste, was unsere größte existenzielle Bedrohung ist, dann wäre es wahrscheinlich diese.«

Sam Altman, der CEO von OpenAI, spricht von den neuen Wundern, die durch KI möglich werden und sieht eine Veränderung innerhalb der nächsten zehn Jahre voraus, die wir uns nicht

einmal vorstellen können: »The rate of new wonders being achieved will be immense. It's hard to even imagine today what we will have discovered by 2035.«

Und Eliezer Yudkowsky, der sich mittlerweile zu einem der prominentesten »Doomer« entwickelt hat, prophezeit den Untergang der Menschheit durch KI: »Shut it all down. We are not ready. We are not on track to be significantly readier in the foreseeable future. If we go ahead on this, everyone will die.«

Wenn man diesen Äußerungen zuhört, klingt es so, als wäre die Entwicklung von KI das wichtigste Ereignis (mindestens) unserer Zeit; und die Liste prominenter Äußerungen in dieser Richtung ließe sich beliebig lange fortsetzen.

Wichtig ist hierbei, dass es nie um die Technologien geht, die wir heute tatsächlich zur Verfügung haben, und nicht um die Möglichkeiten oder auch die Probleme, die solche Anwendungen mit sich bringen. Es geht vielmehr immer um die Vorstellung eines qualitativen Sprungs hin zur AGI (Artificial General Intelligence) oder »starken KI«, die dem Menschen in allen kognitiven Belangen ebenbürtig oder überlegen ist, die versteht, was sie tut und sich ihrer selbst bewusst ist. Bislang handelt es sich unstrittig bei allen technischen Anwendungen um »schwache KI«, aber OpenAI und andere Akteure zielen ausdrücklich auf eine dem Menschen in jedem Gebiet ebenbürtige oder überlegene Intelligenz. Von dieser wird dann allerlei Wunderbares erwartet: Entweder löst sie all unsere Probleme, stoppt den Klimawandel, schenkt uns Unsterblichkeit und ermöglicht die Eroberung des Weltraums, oder sie vernichtet uns alle.

Daher die massive Aufgeladenheit der Debatte: Sollte das stimmen, ginge es um alles. Himmel und Hölle erscheinen dann plötzlich als reale Möglichkeiten für die nahe Zukunft. Das gilt für die KI-Diskurse seit ihren Anfängen. Im Grunde schwingt diese endzeitliche Oszillation zwischen Erlösungshoffnung und Vernichtungsangst angesichts einer überlegenen KI spätestens seit den 1950er Jahren mit.¹

Hierfür gibt es im Grunde überhaupt keinen Anlass. Kein technisches Produkt macht wirklich Anstalten, die Welt zu erlösen oder zu vernichten – schon gar nicht aus eigenem Antrieb. Der Diskurs wird dennoch derart aufgeregt geführt, da schlicht immer wieder behauptet wird, wie wir in den Zitaten gesehen haben, dass eine völlig neue

Form von bewusster und künstlicher Existenz kurz bevorsteht, die unser Leben vollständig verändern und die Grenzen des Menschenmöglichen durchbrechen wird. Diejenigen Personen, die diese »Prophezeiungen« aufstellen, sind meist Vertreter einer recht jungen ideologischen Strömung, des Transhumanismus.

Wie der Name schon sagt, geht es um eine Weiterentwicklung des Menschen, um eine Überschreitung ins Trans-Humane. Wenn man den Vertretern dieser Denkrichtung zuhört, kristallisieren sich drei grundlegende Grenzüberwindungen heraus, die die Erzählungen prägen:

- die Überwindung der biologischen Grenzen des Menschen;
- die Überwindung der Sterblichkeit;
- die Überwindung der Grenze von Schöpfer und Geschöpf durch die Erschaffung einer übermenschlichen Intelligenz.

Durch prominente und einflussreiche Vertreter (exemplarisch genannt seien Ray Kurzweil, Yuval Noah Harari und Nick Bostrom) erlangt der Transhumanismus zunehmend an Reichweite und Einfluss. Bis vor Kurzem betraf dies vor allem die USA und das Silicon Valley. Aber durch die enormen finanziellen Ressourcen, die soziale Bedeutung der IT-Branche und das mediale Echo gewinnt transhumanistisches Denken zunehmend global an Bedeutung: Unverhüllt sichtbar wurde dies an Beispielen wie dem von Elon Musk, der vor einem Jahr schon ziemlich nah an die Schalt-hebel der Macht gekommen ist. Erinnert sei auch an den Einfluss etwa eines Peter Thiel, des Mentors von JD Vance. Aber auch Leute wie Sam Altman beraten Regierungen, leiten Milliardeninvestitionen in Forschung und Produktion bestimmter Technologien um und prägen die öffentliche Wahrnehmung.

Im Folgenden werfen wir einen etwas genaueren Blick auf die drei genannten Bereiche der Grenzüberschreitung, die für das transhumanistische Denken leitend sind.

Zunächst die *Überwindung der biologischen Grenzen des Menschen*: Hierbei geht es um das recht weite Feld des »Human Enhancement«, also um den Übergang von therapeutischen zu optimierenden (technischen) Eingriffen in den menschlichen Körper. Das Ziel ist eine Selbstoptimierung durch Prothetik, genetisches Enhancement (an-

ders ausgedrückt: Eugenik) oder durch Neurotechnologie.

Gegenwärtig gelten als nächstes große Etappenziel Neuroimplantate und Mensch-Maschine-Schnittstellen, die künstliche und natürliche Intelligenz verbinden, wobei in jüngerer Zeit tatsächlich große Fortschritte erzielt wurden wie die Ermöglichung der Bewegung von Roboterarmen durch Hirnelektroden bei Querschnitts-gelähmten.

Ein anderes Feld, das schon längst zum Alltag gehört, ist das sogenannte Self-Tracking oder »Quantified Self«: Dabei geht es darum, möglichst viele Teile des eigenen Lebens in Daten zu übersetzen und sich anhand dieser Daten zu optimieren. Wenn also Ihr Handy Ihnen sagt, wie viele Schritte Sie heute schon gelaufen sind und wie viele Sie noch laufen müssen, oder die Uhr misst, wie gut Sie geschlafen haben, und Sie dann den nächsten Abend entsprechend umgestalten, zeigt sich, wie weit der Gedanke einer an Zahlen orientierten Selbstverbesserung bereits in den Alltag eingedrungen ist.

Unter den Stichpunkten »Augmented Reality« und »Metaverse« wird dieses Übersetzen des menschlichen Lebens in mathematische Formalisierbarkeit noch weiter gedacht. Einerseits sollen digitale Informationen immer unmittelbarer in unsere Alltagswahrnehmung integriert werden, etwa indem Informationen, Bilder oder Wegbeschreibungen nicht mehr auf einem externen Gerät angezeigt, sondern direkt auf die Umwelt oder die Netzhaut des Betrachters projiziert werden. Auf der anderen Seite wird das Auslagern sozialer Interaktion in den digitalen Raum als qualitative Überbietung des auf den direkten Kontakt beschränkten Beziehungsumfeldes verstanden. Nach transhumanistischer Vorstellung überwindet die Menschheit so Schritt für Schritt ihre durch den menschlichen Organismus gesteckten Grenzen, bis sie sich schließlich zu einer neuen Gattung von Cyborgs entwickelt, Hybridwesen aus Mensch und Technologie.

Die *Überwindung der Sterblichkeit* ist im Grunde nur die konsequente Erweiterung des vorherigen Punktes. Altern und Tod werden nicht als biologische und biographische Notwendigkeit, sondern als zu bekämpfende Krankheit verstanden.

Müssen sich Anhänger des Transhumanismus bislang noch auf die Kryonik und die Hoffnung auf zukünftige Revitalisierung stützen, ist das eigentliche Ziel eine zeitnahe biotechnologische

Ausschaltung von Alterungsprozessen und der stetige Ersatz »defekter« Elemente des Körpers, um den Prozess des Sterbens auf unbestimmte Zeit hinauszuzögern. Seine Vollendung findet dieser Kampf gegen die eigene Sterblichkeit im »Mind uploading«, also der Digitalisierung mentaler Prozesse inklusive unserer Erinnerungen und unserer Persönlichkeit. Denkmöglich ist dieser Vorgang nur unter der Voraussetzung eines radikalen Informationsmonismus: Das, worauf sich Menschen mit Begriffen wie »Bewusstsein«, »Seele« oder »Persönlichkeit« beziehen, ist demnach letztlich ein rein algorithmischer Informationsgehalt. Der Körper ist dann nur das Trägermedium und kann im Grunde beliebig ersetzt werden.

Eine mildere Form von digitaler Unsterblichkeit, die gegenwärtig schon auf den Markt drängt, ist ein digitales Totengedenken in Form von Chat-Avataren. Handy-Daten, Chat-Verläufe und Social-Media-Einträge werden ausgelesen und dienen einem Chatbot als Grundlage, den Stil eines Verstorbenen zu imitieren, damit Angehörige über den Tod hinaus mit den Verstorbenen sprechen und interagieren können.

In einem letzten Schritt wird schließlich erwartet, dass neue Formen von bewusster, intelligenter Existenz entstehen, und der Mensch als Erschaffer ihm überlegener Daseinsformen die letzte Beschränkung überschreitet, die *Grenze zwischen Schöpfer und Geschöpf*. Hier wird die enorme Bedeutung verständlich, die die Entwicklung von starker KI/AGI für das transhumanistische Denken spielt. Der Zeitpunkt, an dem die erste übermenschlich intelligente KI ans Netz geht, wird häufig als »Singularität« bezeichnet – ein Begriff, den in diesem Zusammenhang vor allem Ray Kurzweil popularisiert hat.² Ab dem Moment, in dem eine KI intelligenter wird als der Mensch, ist sie in der Lage, sich immer schneller selbst zu verbessern. Damit beginnt dann eine Art »Intelligenzexplosion« (I. J. Good): Die KI entwickelt eine noch bessere und schnellere KI, die dann noch schneller eine noch klügere KI erzeugt usw. Das Wachstum verläuft von hier an exponentiell. Die Menschheit hat damit ihre »letzte Erfindung« gemacht und kommt damit an das sprichwörtliche »Ende der Geschichte«. Ab hier übernimmt die KI. Entgegen der im Begriff der Singularität implizierten Unvorstellbarkeit dieser Zukunft, wird die weitere Entwicklung lebhaft imaginiert: Die künstliche Superintelligenz nutzt die Ressourcen auf der Erde und dann des gesamten Sonnensystems, um immer noch mehr Rechenleistung zu ermöglichen. Von hier aus dehnt sie sich auf die Galaxis aus. Das letzte Ziel ist die Transformation

des Universums in einen bewussten Zustand, in dem alles miteinander vernetzt ist, ein allumfassendes, allwissendes, allmächtiges Bewusstsein – bei der Allgüte ist man sich, wie gesagt, noch unsicher. Von dieser Warte aus betrachtet spielt das allerdings auch keine allzu große Rolle mehr: Das Universum als Einheit erwacht. Gott tritt auf den Plan als das Produkt der Schöpfung, nicht als deren Urheber.

Etwas unklar bleibt dabei die Rolle des eigentlichen »Schöpfers«, also unsere Rolle: Ist die Menschheit lediglich eine Art evolutionäres Durchgangsstadium oder tatsächlicher Kreator der Apotheose des Kosmos? Welcher Status kommt ihr nach der Singularität zu? Wird sie mit der Erfüllung ihres Zweckes überflüssig, oder hat sie Anteil an der weiteren Entwicklung? Gelingt eine Verschmelzung mit dem neuen Superbewusstsein, oder wird die alte Menschheit in ihrer derzeitigen Form weiterhin geduldet und wie eine Art geliebtes »Haustier« erhalten und gepflegt? Das in diesen Alternativen mitschwingende Wechselspiel aus Allmachtsphantasie und Minderwertigkeitskomplex ist, nebenbei bemerkt, ganz typisch für Erzählungen, in denen das Schöpfungsverhältnis auf den Kopf gestellt wird.

3 Der mythische Charakter der technologischen Welterzählung

Ich denke, die mythologischen Motive sind einigermaßen deutlich geworden, ziehe die Linien aber noch einmal kurz nach. Wie eingangs bereits angedeutet: Die Überwindung der Grenzen des Menschen ist auch im klassischen Mythos ein Kernmotiv. Denken Sie an Dädalus, der sich mittels Technologie die Fähigkeiten der Vögel aneignet. Damit löst er einerseits die Grenzen zum Tier auf. Gleichzeitig wird er andererseits im Flug von den Menschen am Boden für einen Gott gehalten. Der Mythos endet bekannterweise tragisch. Der Mensch kann diese Auflösung der Grenzen nur für den Moment und zu einem hohen Preis erreichen, und der Mythos mahnt gerade dazu, beim Verschieben der Grenzen vorsichtig und maßvoll zu bleiben und sie eben nicht vollständig aufzulösen.

Analog kennen wir das Motiv der Suche nach Unsterblichkeit als zentrales Thema bereits im Gilgamesch-Epos. Auch hier wird der Grenzfall so gelöst, dass es nicht der Mensch ist, der seine Sterblichkeit überwinden kann, sondern allenfalls die Götter, die neue Rahmenbedingungen schaffen.

Im Bereich der Schöpfungsmythen begegnet uns sehr häufig das Motiv der Erschaffung der Menschen als Akt des Kunsthandwerks oder der Technologie. Analogien finden sich etwa häufig aus den Bereichen der Töpferei und der Bildhauerei, bei Hephaistos auch aus dem der Schmiedekunst. Interessant ist, dass die Erzählung von der Erschaffung des Menschen häufig einem einheitlichen Muster folgt: Zunächst werden die Menschen als Arbeitssklaven erschaffen, etwa im Atrahasis- und im Gilgamesch-Epos. Auch in der Genesis kommt den Menschen zunächst die Aufgabe zu, den Garten zu bestellen. Die Geschöpfe erweisen sich jedoch als widerspenstig, woraufhin der oder die Schöpfer ihre Vernichtung beschließen. Nachdem diese scheitert, kommt es zu einer Neugestaltung des Mit- und Füreinanders durch die Schöpfer. Exakt diese Abfolge von Motiven taucht dann in späteren Erzählungen von Kreaturen des Menschen wieder auf und durchzieht die Geschichten vom Golem, Frankenstein's Monster, dem Zauberlehrling bis hin zu unseren gegenwärtigen Science-Fiction-Erzählungen mit ihren aufbegehrenden Robotern und KIs.

Alle diese mythologischen Beispiele reflektieren die Bedingungen und Grenzen des Menschseins vor dem jeweiligen geistigen, kulturellen und technischen Hintergrund ihrer Zeit. Die motivischen und funktionalen Linien verlaufen hier häufig recht ungebrochen vom Mythos zur aktuellen Zukunftserwartung im Technik-Bereich. Der zentrale Unterschied zwischen dem klassischen und dem modernen Mythos liegt also weniger in den Motiven als in der Intention der Erzählung.

Noch einmal zusammengefasst: Im klassischen Mythos ist die Folge des Grenzübertretes die gegenwärtige natürliche Ordnung, die die *conditio humana* als Zwischenwesen zwischen Tier und Gott festhält. Mythen zielen letztlich auf ein Anerkennen und Bewältigen der Begrenztheit des Menschen. Transhumanistische Narrative zielen hingegen explizit auf eine Auflösung aller Grenzen. Die tragische Dimension wird kleingeredet oder gleich ganz ignoriert.

Ein weiterer Unterschied liegt in der Umkehr der zeitlichen Logik des Mythos. Der klassische Mythos versteht die Wirklichkeit anhand von Erzählungen von Urereignissen. Technikmythen verstehen die Wirklichkeit hingegen anhand von Zukunftserzählungen, weswegen sie immer jene starke apokalyptische Dimension aufweisen.

Worin sich klassischer und moderner Mythos letztlich jedoch wieder treffen, ist die fehlende

Unterscheidbarkeit von Modell und Wirklichkeit. Wir nähern uns momentan dem Weltzugang des klassischen Mythos wieder an, in dem Erzählung und Weltbild ungebrochen ineinander übergehen. Man kann in zunehmender Häufigkeit lesen, dass der Mensch ja selber im Grunde auch nur eine Art von biologischem Computer ist, der Daten sammelt und elektronisch verarbeitet und im Hintergrund stochastisch ausgewertet, genauso wie es unsere Sprach- und Reasoningmodelle jetzt auch lernen. Und das meint man nicht als Metapher, sondern der Mensch *ist* in grundlegender Weise ein programmierter und programmierbarer Apparat und die KIs *sind* in der gleichen Weise potentielle Subjekte und Gegenüber für uns Menschen.

4 Auswirkungen auf das Selbstverständnis des modernen Menschen

Ein solches Denken und Reden hat fundamentale Auswirkungen auf unser Selbst- und Weltbild. Die Art und Weise, wie wir aktuell über Technologie reden, bestimmt unser Verständnis dessen, was wir unter »Menschheit« und unter »Wirklichkeit« verstehen, in genauso fundamentaler Weise, wie es der klassische Mythos geleistet hat.

Das Weltbild, das dabei herauskommt, ist im Kern reduktionistisch: Alles, was ist, ist algorithmisch definiert. Dieses Verständnis ist uns bereits bezogen auf das Bewusstsein begegnet, aber im Grunde erstreckt es sich auf die Gesamtheit der Wirklichkeit. Nach dieser Überzeugung gibt es kein Phänomen, das nicht so beschrieben werden kann, dass sich eine Maschine zu seiner Simulation bauen ließe.

Dieses Weltbild gipfelt dann in der sogenannten Simulationshypothese. Diese wurde von Nick Bostrom entwickelt und schlägt, stark vereinfacht gesagt, vor, dass die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass unsere gesamte Welt tatsächlich selbst ein Computerprogramm ist, das eine auf einer höheren Wirklichkeitsebene angesiedelte Zivilisation zu Forschungszwecken laufen lässt – womit nebenbei doch wieder ein Urereignis in dem eigentlich auf die Zukunft gerichteten Mythos enthalten ist.³ Wir Menschen wären demnach selbst jeweils eine komplexe KI mit einem virtuellen Bewusstsein, die Teil der größeren Simulation ist.

Damit sind wir beim Menschenbild angekommen, das, wenig überraschend, ebenfalls ein radikal reduktionistisches ist: Was ist der Mensch? Wie alles andere auch nur eine Datenverarbeitungs-maschine, ein bestenfalls biologischer oder eben

gleich virtueller Algorithmus. Durch diese technologische Reduktion wird unter der Hand der Begriff des Humanen so umdefiniert, dass er nicht mehr an die biologische Gattung Mensch gebunden ist: Das, was den Menschen menschlich macht, sind sein Bewusstsein und seine »Intelligenz«, während Körperlichkeit, Verletzbarkeit, Sterblichkeit, Krankheit als Schwächen und zu überwindende Barrieren betrachtet werden, die uns nur an der Entfaltung des menschlichen Potentials hindern. All das wird letztlich aus dem Verständnis dessen, was der Mensch ist, ausgelagert. Der neue Begriff des Menschen – nämlich der einer sich ihrer selbst bewussten Intelligenz – lässt sich dafür aber problemlos auf die bald erwarteten superintelligenten Maschinen anwenden. Die hypothetischen KIs sind nach diesem Verständnis in fundamentaler Weise menschlich, sogar menschlicher als wir selbst. Wenn also Leute wie Elon Musk sagen, dass sie nur das Wohl der Menschheit im Sinn haben, dann sagen sie vermutlich sogar die Wahrheit. Es ist nur die Frage, wen oder was sie genau mit Menschheit meinen.

Dies hat natürlich erhebliche Auswirkungen sowohl in moralischer als auch in existentieller Hinsicht. Im Bereich der Moral kann man derzeit die Popularisierung neuer ethischer Strömungen wie des Longtermism beobachten. Dabei geht es um die Vorstellung, moralisches Handeln auf seine Wirkung hin durchoptimieren zu müssen und dabei den Fokus auf die langzeitlichen Folgen zu richten, also »in the long term« zu denken. Im Grunde ist dieser Gedanke gar nicht so neu, sondern eine Art Utilitarismus auf Crack. Was zählt, ist das numerische Mehr. Da aber die höhere Zahl potentiell intelligenter Wesen in der Zukunft liegt, sind wir primär verpflichtet, diesen Wesen zum Dasein zu helfen. Und da deren Anzahl unfassbar viel größer ist, wiegt sie schwerer als ein paar Milliarden gegenwärtiger Menschenleben. Somit ist alles, was einzelnen Menschen oder Gesellschaften in unserer Gegenwart zustoßen kann, im Blick auf das große Ganze letztlich irrelevant. Nick Bostrom spricht von »kleinen Fehlritten« der Menschheit. Solche kleinen Fehlritte stellen etwa Klimawandel, Hungersnöte und Kriege dar. Sogar ein Atomkrieg, bei dem 99 Prozent der Menschheit ausgelöscht werden, wäre demnach weniger schlimm als eine außer Kontrolle geratene KI, die uns *alle* umbringt und damit verhindert, dass wir unsere eigentliche Aufgabe im Universum erfüllen.

Das macht natürlich die gegenwärtige industrielle Praxis mehr oder weniger sakrosankt: Der Kampf

um seltene Erden, Milliardeninvestitionen in Rechenzentren, die immer weitere Beschleunigung des technologischen Fortschritts um buchstäblich jeden Preis und nicht zuletzt die unverhohlene Zusammenarbeit mit den politischen und militärischen Machthabern werden damit zum moralischen Gebot. Fragen nach ökologischen Auswirkungen oder Gefahren für Menschenleben werden dann zu kleinkarierten Nebensächlichkeiten, die letztlich sowieso durch die KI gelöst werden. Machbarkeit wird damit schon zur Handlungslegitimation. Ein Aufhalten dieser Entwicklung gilt dann sowohl als unmöglich wie auch als unmoralisch.

Damit werden wir dann auch, wie es das Wesen des Mythos ist, in eine völlig andere existentielle Situation gestellt: Die Grenzen zwischen Technologie, Natur, Mensch und göttlichen Eigenschaften wie Allmacht, Allwissenheit und Unendlichkeit sollen bewusst verwischt und aufgehoben werden.

Die grundlegende *Erfahrung* in dieser Situation ist in erster Linie eine von Ohnmacht gegenüber der allmächtig scheinenden Technik: Die baldige Übernahme durch KI wird als letzten Endes unausweichlich dargestellt. Damit einher geht ein starkes Unterlegenheitsgefühl: Die KI kann jetzt schon alles viel besser, und bald wird sie ganz die Kontrolle übernehmen. Zusätzlich wird der Eindruck vermittelt, dass die Technik dem menschlichen Verstehen grundsätzlich entzogen ist. Schon jetzt betonen die Ingenieure der Sprachmodelle ja gerne, dass sie letztlich keine Ahnung haben, wie genau das Modell zu einem bestimmten Output kommt.

Damit ist die vermeintliche Überwindung des Mythos durch den Logos als Kernmotiv der Aufklärung völlig in ihr Gegenteil gekippt. Im Mythos des Humanismus wird der Mensch durch Technik zum Herrscher über die Welt. Im Transhumanismus wird die Technologie selber zur numinosen Größe, zum *mysterium tremendum et fascinans*: Der Vorgang der Berechnung, der Quantifizierung und der logischen Operation wird als das eigentliche Wesen der Welt erkannt und gewinnt in Form der technologischen Produkte Gestalt und Macht. Letztlich sind wir in der Gewalt genau der Kraft, mit der wir versucht haben, die Welt verstehbar und beherrschbar zu machen. Wir leben also in einem hochgradig mythologischen Zeitalter und eine der mächtigsten Mythologien ist eine, die uns als Menschen radikal entmündigt.

Dabei gerät völlig das Bewusstsein für die Freiheit der Weltgestaltung aus dem Blick. Eigentlich ist es offenkundig, dass technologische und gesellschaftliche Entwicklungen kein Fatum sind, sondern menschliches Handeln, das gestaltet wird. Zu diesem Gestalten gehört schon die Art und Weise, wie wir die Dinge verstehen und eben auch erzählen. Damit sind wir alle, ob im Bereich der Wissenschaft oder der Kirche, des Journalismus oder auch ganz schlicht in unserem Alltag und unseren persönlichen Beziehungen, in die Verantwortung genommen: Welche Erzählungen eignen wir uns an? Wie verbreiten wir Narrative vielleicht auch unbewusst weiter? Wie helfen wir mit, den Menschen zu verzwecken, wenn wir uns selber immer bereitwilliger quantifizieren und optimieren, wenn wir die Relevanz von Menschen, Nachrichten und Ereignissen nach der Klickzahl bemessen?

Vor dem Hintergrund dieser Fragen bin ich sehr gespannt auf das kommende Wochenende und bedanke mich sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

Anmerkungen:

¹ Vgl. Irving John Good, *Speculations Concerning the First Ultrainelligent Machine*, in: Franz L. Alt, Morris Rubinoff (Hg.), *Advances in Computers*, Bd. 6, New York 1965, 31–88 (URL: <https://scienceplusplus.org/metascience/assets/Good1965.pdf>).

² Vgl. Ray Kurzweil, *Menschheit 2.0. Die Singularität naht*, Berlin 2013 (orig.: *The Singularity Is Near: When Humans Transcend Biology*, New York 2005).

³ Vgl. Nick Bostrom, *Superintelligenz. Szenarien einer kommenden Revolution*, Berlin 2016 (orig.: *Superintelligence: Paths, Dangers, Strategies*, Oxford 2014).



Kriegsmythen in Gesellschaft und den Medien: Der Mythos der erlösenden Gewalt

Prof. Dr. Thomas Nauerth

Bevor ich darstelle, was mit dem Mythos erlösender Gewalt gemeint ist,¹ möchte ich etwas zu der Frage ausführen, auf die in gewisser Weise der Mythos erlösender Gewalt die Antwort ist. Man kann bekanntlich eine Antwort nicht verstehen, wenn einem die Frage nicht klar und bedrängend ist. Diese Frage, so meine These, lautet folgendermaßen: Wie kommt es, dass Menschen gewalttätige militärische Lösungen für staatliche Konflikte wählen, obwohl der Mensch nicht für gewalttätige Lösungen geschaffen ist?

Schon Erasmus von Rotterdam wunderte sich im 16. Jahrhundert über diese Paradoxie: Der Mensch ist biologisch ein offensichtlich friedliches Tier, er hat keine Krallen, keine Reißzähne, keinen Panzer, er ist stattdessen weich und verletzlich, er ist ein klassisches »Mängelwesen«, wie man später in der philosophischen Anthropologie des 20. Jahrhunderts sagen wird.² Warum, so fragte sich Erasmus verwundert und verzweifelt, warum nur gibt es immer wieder diese elenden Menschenkriege? Es lohnt sich diese anthropologische Einsicht des Erasmus im Original zu hören:

»Betrachtet man die äußere Erscheinung und Gestalt des menschlichen Körpers, fällt einem dann nicht sofort auf, dass die Natur, oder vielmehr Gott, ein solches Wesen nicht für Krieg, sondern für Freundschaft, nicht für Vernichtung, sondern für das Leben, nicht für Gewalttätigkeit, sondern für Wohltätigkeit geschaffen hat? Jedes andere Lebewesen hat sie mit seinen eigenen Waffen versehen [...]. Einzig den Menschen erschuf sie nackt, schwach, zart, wehrlos, mit ganz weichem Fleisch und glatter Haut. An seinen Gliedmaßen lässt sich nichts ersehen, was für den Kampf oder für Gewalttätigkeit bestimmt wäre. Während alle anderen Lebewesen in der Regel gleich nach ihrer Geburt in der Lage sind, sich selbst am Leben zu erhalten, kommt nur der Mensch so auf die Welt, dass er lange Zeit vollständig auf fremde Hilfe angewiesen ist. Er kann weder sprechen noch laufen, noch selbstständig Nahrung zu sich nehmen, er kann bloß durch Schreien und Weinen Hilfe erleben: so dass man auch hieraus schließen kann, dass er als einziges Lebewesen ganz zur Freundschaft geboren ist.«³

Wenn man diese Beschreibung auf sich wirken lässt, drängt sich in der Tat die Frage auf, warum nur gibt es immer wieder diese elenden Menschenkriege? Es hat sich diesbezüglich bekanntlich die letzten 500 Jahre nach Erasmus nichts geändert.

Die Frage des Erasmus hat allerdings lange Zeit nicht besonders gequält, sie war weithin vergessen. Erasmus stand auf katholischem Index und unter lutherischen Bann.⁴ Die kriegerischen Verhältnisse unter der Gattung *Homo sapiens* erklärte man sich mit einer Kombination aus negativer Anthropologie – der Mensch als Sünder – und Staatsphilosophie nach Thomas Hobbes, ergänzt durch ein primitives Verständnis des Darwinismus: Der Mensch sei dem Menschen natürlicherweise ein Wolf, der sogenannte »Kampf ums Dasein«, das »Survival of the fittest« sei uns evolutionsbiologisch vorgegeben. Der Mensch könne gar nicht anders, als regelmäßig auf Gewalt zurückzugreifen. Konrad Lorenz (*Das sogenannte Böse*, 1963) und das egoistische Gen kommen dann noch zur Abrundung des Ganzen dazu.

In den letzten Jahrzehnten wurde diese Erklärung von unterschiedlichsten Humanwissenschaften, von Biologie, Soziologie, Ökonomie, Verhaltensforschung und von der Neurobiologie, Stück für Stück widerlegt. Erasmus muss als rehabilitiert gelten, auch wenn er weithin noch immer vergessen ist. Die Frage des Erasmus steht neu und neu drängend im Raum.

Kurz, ganz kurz, einige Anmerkungen zu dieser Widerlegung:

Bereits 1986 hatten 30 Wissenschaftler die sog. »Erklärung von Sevilla zur Gewaltfrage« unter dem Titel *Der Krieg ist ein »Kulturprodukt«* erarbeitet.⁵ Diese Erklärung wurde auf der 25. Generalkonferenz der UNESCO positiv angenommen; die UNESCO forderte zur Anerkennung dieser Erklärung und zu ihrer Verwendung als wissenschaftliche Grundlage auf. In dieser Erklärung heißt es:

»Die wissenschaftliche Aussage, der Mensch hätte eine Neigung zu kriegerischen Handlungen von seinen Vorfahren aus dem Tierreich ge-

erbt, ist falsch. [...] Die wissenschaftliche Aussage, Krieg oder anderes gewalttätiges Verhalten sei in der menschlichen Wesensart genetisch vorprogrammiert, ist falsch. [...] Die wissenschaftliche Aussage, im Laufe der menschlichen Evolution habe sich aggressives Verhalten gegenüber anderen Verhaltensweisen durchgesetzt, ist falsch.«

Die Erklärung endet mit folgender Mahnung:

»Biologisch gesehen ist die Menschheit nicht zum Krieg verdammt; sie kann von falsch verstandenem biologischem Pessimismus befreit und in die Lage versetzt werden, mit Selbstvertrauen [...] die notwendigen Veränderungen der herkömmlichen Sichtweise einzuleiten. [...] Dieselbe Spezies, die den Krieg erfunden hat, kann auch den Frieden erfinden. Jeder von uns ist dafür mitverantwortlich.«

Auch wenn die Erklärung von Sevilla in Vergessenheit geraten ist – eine Korrektur des biologischen Pessimismus ist aktuell vielfältig zu beobachten. Der Physiker und Wissenschaftsautor Stefan Klein schreibt:

»Erst heute beginnen wir zu verstehen, wie sehr selbstlose Impulse unsere Gedanken und Handlungen prägen, wie sie entstehen und wie sie uns langfristig nützen. Ein neues Menschenbild zeichnet sich ab, das den Homo sapiens viel freundlicher als bisher zeigt. Diese Einsichten werden die Spielregeln unseres Zusammenlebens verändern.«⁶

Es scheint sich in der Tat wissenschaftlich zu bestätigen, dass »unser düsteres Menschenbild reif für eine vollständige Überarbeitung ist«, so formulierte es der Historiker Rutger Bregman in seinem Bestseller *Im Grunde gut. Eine neue Geschichte der Menschheit*.⁷

Dass die vielleicht auf den ersten Blick irritierende Aussage »im Grunde gut« in der Tat das Menschenwesen richtig erfasst, dazu gibt es in Bezug auf (militärische) Gewalt ergänzende, wenig beachtete und diskutierte empirische Aspekte. Wieder in aller Kürze:

Zunächst ein Aspekt, der allen militärischen Ausbildern wohl bekannt ist, nämlich die enorme Schwierigkeit, aus einem zivilen Menschen einen vernünftigen Soldaten zu formen. Was verharmlosend Grundausbildung genannt wird, ist weit mehr; nicht nur bei Eliteeinheiten geht es darum, durch solche Ausbildungen den Menschen ganz

neu zu polen, inclusive nötiger Brechungen vorhandener Hemmnisse.

Doch selbst diese »Grundausbildung« ist noch unzureichend. Ohne Drogen sind zumindest die modernen Kriege, übrigens auch der moderne Terrorismus nicht durchführbar. »Warum Medikamente und Drogen im Krieg oft die letzte Rettung sind« – so eine Titelgeschichte des Reservistenverbands vom 01.10.2025.⁸ Da heißt es: »Im Krieg kämpfen Soldaten nicht nur gegen den Feind, sondern auch gegen die eigene Erschöpfung. Sie müssen die Angst und die innere Leere überwinden. Eine Überlebensstrategie an dieser unsichtbaren Front ist für viele der Griff zu Drogen.« Islamistischer Terrorismus braucht Captagon, und im Vietnamkrieg wurde Heroin neu entdeckt usw. usw.⁹

Diese Unfähigkeit des Menschen zu Totschlag und Mord – diejenigen, die dazu natürlich fähig sind, also Mörder und Totschläger, kann man in einer Armee bekanntlich auch nicht gebrauchen (wg. fehlender Sozialkompetenz, Kameradschaft genannt) – findet grausame Bestätigung durch die Traumatisierungen und ihre Folgen, mit denen alle modernen Armeen zu kämpfen haben. Nach einer 2004 veröffentlichten Studie kehrten 15 bis 17 Prozent aller Soldaten mit psychischen Krankheiten wie PTBS (posttraumatische Belastungsstörung) zurück.¹⁰ Eindrucksvoller als jede Statistik sind einige absolute Zahlen: »50 britische Armeeangehörige begingen 2012 Selbstmord. Beim Kampf gegen die Taliban wurden im gleichen Zeitraum 40 Soldaten getötet.«¹¹ Oder: »In den 20 Jahren, die seit dem Falkland-Krieg vergangen sind, nahmen sich 264 Veteranen der Schlacht im Südatlantik das Leben, verglichen mit 255 britischen Soldaten, die während der Kampfhandlungen starben.«¹²

Der Krieg ist nichts für Menschen. Für die Opfer nicht, aber auch nicht für die Täter. Auch nicht die beliebte theologische Perspektive, der Mensch als Sünder, kann an dieser Einsicht etwas ändern. Zumal der Dominikaner Franziskus Maria Stratmann in der Debatte mit Lutheranern schon in den 1920er Jahren formuliert hat, dass es so viele attraktive Möglichkeiten gäbe zu sündigen, dass die These von staatlich organisierter tödender Gewalt als unvermeidliche und notwendige Folge bleibender Sündhaftigkeit nicht greifen kann. Wer den Krieg abschafft, schafft nicht die Sünde ab, er nimmt ihr nur eines ihrer vielfältigen Betätigungsfelder.

Die alte Frage des Erasmus steht demnach in voller Schärfe wieder auf der Tagesordnung: Wie kommt es, dass wir Menschen so selbstverständlich für gewalttätige Lösungen zumindest staatlicher Konflikte plädieren, obwohl wir nicht für die Gewalt geschaffen sind? Obwohl wir im Alltag in der Regel ohne Gewalt durch alle konflikthafter menschlichen Verhältnisse und Verhängnisse kommen, obwohl wir unseren Kindern durchgängig beibringen, in den Konflikten ihres Alltags ihre Konflikte zivilisiert, ohne Gewalt, zu lösen. Wie kommt es, dass uns unsere alltägliche gewaltfreie Kompetenz, die vielen kleinen Erfolge, die wir jeden Tag ohne Gewalt im menschlichen Zusammenleben erleben, so ganz und gar nicht bewusst sind? Stattdessen sind wir tief überzeugt, dass Gewalt, tötende Gewalt ein absolut notwendiges legitimes letztes Mittel im außenpolitischen Feld staatlichen Handelns darstellt. Wieso halten wir den Mord als legitimes politisches Mittel für selbstverständlich, wenn uns nur ein Staat in seine Armee ruft? Wie kommen wir überhaupt auf die Idee, dass tötende Gewalt Lösungen bringen kann? Und warum zahlen wir für die Vorbereitung militärischer Lösungen so bereitwillig und widerspruchlos Unsummen an Steuergeldern, die wir doch an so vielen anderen Stellen mehr als dringend brauchen?

Wenn all dies nicht mehr mit der Biologie des Menschen zu erklären ist, dann muss es geistige, kulturelle Hintergründe geben. Zu genau diesem Ergebnis kommen in einer aufsehenerregenden Studie mit dem Titel *Die Evolution der Gewalt* auch Harald Meller, Kai Michel und Carel van Schaik, ein Archäologe, ein Historiker und ein Evolutionsbiologe: »Der Krieg ist uns zur zweiten Natur geworden. Wir halten ihn für natürlich, aber er ist nur eine kulturelle Errungenschaft.«¹³ Für sie beginnt diese fatale kulturelle Errungenschaft, als die Menschen sesshaft wurden und es zudem zu frühen Staatenbildungen kam. Krieg habe immer etwas mit Herrschaft zu tun. Sie sprechen von einer Kriegsmatrix, die sich »einer Grammatik gleich in die sozialen Systeme« eingeschrieben habe. »Sie institutionalisiert sich und wird nicht nur selbstverständlich, sie verselbstständigt sich, da sie anfängt, außerhalb der einzelnen Individuen zu existieren.«¹⁴ Was diese Autoren allerdings nicht benennen, ist, wie es den Herrschenden gelungen ist und bis heute immer noch gelingt, ihren Untertanen die Gewalt als eine natürliche, segensreiche, ja bisweilen geradezu erlösende Sache zu vermitteln.

Genau hier kommt der These des US-amerikanischen Theologen Walter Wink vom »Mythos

erlösender Gewalt« (»The Myth of Redemptive Violence«) entscheidende Bedeutung zu. Auch Wink ging in seinem umfangreichen theologischen Werk vom historischen Verhängnis eines Herrschaftssystems (»Domination System«) aus, in das die Menschen hineingeraten seien. Um die Menschen für die Gewalt zu gewinnen aber brauche jedes Herrschaftssystem vor allem ein passendes Narrativ:

»Die Geschichten, die die Regenten in herrschaftlich strukturierten Gesellschaften sich und ihren Untergebenen erzählen, bilden das, was wir heute als den Mythos der erlösenden Gewalt bezeichnen können. Er verankert den Glauben, dass Gewalt rettet, dass Krieg Frieden bringt, dass Macht Recht schafft. Dies ist eine der ältesten und ständig wiederholten Geschichten der Welt.«¹⁵

Mit Mythos ist also nicht eine einzige gründende Urzeiterzählung gemeint, sondern ein immer wiederkehrendes Erzählschema, dass die tiefe Überzeugung verankert von der Möglichkeit einer Lösung von Konflikten durch tötende Gewalt. Weil der Mythos im Kern in einem unbeirrbaren Glauben an eine Rettung durch Gewalt besteht, spricht Wink auch von einer »Religion«, von einem pervertierten Gottesglauben:

»Der Mythos der erlösenden Gewalt ist der tragende Mythos der modernen Welt. Weder Judentum noch Christentum noch Islam, sondern allein die Gewalt ist die herrschende Religion unserer heutigen Gesellschaft. [...] Wenn eine Gottheit die Instanz ist, an die man sich wendet, wenn alles andere fehlschlägt, dann stellt die Gewalt mit Sicherheit eine Gottheit dar. Allerdings übersehen die Menschen den religiösen Charakter der Gewalt, die von ihren Anhängern absoluten Gehorsam bis in den Tod verlangt.«¹⁶

Nach Wink stellt sich hier die eigentliche Gottesfrage der Moderne:

»Der Gott dieses Mythos ist nicht der unparteiische Herrscher aller Nationen, sondern ein Stammesgott, der als Götze verehrt wird. [...] Sein Symbol ist nicht das Kreuz, sondern das Fadenkreuz [...]. Er bietet nicht Vergebung an, sondern Sieg. [...] Der Mythos [...] ist Götzendienst. Er ist Gotteslästerung. Und er ist unermesslich beliebt.«¹⁷

Es ist ein Glaube wider alle Alltagserfahrungen. Bewirkt durch ein in Variationen unendlich wiederholtes Narrativ bilden sich Überzeugungen,

die Trost versprechen – und die politisch für die Herrschenden sehr nützlich sind: »Frieden durch Krieg, Sicherheit durch Stärke, das sind die zentralen Überzeugungen, die dieser altehrwürdigen Religion entspringen, und sie bilden ein solides Fundament, auf dem in jeder Gesellschaft das Herrschaftssystem gründet.«¹⁸

Diese altehrwürdige Religion ist eine durch Medien bewirkte kulturelle Konditionierung. Die Behauptung einer Konditionierung durch medial in vielfältiger Weise vermittelte Narrative ist interessanterweise nicht am Schreibtisch eines Theologen entstanden, sondern sie war zuerst eine empirische Beobachtung aus dem medialen Alltag eines vielbeschäftigten Vaters. Wink schreibt:

»Mir ist das merkwürdigerweise zum ersten Mal aufgegangen, als ich Zeichentrickfilme für Kinder anschaute. Als meine Kinder klein waren, erlaubten wir ihnen, unvernünftig viel Zeit vor dem Fernseher zu verbringen, und mich faszinierte zunehmend die mythische Struktur der Zeichentrickfilme. Das war in den sechziger Jahren, zu einer Zeit, als die Gott-ist-tot-Theologen in allen Talkshows gefeiert wurden und die Toleranz einer säkularisierten Menschheit für religiöse Mythen und Geheimnisse als erschöpft galt. Ich kann mich deutlich daran erinnern, wie der Tod Gottes in den Frühnachrichten bekannt gegeben wurde und wenige Minuten später ein Zeichentrickfilm zeigte, wie Herkules vom Himmel auf die Erde herabstieg, ein menschengewordener Gott, der dem Wohl der Sterblichen diene. Ich fing an, die Struktur anderer Zeichentrickfilme zu untersuchen und fand das gleiche Muster endlos wiederholt: Ein unüberwindlicher Held steht verbissen einem nicht veränderbaren und ebenso unüberwindlichen Bösewicht gegenüber. Nichts kann den Helden töten, obwohl er (selten sie) während des ersten Teils des Films oder der Fernsehshow fürchterlich leidet und hoffnungslos dem Untergang geweiht scheint. Aber dann kommt der Held wie durch ein Wunder frei, besiegt den Bösewicht und stellt die Ordnung wieder her – bis zur nächsten Folge.«¹⁹

Dieser vielbeschäftigte Vater, der seinen Kindern unvernünftig viel Zeit vor dem Fernseher erlaubte, war damals mit der Analyse altorientalischer Mythen beschäftigt. Dies erklärt, warum Wink vom »Mythos erlösender Gewalt« spricht, obwohl es genau genommen nur um ein Erzählmuster geht, um »das mythische Muster der erlösenden Gewalt«,²⁰ wie Wink formuliert. Vor allem die babylonische Schöpfungsgeschichte *Enuma elisch*

war für Walter Wink in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung:

»In diesem Mythos ist die Schöpfung eine gewalttätige Handlung. Marduk ermordet und zerstückelt Tiamat und erschafft die Welt aus ihrem Kadaver. [...] Das durch Tiamat symbolisierte Chaos ist älter als die durch Marduk, den hohen Gott Babylons, dargestellte Ordnung. Das Böse geht dem Guten voraus. Die Götter selbst sind gewalttätig. [...] Im babylonischen Mythos ist die Gewalt [...] einfach eine Urgegebenheit. Die Einfachheit dieser Geschichte hat zu ihrer weiten Verbreitung geführt, und ihre Grundstruktur hat sich bis nach Syrien, Phönizien, Ägypten, Griechenland, Rom, nach Germanien und Irland, Indien und China verbreitet. / [...] Der babylonische Mythos ist längst nicht erledigt. Er ist universell gegenwärtig und wird heute genauso inständig geglaubt wie zu jeder Zeit in seiner langen und blutigen Geschichte. Er ist der herrschende Mythos im gegenwärtigen Amerika.«²¹

Universell gegenwärtig und herrschend ist der Mythos in unserer Gegenwart vor allem als Erzählschema von Geschichten, die in unseren Medien mit am populärsten sind. Der Mythos erlösender Gewalt ist zum Grundmuster unserer Unterhaltung geworden:

»Kein anderes religiöses System konnte jemals auch nur entfernt mit dem Mythos der erlösenden Gewalt in Bezug auf seine Fähigkeit konkurrieren, die Jugend religiös so tiefgreifend zu unterweisen. Von frühester Kindheit an werden Kinder mit Darstellungen von Gewalt als endgültiger Lösung menschlicher Konflikte überschwemmt. Diese Sättigung durch den Mythos endet nicht einmal mit Abschluss der Adoleszenz. [...] Die Grundstruktur des Kampfmythos findet sich in dem leicht verdaulichen Brei wieder, dem sich viele Erwachsene zuwenden, um den harten Gegebenheiten ihres täglichen Lebens zu entfliehen: Spionagethriller, Western, Krimis und Kriegsfilm. Es ist, als müssten wir uns eine gewisse Dosis »erlösender« Gewalt verabreichen.«²²

Wenn man zum ersten Mal auf die These vom Mythos erlösender Gewalt stößt, ist man zunächst irritiert: Kann die Lösung auf die Frage des Erasmus so einfach sein? Wenn man aber einige Zeit mit dieser These vom Mythos erlösender Gewalt im Hinterkopf lebt, ist man verblüfft, wie viel Bestätigung für dieser These sich Tag für Tag finden lässt, wie oft man auf diesen Mythos trifft

in alltäglichen Gesprächen wie in wissenschaftlichen Diskursen – und natürlich immer wieder in Medien aller Art. Wer gesellschaftlichen Analysen eines Theologen nicht trauen mag, kann daher die Richtigkeit der These Winks vom religiösen und erlösenden Charakter des Glaubens an die Gewalt anhand so mancher Filme geradezu selbst erleben. So wird beispielsweise in einem Western mit Clint Eastwood mit dem Titel *Pale Rider* (Der namenlose Reiter, USA 1985) die religiöse Dimension dieses Mythos explizit zur Aufführung gebracht:

Eine kleine Gruppe Goldschürfer wird im Auftrag eines Minenbesitzers von Banditen überfallen, um sie davon zu überzeugen, das Tal zu verlassen. Eine junge Frau schickt ein Stoßgebet zum Himmel, dass ein Wunder geschehen möge, und zitiert aus der Offenbarung des Johannes die Stelle über die apokalyptischen Reiter: »Da sah ich und siehe, ein fahles Pferd; und der auf ihm saß, heißt der Tod« (Offb 6,8). Das Gebet wird erhört, das Wunder geschieht, es erscheint auf einem fahlen Pferd reitend Clint Eastwood als namenloser Fremder, Preacher (Prediger) genannt. Der Fremde hilft den Leuten – mit Gewalt. In der Stadt kommt es schließlich zum Showdown, bei dem der Fremde einen Bösen nach dem anderen tötet. Die Bösen sind tot, die Welt ist wieder gut, und der Preacher auf seinem fahlen Pferd entschwindet, wie nur je seit Lukas 4,30 ein Messias geheimnisvoll verschwunden ist.²³

Der Film ist brillant gemacht. Man solidarisiert sich mit dem Helden, die Lösung mit tötender Gewalt erscheint unausweichlich, man sehnt diese gewalttätige Lösung geradezu herbei. Der Mythos erlösender Gewalt nimmt einen unmittelbar gefangen, niemand lacht bei diesem Film darüber, dass absolut Unwahrscheinliches erzählt wird. Der Preacher scheint unverwundbar zu sein, seine Kugeln treffen immer und die Kugeln der anderen treffen nie.

Der Schauspieler Eastwood selbst hat im hohen Alter als sein eigener Regisseur aber noch einen anderen Film gedreht: *Gran Torino* (USA, 2008). In diesem Film zerstört er den Mythos erlösender Gewalt so gründlich, als hätte er die Werke von Walter Wink ausführlich studiert. Eastwood spielt darin einen alten, ehemaligen US-Soldaten, der wenig begeistert ist, als nebenan eine koreanische Familie einzieht. Eine gewalttätige koreanische Gang macht zudem in der Gegend Ärger, bedroht auch die neuen Nachbarn, und Eastwood reagiert, wie er in seinen Filmen immer reagiert hat: Mit dem Gewehr in der Hand kann er die Gangs-

ter verjagen. Doch diesmal laufen die Dinge anders, diesmal scheitert der Mythos, wie er in der Realität eben üblicherweise scheitert, die Gewalt bringt keine Lösung, sondern führt in einen furchtbaren Kreislauf der Gewalt. Die von Eastwood gespielte Figur ist erschüttert und erkennt, dass eine Lösung mit Gewalt unmöglich ist. Nur eine Lösung ohne Gewalt scheint möglich, die allerdings das eigene Leben kosten wird.

Es gibt hunderte Western, Krimis, Action-Filme nach dem Muster von *Pale Rider*. Filme wie *Gran Torino* sind da eher Autorenkino. Das zeigt die Größe des medialen Problems. Es ist natürlich auch ein politisches Problem. Putins Regime, die Regierung in Kiew und die PolitikerInnen des Westens, der überwiegende Teil der medialen Öffentlichkeit in allen Ländern, das Mullahregime in Teheran, die Regierung in Washington und nicht zuletzt die Regierung in Jerusalem – sie verbindet alle eine gemeinsame Grundüberzeugung: Es ist sowohl sinnvoll als auch möglich, Konflikte mit militärischer Gewalt zu lösen. Sie könnten sich alle an einen Tisch setzen und sie würden sich in diesem einen Punkt sehr gut verstehen.

Trotz aller erlebten Desaster und Fehlschläge (Vietnam, Irak, Libyen, Afghanistan, Iran usw.) wird immer wieder – gegen jede Vernunft – in militärischer Gewalt eine Lösung, ja manchmal fast explizit Erlösung gesehen. Theologen sind vertraut mit dem Vorwurf, ein religiöser Glaube sei irrational. Irrationaler aber als der Glaube an die lösende Kraft militärischer Gewalt kann kein religiöser Glaube sein. Dieser Mythos ist stärker als jede Vernunft, er immunisiert gegen jede gegenteilige Erfahrung. Er hat in der christlichen friedensethischen Tradition alle Versuche, Kriege zu begrenzen durch sorgfältig formulierte Kriterien (sog. Lehre vom Gerechten Krieg) scheitern lassen. Er hat vermutlich auch das lange Zeit herrschende Erklärungsmuster in Bezug auf die menschliche Gewalt, diese unselige Mischung von Hobbes, Darwin, Freud und Konrad Lorenz insgeheim inspiriert. Der Mythos steckt aktuell auch mitten in der friedensethischen Formel von der rechtserhaltenden Gewalt. Denn wer das Recht mit Gewalt erhalten will, muss glauben an den selbstverständlichen Sieg der eigenen Waffen, an die eigene Unverwundbarkeit, so unverwundbar wie es in *Pale Rider* der Preacher war; er darf auch nicht darüber nachdenken, dass er möglicherweise mehr Menschen töten muss, um des Rechtes willen, als sie der Rechtsbrecher getötet hatte, beim Bruch des Rechts. In *Pale Rider* war der Preacher der eigentliche Killer,

doch das fühlt man als Zuschauer nicht; es waren ja nur die Bösen, die ausgeschaltet wurden, der Tod der Bösen fühlte sich gut an. Und der Gute bleibt gut, welche Mordstrecke auch immer er vorzuweisen hat.

Wenn es nicht endlich gelingt, diesen Mythos zu brechen, wird er die Welt in den Abgrund reißen. Das ist dieser Tage so deutlich wie selten.

Anmerkungen:

¹ Vortrag auf der Jahrestagung der Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung »Gut informiert? Frieden und Kriege in den Medien« vom 1.–3. Mai 2026 in Erfurt. Die Vortragsform wurde beibehalten.

² Ebert Pöhlmann, *Der Mensch – das Mängelwesen? Zum Nachwirken antiker Anthropologie bei Arnold Gehlen*, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 52 (2/1970), 297–312.

³ Erasmus von Rotterdam, *Süß ist der Krieg den Unerfahrenen. Dulce Bellum Inexpertis. Adagium 3001 [1515]*, in: Wolfgang F. Stämmler u. a. (Hg.), *Über Krieg und Frieden. Die Friedensschriften des Erasmus von Rotterdam*, Essen 2017, 178–240, hier 183f.

⁴ Dies erklärt die begrenzte Verfügbarkeit deutscher Übersetzungen aus dem Riesenwerk des Erasmus. Auch die Ausgewählten Schriften. Lateinisch und deutsch, hg. v. Werner Welzig, 8 Bände, Darmstadt 1995, scheinen aktuell nicht mehr verfügbar zu sein. Immerhin gibt ein umfangreicher Artikel bei Wikipedia eine gute Übersicht über das Werk; URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Erasmus_von_Rotterdam (Zugriff: 15.05.2026).

⁵ Der Krieg ist ein »Kulturprodukt«. Erklärung von Sevilla zur Gewaltfrage, in: *Wissenschaft und Frieden* 16 (3/1998). Die Erklärung findet sich einfach zugänglich unter dem URL: <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/der-krieg-ist-ein-kulturprodukt/> (Zugriff: 15.05.2026). Vgl. auch: Berliner Komitee für UNESCO-Arbeit (Hg.), *Kultur des Friedens*, Februar 2017, 25–26; URL: <https://www.unesco-berlin.de/kultur-des-friedens> (Zugriff: 04.05.2026).

⁶ Stefan Klein, *Der Sinn des Lebens. Warum Selbstlosigkeit in der Evolution siegt und wir mit Egoismus nicht weiterkommen*, Frankfurt a. M. 2010, 39. Vgl. auch Joachim Bauer, *Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren*, Hamburg 2008; Jeremy Rifkin, *Die empathische Zivilisation. Wege zu einem globalen Bewusstsein*, Frankfurt a. M. 2012; Michael Tomasello, *Warum wir kooperieren*, Berlin 2010; ders., *Mensch werden. Eine Theorie der Ontogenese*, Frankfurt a. M. 2020.

⁷ Rutger Bregman, *Im Grunde gut. Eine neue Geschichte der Menschheit*, Reinbek bei Hamburg 2020, 36.

⁸ Julia Weigelt, *Wer schläft, stirbt*, in: *.loyal Das Magazin*, 01.10.2025. URL: <https://www.reservistenverband.de/magazin-loyal/drogen-und-krieg/> (Zugriff: 04.05.2026).

⁹ Vgl. den Überblick bei Wolf-Reinhard Kemper, *Rausch und Konsum psychotroper Substanzen in Kriegssituationen. Eine fragmentarische Bestandsaufnahme aus sozialwissenschaftlicher Perspektive*, in: Michael Schetsche u. Renate-Berenike Schmidt (Hg.), *Rausch – Trance – Ekstase. Zur Kultur psychischer Ausnahmezustände*, Bielefeld 2016, 73–92.

¹⁰ Vgl. Sebastian Heinzel, *Die Zeitbombe*, in: *Der Spiegel*, 04.11.2006. URL: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/amerikanische-irak-veteranen-die-zeitbombe-a-446469.html> (Zugriff: 04.05.2026).

¹¹ Mehr britische Soldaten sterben durch Suizid als in Afghanistan, in: *Berner Zeitung*, 15.07.2013. URL: <https://www.bernerzeitung.ch/mehr-britische-soldaten-sterben-durch-suizid-als-in-afghanistan-875989825400> (Zugriff: 04.05.2026).

¹² Michael Goebel, *Selbstmord nach der Schlacht*, in: *Der Freitag*, 14.06.2002. URL: <https://www.freitag.de/autoren/michael-goebel/selbstmord-nach-der-schlacht> (Zugriff: 15.05.2026).

¹³ Harald Meller, Kai Michel u. Carel van Schaik, *Die Evolution der Gewalt. Warum wir Frieden wollen, aber Kriege führen. Eine Menschheitsgeschichte*, München (2. Aufl.) 2025, 329.

¹⁴ Meller u.a., *Die Evolution der Gewalt*, 207.

¹⁵ Walter Wink, *Verwandlung der Mächte. Eine Theologie der Gewaltfreiheit*, hg. v. Thomas Nauerth u. Georg Steins, Regensburg (3. Aufl.) 2023, 50.

¹⁶ Wink, *Verwandlung der Mächte*, 51.

¹⁷ Wink, *Verwandlung der Mächte*, 64.

¹⁸ Wink, *Verwandlung der Mächte*, 55.

¹⁹ Wink, *Verwandlung der Mächte*, 51.

²⁰ Wink, *Verwandlung der Mächte*, 51.

²¹ Wink, *Verwandlung der Mächte*, 53 u. 55.

²² Wink, *Verwandlung der Mächte*, 59f.

²³ Filmbesprechungen der Filme von Clint Eastwood finden sich u. a. unter dem URL: <https://christophhartung.de/> (Zugriff: 15.05.2026).



Die »Wahrheit« im Krieg

Stephan Hebel

Ich danke Gerd Bauz, Christine Madelung und allen anderen, die sich für diese Tagung engagiert haben, sehr herzlich für die Einladung. Ich möchte im Folgenden versuchen, drei Aspekte meines Themas in der gebotenen Kürze zu beleuchten: Erstens soll es anhand einiger Beispiele um einen Blick in die Medien gehen. Zweitens möchte ich mich kurz mit den Ursachen für die Mängel beschäftigen, die ich an der Berichterstattung ausgemacht habe. Und drittens möchte ich ein paar Punkte nennen, die Journalistinnen und Journalisten, aber auch die Mediennutzenden, bei der Wahrheitssuche beachten könnten.

Weil wir aber in Erfurt sind, will ich, wenn Sie erlauben, mit einer persönlichen Erfahrung beginnen. Erfurt war die erste Stadt der DDR, die ich in meinem Leben besucht habe; das muss ungefähr 1980 gewesen sein. Ich habe den Geruch der Braunkohle-Heizungen noch heute in der Nase; und ich erinnere mich deutlich an den Mann im Anorak, der unsere Studentengruppe aus Frankfurt am Main die ganze Zeit begleitet und beobachtet hat.

Warum erzähle ich Ihnen das? Weil ich schon damals das Gefühl hatte, zwischen den Stühlen zu sitzen. Ich hatte an den Verhältnissen und der Politik im kapitalistischen Westdeutschland vieles auszusetzen. Aber ich konnte nicht verstehen, wie man die DDR als glückliche Alternative, als Oase des Friedens und der Gerechtigkeit betrachten konnte, wie es meine Freunde vom Marxistischen Studentenbund Spartakus, dem Ableger der Deutschen Kommunistischen Partei, taten. Nein, für mich war der unübersehbare Autoritarismus der DDR-Führung oder die Spitzelei der Geheimdienste keine zwingende Antwort auf den westlichen Imperialismus.

Mir war schon klar, dass das in der DDR praktizierte Modell eines sogenannten Sozialismus auch Vorteile mit sich brachte, was vor allem die Vermeidung von akuter Armut betraf. Aber die bedrückende Atmosphäre, die Vorsicht unserer Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner in Erfurt und das ständige Gefühl, beobachtet zu werden, – all das ließ mir den Preis, den die Menschen an individuellen Freiheitsrechten und auch an Wohlstand bezahlen mussten, viel zu hoch erscheinen. Ich kam schnell zu der Überzeugung, dass sich die Wahrheit zwischen den

Stühlen findet, auf denen die östlichen wie die westlichen Chefideologen und ihre Gefolgsleute es sich bequem gemacht hatten.

Ich bin sicher, dass der Wahrheit am nächsten kommt, wer gerade nicht glaubt, in ihrem Besitz zu sein. Ich werde Sie also insofern enttäuschen, was den Titel meines Vortrags angeht – »Die »Wahrheit« im Krieg«: Den Anspruch, Ihnen allgemeingültige Wahrheiten zu erzählen, habe ich nicht.

Wie vor vierzig Jahren so finde ich mich auch heute oft zwischen den Stühlen wieder, wenn ich höre und lese, was wir über die Kriege unserer Gegenwart erfahren. Zwischen den Stühlen, das klingt irgendwie negativ. Aber ich habe den Eindruck, dass dieser Platz der geeignetste Ort ist, gerade auch für den Journalismus, um sich in Zeiten des Krieges eine Meinung zu bilden.

Das heißt nicht, keine eigene Haltung zu haben. Im Gegenteil. Aber Haltung, denke ich, kann nicht darin bestehen, sich allen Dilemmata zu entziehen und sich einfach auf die eine oder andere Seite zu schlagen. Haltung kann für mich nur heißen, fundamentale Rechte gegen alle zu verteidigen, die diese Rechte verletzen oder auch nur relativieren. Wäre unser Journalismus durchgehend von einer solchen Haltung getragen, dann wäre die polarisierte Gut-Böse-Berichterstattung, die wir heute oft erleben, vielleicht schon überwunden.

Um es zunächst kurz an ein paar Beispielen deutlich zu machen:

Ja, die NATO hat das Völkerrecht gebrochen, etwa im Kosovo-Krieg 1999. Und ja, das westliche Bündnis hat die Idee einer friedlichen Koexistenz mit Russland vernachlässigt, etwa bei ihrer Erweiterung nach Osteuropa. Nur ändert das nichts daran, dass Russland mit dem Angriff auf die Ukraine das Völkerrecht fortdauernd verletzt.

Ja, das palästinensische Volk wird von der israelischen Regierung massiv schikaniert und unterdrückt, und die brutale Kriegsführung in Gaza oder im Libanon spricht dem Völkerrecht wie den Menschenrechten auch aus meiner Sicht Hohn. Aber das kann kein Grund sein, solche Verbre-

chen, wie sie die Hamas am 7. Oktober 2023 verübt hat, auch nur im Ansatz zu relativieren.

Ja, Kuba leidet seit Jahrzehnten unter der aggressiven Politik der USA. Aber wer auf der Seite des Rechts steht, sollte sich hüten, die dort Herrschenden von jeder eigenen Verantwortung für Repression und ökonomische Fehlentwicklungen freizusprechen.

Ähnliches gilt für Venezuela, und besonders dort zeigt sich, dass auch angeblich »linken« Regierungen keine Alternative eingefallen ist zur strukturellen Abhängigkeit vom Rohstoff-Export, im Fall Venezuelas von Öl.

Schließlich, ganz aktuell: Weder rechtfertigt der brutale und autoritäre Charakter des iranischen Regimes einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, noch stellt der Angriffskrieg der USA und Israels einen Grund dar, den Charakter dieses Regimes zu relativieren.

Soweit der gedankliche Rahmen für das, was ich gleich über die Wahrheit in den Medien sagen möchte. Sie werden hören, dass ich an der einseitigen Berichterstattung und Kommentierung in vielen unserer Leitmedien einiges auszusetzen habe. Ich teile die Auffassung, die zum Beispiel die Bremer Politikwissenschaftler Stephan Hensell und Klaus Schlichte folgendermaßen formuliert haben:

»Unter dem Druck der Geschwindigkeit, mit der neue Medien Nachrichten – oder auch bloße Gerüchte – verbreiten, neigen etablierte Medien dazu, die Dramatisierung zu überziehen statt abzuwägen. Gegenargumente oder alternative Perspektiven kommen immer seltener zu Wort, komplexe Zusammenhänge werden nicht mehr erklärt« (In der Hysterie-Falle. Wie Politik, Medien und Wissenschaft anhand der Ukraine eine Rüstungslogik befeuern – und warum wir Abrüstung neu denken müssen, in: *IPG Journal*, 25.03.2025)

Das führt zu einem fatalen Übergewicht einer alarmistischen Fixierung auf das, was Sie hier unter dem treffenden Stichwort vom »Mythos der erlösenden Gewalt« diskutiert haben. Dass dieser Mythos in unserer Medienlandschaft die Oberhand gewonnen zu haben scheint, beobachte ich genauso wie viele andere. Und ich nehme es vielen meiner Kolleginnen und Kollegen übel, dass sie sich wie Durchlauferhitzer für die Sprache derjenigen betätigen, die ohnehin über einen privilegierten Zugang zur Öffentlichkeit verfügen.

Als wüssten sie nicht, was der Politologe Martin Greiffenhagen einmal so formuliert hat: »Wer die Dinge benennt, beherrscht sie. Definitionen schaffen »Realitäten«« (*Kampf um Wörter*, 1980).

Ich werde dieses nicht durchgehende, aber doch weitgehende Versagen etablierter Medien gleich in den Mittelpunkt stellen. Aber erlauben Sie mir, zuerst kurz auf diejenigen einzugehen, die sich als Alternative zu diesen Leitmedien verstehen. Leider, so beobachte ich es, unterliegen sie zu oft der Versuchung, die Einseitigkeit der etablierten Medien, die sie mit Recht beklagen, sozusagen spiegelverkehrt zu wiederholen: Stellen sich die Etablierten auf die eine Seite, dann stellen die Alternativen sich eben auf die andere – und behaupten ihrerseits, im Besitz der einzig wahren Wahrheit zu sein.

Beispielhaft will ich den Gründer des Portals »Nachdenkseiten«, Albrecht Müller, zitieren. Er befasste sich Anfang April 2026 mit dem vierten Jahrestag der Befreiung der ukrainischen Stadt Butscha von russischer Besatzung. Dort waren bekanntlich im März 2022 zahlreiche Zivilistinnen und Zivilisten getötet worden. Der Kreml bestreitet die Morde, obwohl nicht nur verschiedene NGOs, sondern auch Institutionen wie das Menschenrechtskommissariat der Vereinten Nationen sie bestätigt haben. Müller beschäftigte sich mit dem folgenden Zitat des deutschen Außenministers Johann Wadephul: »Butscha steht als Symbol für unzählige weitere russische Kriegsverbrechen. Wohin auch immer Putins Russland geht, dahin kommen Mord und Barbarei.« Müller schrieb dazu: »So tönen die Unions-Christen in Deutschland seit 1949, seit Anfang der Existenz der Bundesrepublik Deutschland. Vermutlich haben sie sich sogar seit 1945 so geäußert und konnten dabei nahtlos auf den Tiraden der Nationalsozialisten gegen die Marxisten aufbauen.« Und weiter: »Die deutschen Christdemokraten und Christsozialen scheinen so etwas wie die eingebaute Garantie des Hasses auf Russland und die Russen zu sein.«

Nun ist Kritik an Wadephuls Wortwahl nicht unbedingt verfehlt, und legitim ist sie ohnehin. Mein Problem ist ein anderes: Müller schreibt zum Anlass und zum Ort der Äußerung kein Wort. Er erläutert nicht, warum Wadephuls Worte aus seiner Sicht nicht zum realen Geschehen in Butscha passen; und daraus ergibt sich für mich eine unmissverständliche Botschaft: Wenn der Außenminister nur den Hass auf Russland schürt (und angeblich sogar auf »die Russen«, obwohl er ausdrücklich von »Putins Russland« sprach), und

das in der Tradition der Nationalsozialisten, dann kann die Haltung, die er zu den konkreten russischen Verbrechen einnimmt, natürlich nichts anderes sein als antirussische Propaganda. Was wiederum implizit bedeutet: Mit der Frage, was Russland in Butscha real getan hat, müssen wir uns dann schon gar nicht mehr beschäftigen. Was Müller, wie gesagt, auch konsequenterweise nicht tut. Die Menschenrechtsverletzungen, um die es geht, verschwinden hinter der Kritik an demjenigen, der sie beklagt. Was übrigbleibt, ist der gezielt vermittelte Eindruck, dass die Verurteilung Putins durch Wadephul und andere allein auf »Hass« gegenüber Russland beruht, also auf der Verblendung seiner Gegner. Sie, die Kritiker von Putins Verbrechen, stehen als die wahren Täter da.

Ich verzweifle an solchen Texten wie dem von Albrecht Müller nicht deshalb, weil ich es als illegitim empfinde, die Frage nach antirussischen Kontinuitäten in der Bundesrepublik oder speziell in der CDU zu stellen. Ebenso wenig empfinde ich es als illegitim, die Wortwahl des deutschen Außenministers zu kritisieren. Im Gegenteil, ich hätte solche Kritik gerne in unseren Leitmedien gelesen. Aber dann in einer Form, die die Kritik nicht nutzt, um russische Verbrechen zu relativieren, und sei es in der eben beschriebenen, indirekten Form. Die Kritik an den Leitmedien entwertet sich selbst, wenn sie es unterlässt, auch zur anderen Seite, hier der russischen, eine klare, auf der Verteidigung des Rechts basierte Haltung einzunehmen. Wer das Recht verteidigen will, muss das konsequent auf allen Seiten tun und nicht nur dort, wo man den Hauptgegner, den Imperialismus oder den Kolonialismus, vermutet. Ursachen verstehen soll man trotzdem. Aber wenn die Kritik an den einen zum Verständnis für die anderen führt, die Recht missachten oder gar verachten, hat das mit »Wahrheit« nichts zu tun.

Mir war es wichtig, diese Kritik an einer verfehlten Form der Medienkritik vorzuschicken, bevor ich mich meinerseits kritisch mit den etablierten Medien auseinandersetze. Ich hätte sonst die Sorge gehabt, dass der zentrale Gedanke, den ich heute mit Ihnen teilen will, nicht deutlich wird. Er lautet, noch einmal kurz zusammengefasst: Im Krieg finden wir die Wahrheit weder auf der einen noch auf der anderen Seite, sondern nur auf der Seite des Rechts.

Vier Anlässe habe ich gewählt, um mich mit dem vorherrschenden öffentlichen Diskurs auseinanderzusetzen: den Krieg im Sudan, die Äußerungen von Bundespräsident Steinmeier zum Iran-

Krieg, das Manifest aus der SPD zum Ukraine-Krieg und die Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland.

I

Zum Thema Sudan hat im April 2026 eine sogenannte Geberkonferenz stattgefunden. Wer an dem Tag die Nachrichten verfolgte, wusste am Abend, dass 1,5 Milliarden Euro zusammengekommen waren. Wer ein wenig weiterlas, erfuhr auch noch, dass Johann Wadephul und auch UN-Generalsekretär António Guterres die Konfliktparteien und die Weltgemeinschaft zu verstärkten Friedensbemühungen aufgefordert hatten. Aber nur wer gezielt weitersuchte, erfuhr, dass der wohl größte Treiber dieses Krieges das Gold im Boden des Sudan ist. Gold, an dem äußere Mächte wie die Vereinigten Arabischen Emirate oder Saudi-Arabien großes Interesse haben – und das sich nach einigen Umwegen durchaus in den Schmuckstücken europäischer Juweliere wiederfinden kann.

Und noch etwas findet sich erst nach längerem Suchen, zum Beispiel in einem Beitrag von Pro Asyl aus dem November 2025. »Im Rahmen der europäisch gewollten Migrationsabwehr wurden die RSF [also die sogenannten Rapid Support Forces, die die Regierungarmee bekämpfen, S.H.] ab 2015 direkt gestärkt – durch Gelder und Ausrüstung für Grenzschutzprogramme. Mit dieser internationalen Anerkennung konnten sie Einfluss und Ressourcen gewinnen.« Und weiter: »Saudi-Arabien setzt seit Jahren sudanesischen Kämpfer im Jemenkrieg, dem anderen vergessenen Krieg, ein. [...] Diese kehren nach ihren Einsätzen im Jemen zum Teil höchst bewaffnet in den Sudan zurück.« Nichts davon auf den großen Nachrichtenkanälen am Tage der Geberkonferenz für den Sudan, nichts von der Flüchtlingsabwehr als Mitursache des Konflikts, nichts vom Söldnerwesen, auch nichts vom Gold.

Der Deutschlandfunk hat in seiner Sendung »medias res« eine löbliche Ausnahme gemacht und den Friedens- und Konfliktforscher Gerrit Kurtz von der Stiftung Wissenschaft und Politik befragt. Er sagte, die Rede vom vergessenen Krieg blende die »strukturellen Mechanismen« aus, die für die fehlende Beachtung in der Öffentlichkeit verantwortlich seien. Zum Beispiel die Unterstützung der Kriegsparteien durch zum Teil enge Partner Deutschlands. Wenn über den Sudan gesprochen werde, gehe es »immer um das Ausmaß der humanitären Krise«, durchaus zu Recht. Aber die Frage, »wie wir damit zusammenhän-

gen«, so Kurtz, werde eher ungern aufgeworfen. Und gerade deshalb, weil es so wenig Hintergrund-Berichterstattung gibt, müssten Medien immer wieder »relativ oberflächlich einsteigen«.

Das ist aus meiner Sicht ein Armutszeugnis für Medien; und die Forderung des Wissenschaftlers, »ein bisschen mehr Platz für den Sudan« bereitzustellen, klang demgegenüber schon sehr bescheiden. Ich meine, wir haben es mit einem Beispiel für grundlegendes Medienversagen zu tun. Ich akzeptiere den Einwand des Deutschlandfunk-Kollegen Gerwald Herter, sein Sender habe sehr wohl mehrmals über die Rolle des Gol-des berichtet. Aber gerade im Nachrichtenfluss eines Tages, an dem dieser Konflikt mal im Mittelpunkt stand, verschwanden diese Zusammenhänge hinter der Wiedergabe der offiziellen Statements auf der »Geberkonferenz«.

II

Jetzt zu Steinmeier und dem Völkerrecht. Am 24. März 2026 hielt der Bundespräsident die Festrede zum 75-jährigen Bestehen des Auswärtigen Amts. Er äußerte sich nicht nur zum Ukraine-Krieg und den künftigen Beziehungen mit Russland – und das in einer Härte, die kritische Medienkommentare wert gewesen wäre. Im Mittelpunkt der Berichterstattung stand eine ebenfalls beachtenswerte Aussage Steinmeiers zum Krieg der USA und Israels gegen den Iran. Er sagte: »Unsere Außenpolitik wird nicht überzeugender dadurch, dass wir Völkerrechtsbruch nicht Völkerrechtsbruch nennen. [...] Denn dieser Krieg ist nach meinem Dafürhalten völkerrechtswidrig – es gibt wenig Zweifel daran.« Das war aus meiner Sicht die richtige Antwort auf das Lavieren einer Bundesregierung, die immer noch glaubte, sich Donald Trump und dessen Einflüsterern gewogen machen zu können, indem sie den Völkerrechtsbruch eben nicht beim Namen nannte.

Wenn ich mir die Zeitungskommentare zu Steinmeiers Rede anschau, stelle ich durchaus eine erfreuliche Vielfalt fest. Ich zitiere nur ein Beispiel von vielen, das mir besonders aufgefallen ist, weil hier die unterschiedlichen Meinungen sogar in ein und derselben Zeitung zu finden waren, nämlich dem *Münchner Merkur*. Da schrieb am 26. März der Leiter des Politikressorts, Klaus Rimpel: »Der Präsident hat alles richtig gemacht [...]. Er hat das klar ausgesprochen, was Kanzler Friedrich Merz als »Dilemma« schönzureden versucht: Der US-israelische Angriff auf den Iran ist völkerrechtswidrig.« Zwei Tage später konterte der Chefredakteur, Georg Anastasiadis, mit einem

eigenen Kommentar, der zunächst die Lage im Kriegsgebiet betrachtete, um dann auf Steinmeier einzugehen: »Und dazu kräht der deutsche Bundespräsident Steinmeier noch triumphierend »völkerrechtswidrig«. Steinmeiers unverhüllte Schadenfreude ist noch dümmmer als seine jahrelangen Sympathien für Putins Russland und das nach der Atombombe gierende Teheraner Regime mitsamt seinen Vernichtungsfantasien.« Der Präsident spricht nicht, er »kräht«, seine Äußerungen sind nicht etwa verfehlt, sondern »dumm«, und der Versuch vieler Bundesregierungen der Vergangenheit, mit Russland auf diplomatische Weise zu einer Verständigung zu kommen, wird nicht etwa sachlich kritisiert, sondern in eine angebliche »Sympathie für Putins Russland« umgedeutet: Das alles ist schon im Ton beachtlich und erinnert mich sehr an das Geschrei, das in den sogenannten sozialen Medien so oft das Argument ersetzt.

Aber abgesehen davon könnte man fragen: Wo ist das Problem, wenn beide Positionen sogar in ein und derselben Zeitung Platz finden? Ein Teil des Problems, denke ich, besteht darin, dass schon das regelmäßige Lesen von Zeitungskommentaren noch mehr als früher zum Minderheitenprogramm geworden ist. Die Meinungsvielfalt und die differenzierte Berichterstattung, soweit es sie dort noch gibt, ist nicht mehr prägend für die Stimmung und für die Diskurslage im Land.

Es gibt sie durchaus noch, die Qualität und Vielfalt in Medien. Ich schaue zum Beispiel gern in das *IPG-Journal*, eine Veröffentlichung der Friedrich-Ebert-Stiftung zu internationalen Fragen, und auch meine Heimatzeitung, die *Frankfurter Rundschau*, kann ich erwähnen: Dort findet sich seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine die Serie »Friedensfragen«, in der kritische Stimmen Platz finden – zum Beispiel die von Gerd Bauz, der dort eine hervorragende Skizze für einen möglichen Friedensschluss veröffentlicht hat.

Dennoch wird die öffentliche Stimmung zunehmend geprägt von den Schwarz-Weiß-Bildern und den polarisierenden Zuspitzungen, die wir in den sogenannten sozialen Medien erleben. Und leider werden diese Schwarz-Weiß-Bilder sowohl von der Politik als auch von etablierten Medien zunehmend übernommen.

Unter den Tageszeitungen hat bekanntlich *Bild* die höchste Auflage; und was sie zu Steinmeiers Rede mitzuteilen hatte, fasste die Redaktion in einer fetten Schlagzeile der Online-Ausgabe zusammen: »Mullahs loben Steinmeier-Rede!« Das

stimmte zwar, der iranische Außenminister hatte die Gelegenheit genutzt und sich positiv geäußert. Aber die *Bild*-Botschaft war klar: Der deutsche Präsident spielt das Spiel des iranischen Regimes. Mit anderen Worten: Wer das Völkerrecht verteidigt, spielt Menschenrechtsverletzern in die Hände.

Schon kurz nach Beginn des Iran-Krieges hatte ein Kommentar des *Bild*-Politikchefs das Dilemma zwischen Verteidigung des Völkerrechts und Verteidigung der Menschenrechte gegen ein diktatorisches Regime, das ja tatsächlich ein Dilemma ist, einfach vom Tisch gewischt. Er schrieb:

»Zahlreiche Politiker, auch in Deutschland, [...] kritisieren: Der Angriff auf den Iran ist ein Bruch des Völkerrechts und daher abzulehnen. Diese Einschätzung ist formal zwar richtig. Sie macht die Welt aber keinen Deut besser. Im Gegenteil: Das Völkerrecht schützt in seiner jetzigen Auslegung auch Despoten und Mörder. [...] Diktatoren und Terroristen interessieren sich (leider) nicht für gut gemeinte juristische Paragraphen. Sie halten nichts vom Völkerrecht, sondern nur etwas vom Recht des Stärkeren.«

Das ist die plumpe Version einer Debatte, wie sie sich auch in seriösen Medien wie der *Zeit* niederschlägt. Im Sommer 2025, als Israel den Iran angegriffen und das mit der möglichen atomaren Bedrohung begründet hatte, schrieb dort der Politikwissenschaftler Herfried Münkler: »Vor diesem Hintergrund zählt der Verweis auf das Völkerrecht [...] wenig, zumal es keine Macht gibt, die als Hüter des Völkerrechts bereit und in der Lage wäre, dessen unbedingte Geltung durchzusetzen.«

Mir machen solche Wendungen Sorgen, weil sie zwei Aspekte ausblenden oder zumindest unterbelichten: erstens die seinerzeit im Irak und jetzt auch im Iran nachgewiesene Tatsache, dass es weder reale Bedrohungen verhindert noch der unterdrückten Bevölkerung nutzt, wenn man ein Regime militärisch auszuschalten versucht. Und zweitens die Gefahr, dass die bedrohten Regeln des internationalen Zusammenlebens selbst untergräbt, wer sie bricht, um sie angeblich zu verteidigen. Es ist auch für mich kaum zu ertragen, wenn ein Regime wie das iranische seine Gegner foltert und öffentlich aufhängt. Und es ist schwer, in der berechtigten und notwendigen Empörung darüber an einer rationalen Abwägung über die Wirksamkeit und Angemessenheit möglicher Gegenmaßnahmen festzuhalten. Aber gerade Medien, die sich für seriös halten, müssten genau das tun und das Geschehen am Primat des Rechts

messen, statt einfach die Reflexe zu bedienen, die das Heil in unbedachter Gegengewalt suchen.

III

Ich komme zum Ukraine-Krieg und gleich auch zu dem Manifest, das die unterschiedlichen »Friedenskreise« der SPD im Juni 2025 veröffentlicht haben (URL: <https://www.erhard-eppler-kreis.de/manifest/>). Vorab schnell eine Beobachtung, die ich zuletzt nach der Parlamentswahl in Bulgarien gemacht habe. In fast allen Berichten dazu wurde der Wahlsieger Rumen Radew als »russlandfreundlich« bezeichnet und damit sozusagen dem feindlichen Lager zugeordnet, was ihn für jene Teile der Öffentlichkeit, die dem vorherrschenden Diskurs folgen, disqualifizierte. Nur mit einiger Mühe konnte man in manchen Artikeln den Hinweis finden, dass Radew sich zwar für einen »neuen Dialog« mit Russland einsetzt, sich aber dagegen verwahrt, deshalb »russlandfreundlich« genannt zu werden, was er nämlich schlicht nicht sei. Dass ihm das Etikett dennoch und offensichtlich oft unreflektiert angeheftet wurde, ist geradezu exemplarisch für die Schwarz-Weiß-Darstellungen, die inzwischen bis weit hinein in seriöse Medien unhinterfragt übernommen werden. Natürlich könnten sie seine Selbstdarstellung hinterfragen. Aber ihm einfach eine Eigenschaft zuzuweisen, die er für sich ausdrücklich verneint, ist alles andere als ein journalistisches Meisterwerk.

Aber jetzt zum SPD-Manifest. Es sprach sich unter anderem für einen schnellen Waffenstillstand und für den »schwierigen Versuch« aus, »nach dem Schweigen der Waffen wieder ins Gespräch mit Russland zu kommen, auch über eine von allen getragene und von allen respektierte Friedens- und Sicherheitsordnung für Europa«. Abgelehnt wurde die durch keinen nachweisbaren Bedarf gedeckte Fünf-Prozent-Regel der NATO für Rüstungsausgaben und die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen. Zugleich forderte das Papier aber auch die »Herstellung einer eigenständigen Verteidigungsfähigkeit der europäischen Staaten unabhängig von den USA«. Es war sozusagen der differenzierte Gegenentwurf zu Steinmeiers Absage an jede Entspannungspolitik mit Russland, die ich vorhin kurz erwähnt habe. Ich war nicht mit allem einverstanden, was in dem Text stand, aber ich war ziemlich erschüttert von dem, was folgte, sowohl in der Politik als auch medial.

Als hätte das Manifest gefordert, Putin die Ukraine kampflos zu überlassen, warf Verteidigungsminister Boris Pistorius den Autorinnen und Autoren »Realitätsverlust« und sogar den Miss-

brauch der Friedenssehnsucht vieler Menschen vor. Michael Roth, in der Zeit der Ampelregierung Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, vergriff sich komplett im Ton und sprach von »intellektueller Wohlstandsverwahrlosung«. Ganz ähnlich klang es in vielen, nach meiner Wahrnehmung in der Mehrzahl der wichtigen Medien. In der Online-Ausgabe der *Zeit* hieß es hämisch: »Das linke, tendenziell der Generation der Babyboomer zuzurechnende Milieu von Kriegsgegnern, die mit den Rezepten der Vergangenheit auch Putins Russland begegnen wollen, ist in seiner Bedeutung für die Gesamtpartei nicht zu unterschätzen.« *Bild* wählte die Schlagzeile »Als hätte es Putin mitgeschrieben«, und im ZDF kommentierte Berlin-Korrespondentin Diana Zimmermann das, wie sie es nannte, »so schlicht wie anmaßend Manifest genannte Schreiben«. Sie setzte sich vor allem mit der Formulierung auseinander, in Deutschland und den meisten europäischen Staaten hätten sich »Kräfte durchgesetzt, die die Zukunft vor allem in einer militärischen Konfrontationsstrategie und hunderten von Milliarden Euro für Aufrüstung suchten«.

Das sei ganz so, sagte die Kommentatorin, als ob die die Aufrüstung »eine freie Entscheidung wäre, nicht eine Reaktion [...] auf die Brutalität des russischen Präsidenten Wladimir Putin«. Die Leiterin des ZDF-Hauptstadtstudios tat also nichts anderes, als eine bestimmte Politik, also hier die Reaktion der Europäer auf Putins Angriffskrieg, als einzig mögliche darzustellen. Es spricht (wohlgemerkt) nichts dagegen, wenn eine Kommentatorin diese Politik befürwortet, das ist ihr gutes Recht. Aber ausdrücklich so zu tun, als handle es sich nicht um eine »freie Entscheidung« unter mehreren Möglichkeiten, sondern sei sozusagen alternativlos – das ist es, was dem Verdacht einer übermäßigen Regierungsnähe führender Medien Nahrung gibt. Und damit leider nicht nur eine rationale und berechtigte Medienkritik hervorruft, sondern auch denjenigen in die Hände spielt, die mit verschwörungstheoretischem Unterton pauschal die »Lügenpresse« anprangern.

IV

Damit komme ich zur Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (URL: https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/denkschrift-welt-in-unordnung-EVA-2025.pdf). Ich bin weder Protestant noch Experte in christlicher Friedensethik. Aber in Bezug auf das Medienthema hätte ich von einer solchen kirchlichen Initiative erwartet, dass sie eine Öffentlichkeit, die mit pragmatischen Erwägungen nun wirklich ausreichend

versorgt ist, mit etwas eigentlich Selbstverständlichem konfrontiert: mit dem Gedanken nämlich, dass sich all die vermeintlichen Gewissheiten und Alternativlosigkeiten des politischen Redens und Handelns immer wieder auch an fundamentalen Werten und Idealen zu messen haben.

In diesem Sinne hätte eine Denkschrift aus meiner Sicht die Aufgabe, diese Werte und Ideale auszuformulieren. Und das zwar einerseits im Wissen darum, dass ihnen in der konkreten Politik schwierige und notwendige Abwägungen gegenüberstehen, aber andererseits, ohne sich selbst auf die Ebene dieser pragmatischen Abwägungen zu begeben. Ein Dokument des in Kauf genommenen Nicht-Realismus sozusagen, das sich einem Realismus der vermeintlichen Alternativlosigkeit von Aufrüstung gegenüberstellt und als Stimme des Ideals, so schwer es auch zu erreichen sein mag, fungiert. Die Kirche hätte damit auch denjenigen in den Medien nützliches Material geliefert, die sich der Ideologie des Pragmatismus nicht beugen wollen.

Genau das hat die Denkschrift weder geleistet noch, so glaube ich, überhaupt gewollt.

Gleich im Vorwort schreibt die EKD-Ratsvorsitzende Kirsten Fehrs, »neu akzentuiert« werde unter anderem »das Zusammendenken von Friedensethik und Sicherheitspolitik«. Und sie betont »das Bemühen, grundlegende normative Maßstäbe und konkrete politische Herausforderungen aufeinander zu beziehen«.

Mir erscheinen Formulierungen wie »Zusammendenken« und »aufeinander beziehen« hier so problematisch, weil sie offenlassen, ob »Friedensethik« beziehungsweise »normative Maßstäbe« Priorität genießen vor »Sicherheitspolitik« und »konkreten politischen Herausforderungen« oder eben nicht. Das führt dann zu Formulierungen wie dieser vielzitierten: »Christlicher Pazifismus ist als allgemeine politische Theorie ethisch nicht zu begründen. Er ist aber als Ausdruck individueller Gewissensentscheidung zu würdigen.«

Ich stimme Margot Käßmann zu, die dazu gesagt hat, der christliche Pazifismus werde »ein bisschen ausgebürgert und zur Privatsache erklärt«. Und ich stimme Bischof Friedrich Kramer zu, der sich zur Frage der Atomwaffen klar geäußert hat: »Ich bin der Meinung, wir sollten bei einem klaren Nein ohne jedes Ja bleiben.« Wie gesagt: Die Meinung, die Lage erfordere Aufrüstung, ist aus meiner Sicht legitim. Aber Kirche, wie ich sie verstehe, muss das nicht wiederholen.

Aus den Medien kann ich berichten, dass es durchaus kritische, zumindest differenzierende Stimmen gegeben hat, zum Beispiel diese aus den *Nürnberger Nachrichten*:

»Eine sehr realistische Annäherung an grundsätzlich veränderte Zeiten. Daher kann man diese Denkschrift staatspolitisch begrüßen [...]. Gerade eine schrumpfende Kirche könnte aber auch den Wagemut haben, radikaler zu denken. Dem radikalen Pazifisten Jesus Christus hätte diese austarierte Denkschrift sehr wahrscheinlich nicht gefallen.«

Aber es gab natürlich auch die anderen. Zum Beispiel die Ulmer *Südwest-Presse* und ihre zahlreichen Partnerzeitungen, die erfreut feststellten: »So viel Realität war in Friedenspapieren der evangelischen Kirche noch nie.« Zitat Ende.

Heribert Prantl, der bekannte und von mir sehr geschätzte Autor der *Süddeutschen Zeitung*, hat zwar die Denkschrift erstaunlich milde beurteilt und für ihren »pragmatischen Pazifismus« gelobt. Aber er hat das mit einer Mahnung an die Medien verbunden, die mich zu meinen letzten, etwas grundsätzlicheren Überlegungen führt. Prantl schrieb:

»Wenn Journalisten und Wirtschaftsvereinigungen zu Bellizisten werden, verkennen sie ihre Aufgabe. Es ist Aufgabe des Journalismus und der zivilgesellschaftlichen Kräfte in der Demokratie, die Wege zum Frieden zu suchen und zu gehen. Das Streiten darüber, wo diese Wege sind und wie man sie geht – das gehört dazu.«

Dazu gehört es eben auch, dass Medien sich nicht in der erwähnten Ideologie des Pragmatismus verlieren, die die Grenzen des Möglichen gedanklich nicht mehr überschreitet. Und daran hapert es aus meiner Sicht dann doch gewaltig.

Es ist nicht so, wie es selbsternannte Medienkritiker (tatsächlich überwiegend Männer) oft nahelegen versuchen: dass bei deutschen Leitmedien morgens die NATO anruft und per Tagesbefehl mitteilt, wie die Öffentlichkeit heute zu manipulieren sei, was die Journalistinnen und Journalisten dann bereitwillig tun. Es ist komplizierter. Ich benutze den Begriff Mainstream-Medien nicht gern, er scheint mir zu sehr kontaminiert durch das Gebrüll der Lügenpresse-Schreihälsen. Aber leider ist aus meiner Sicht nicht zu bestreiten, dass große Teile des Journalismus sich in einem verengten Wahrnehmungs- und

Meinungsspektrum bewegen, nicht nur beim Ukraine-Krieg.

Um das an einem anderen Beispiel kurz zu erläutern: Wenn es um Rentenpolitik geht, ist immer wieder vom demografischen Wandel die Rede. Immer weniger Junge müssten für immer mehr Alte sorgen, heißt es dann, das könne nicht ohne Auswirkungen auf die Höhe der Renten bleiben. Das klingt zwingend logisch, ist aber schlicht nicht wahr. Manche, leider nur wenige Ökonomen und Ökonomen weisen immer wieder darauf hin, dass zum Beispiel höhere Beiträge kein Problem wären, wenn ein höherer Anteil des Produktivitätsfortschritts in den Unternehmen an die Beschäftigten ausgezahlt würde. Oder wenn die höchsten Einkommen stärker an der Finanzierung der Renten beteiligt würden. Oder wenn alle Erwerbseinkommen, nicht nur die von abhängig Beschäftigten, einbezogen würden. Das wäre alles nicht einfach, aber diese Aspekte haben es erfahrungsgemäß extrem schwer, als Korrektiv zu der simplen Erzählung vom demografischen Wandel den Weg in die Medien zu finden.

Grundsätzlich sehe ich die Lage der Medien folgendermaßen: Auf der einen Seite steht die dauernde Selbst-Verständigung, oder noch besser: Selbst-Bestätigung voneinander abgeschotteter Meinungs-Kohorten in den angeblich »sozialen« Medien (was nicht heißt, dass diese Medien nicht auch positive und differenzierte Beiträge transportieren, den Algorithmen zum Trotz). Auf der anderen Seite hätten journalistische Medien die Aufgabe, das breite Spektrum von Ansichten und auch Emotionen in der Gesellschaft nicht nur abzubilden, sondern auch professionell und unabhängig, aber gerne aus einer transparenten Grundhaltung heraus zu bewerten. Ich sehe stattdessen an vielen Stellen eine allzu machtnahe, viele gesellschaftliche Positionen nicht mehr abbildende Praxis des politischen Journalismus.

Jetzt fragt sich natürlich, warum das so ist. Ich nenne Ihnen dazu drei Thesen.

Erstens: Der Journalismus ist einer verfehlten Vorstellung von »Objektivität« verhaftet.

Zweitens: Der Journalismus folgt zwar nicht irgendwelchen Befehlen von oben, unterliegt aber sehr wohl dem Einfluss gesellschaftlich vorherrschender Gruppen und Ideologien.

Drittens: Die Organisationsstruktur der Medien steht im Widerspruch zu ihrer Aufgabe als unabhängige »vierte Gewalt«.

Zunächst also zur verfehlten Vorstellung von Objektivität. Sie haben vielleicht schon mal von dem Motto gehört, dem sich der *Spiegel* verschrieben hat: »Sagen, was ist.« Das klingt sehr gut, aber ich bleibe bei meinem Rentenbeispiel und frage: Was kommt eigentlich »dem, was ist«, näher: ein Text, der die wiederholte Rede eines Politikers von der leider unausweichlichen Unmöglichkeit höherer Renten einfach zitiert? Oder wäre nicht ein Text »objektiver«, der hinzufügt, was der Politiker nicht sagt, aber alternative Ökonomen und Ökonomen schreiben?

Mit anderen Worten: In jedem journalistischen Text spiegelt sich nicht nur das sogenannte objektive Geschehen. Die Auswahl, die die Bericht-erstattenden treffen, der Ton, in dem sie das Geschehene schildern, und die Gewichtung der einzelnen Aspekte – in all dem steckt eben auch die individuelle Perspektive, die eigene Haltung des Journalisten oder der Journalistin. Wer das bestreitet und für sich vollständige Objektivität in Anspruch nimmt, ist aus meiner Sicht schlicht nicht ehrlich. Ehrlicher wäre es, wenn der Journalismus sich zu den Grenzen der Objektivität offen bekennen würde.

Das bedeutet keineswegs, auf das Streben nach Wahrhaftigkeit zu verzichten. Auch bei einem Journalismus, der sich der Grenzen seiner Objektivität bewusst ist, sind gute Recherche und daraus resultierende Tatsachenbehauptungen natürlich nicht verboten, im Gegenteil. Aber Journalismus wird umso glaubwürdiger, je deutlicher er seine Tatsachenbehauptungen als das markiert, was sie trotz aller Sorgfalt immer auch sind: Behauptungen.

Der britische Psychiatriekritiker Ronald D. Laing hat das Dilemma des Objektivitätsanspruchs einmal so formuliert: »Nichts ist subjektiver als eine Objektivität, die gegen die eigene Subjektivität blind ist.« Ein Journalismus, der diesen Befund transparenter machen würde als bisher, statt die Monstranz einer vermeintlichen Objektivität vor sich herzutragen, wäre schon ein großer Fortschritt.

Damit bin ich bei meiner zweiten These: Der Journalismus folgt zwar nicht irgendwelchen Befehlen von oben, unterliegt aber sehr wohl dem Einfluss gesellschaftlich vorherrschender Gruppen und Ideologien. In jeder Gesellschaft sind bestimmte Auffassungen und Sichtweisen hegemonial. Sie herrschen vor, weil diejenigen Gruppen, die diese Meinungen und Ideologien vertreten, im Kampf um Präsenz im öffentlichen Raum die

Nase vorn haben. Dass das am ehesten solche Teile der Gesellschaft sind, die auch politisch und ökonomisch über die meiste Stärke verfügen, liegt auf der Hand. So gibt es beim Rententhema kaum einen Mitspieler, der über so viel Einflussmacht verfügt wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Das ist eine Art Agentur, die mit mehreren Millionen Euro im Jahr von den Arbeitgeberverbänden der Metallindustrie finanziert wird und an Rentenmodellen, die die Industrie stärker in die Pflicht nehmen, sicher kein Interesse hat. Ihren Anzeigen, Plakatkampagnen und Lobby-Aktivitäten wirkungsvoll etwas entgegenzusetzen, ist schon aus finanziellen Gründen sehr schwierig.

Genau hier allerdings müsste der politische Journalismus meiner Ansicht nach ein Gegengewicht bilden. Er müsste sich von jener vermeintlichen Ausgewogenheit ein Stück weit trennen, die die ohnehin Meinungsmächtigen mindestens ebenso stark zu Wort kommen lässt wie andere gesellschaftliche Gruppen, die über weniger Einflussmöglichkeiten verfügen. Vor allem der Berliner Journalismus müsste öfter mal den Kontakthof zwischen Politik und Medien verlassen, in dem sich ein bestimmtes Meinungsspektrum immer wieder zu reproduzieren droht, selbst wenn die Beteiligten das weder wollen noch merken. Er müsste öfter auf Distanz gehen, im übertragenen wie im wörtlichen Sinne, vor allem gegenüber den Mächtigen. Er müsste schauen, wo in der Gesellschaft über andere Sichtweisen oder alternative Entwürfe nachgedacht wird. Ich kenne viele Journalistinnen und Journalisten, die das versuchen und denen es auch gelingt. Aber sie haben es oft nicht so leicht. Denn erstens laufen sie Gefahr, als seltsame Paradiesvögel zu gelten, was man auch erstmal aushalten muss. Und zweitens stoßen sie nicht selten an objektive, strukturelle Grenzen.

Darum geht es jetzt in meiner dritten und letzten These: Die Organisationsstruktur der Medien steht im Widerspruch zu ihrer Aufgabe als unabhängige »vierte Gewalt«. Zugespitzt könnte ich auch sagen: Der größte Feind des Qualitätsjournalismus sind nicht unbedingt »die Eliten« oder die NATO, sondern die Controller. Betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten, seien sie nun real oder vorgegeben, stehen zu den Anforderungen an einen guten Journalismus in einem kaum aufzulösenden Widerspruch. Das gilt für privatwirtschaftlich organisierte Verlage, erst recht jetzt, da sie auf die Konkurrenz im Internet mit immer neuen Einsparungen reagieren. Und es führt fast zwangsläufig dazu, dass Medienschaffende die

fehlenden Recherchemöglichkeiten durch Orientierung an leicht zugänglichen und von möglichst vielen geteilten Einschätzungen ersetzen.

Hinzu kommt, dass die verschärfte ökonomische Konkurrenz um Aufmerksamkeit, Auflage und Anzeigen die Tendenz zu übermäßiger Skandalisierung und Personalisierung verstärkt. Ähnliches gilt, wenn auch in anderer Form, für öffentlich-rechtliche Fernsehsender, deren Redaktionen sich einerseits Sparzwängen und andererseits dem Zwang zur Rücksicht auf politisch besetzte Aufsichtsgremien ausgesetzt sehen.

Was also wäre zu tun?

Aus meiner Sicht liegt es angesichts der genannten Fehlentwicklungen nahe, über andere als klassisch unternehmerische Organisationsformen nachzudenken – etwa Genossenschaften wie bei der *taz* in Berlin oder auch staatlich geförderte Modelle. Wenn es allerdings um öffentliche Unterstützung geht, herrscht in den Redaktionen der kapitalistisch organisierten Zeitungen das große Kopfschütteln. Gerne wird auf die Mängel der Organisations- und Aufsichtsstruktur bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verwiesen. Eine Diskussion, wie öffentlich-rechtliche Modelle besser als bei ARD und ZDF funktionieren könnten, wie sie möglichst staatsfern einer gesellschaftlichen, demokratischen Kontrolle unterzogen werden könnten, ohne die redaktionelle Unabhängigkeit einzuschränken, findet jedoch praktisch nicht statt.

Jürgen Habermas hat in diesem Zusammenhang einmal geschrieben: »Einmalige Subventionen sind nur ein Mittel. Andere Wege sind Stiftungsmodelle mit öffentlicher Beteiligung oder Steuervergünstigungen für Familieneigentum in dieser Branche.« Habermas ordnete die öffentliche Meinungsbildung ebenjenen Gemeingütern zu, die eine echte Reformpolitik dem Markt zu entziehen hätte und die der Staat schon jetzt immerhin im Grundsatz garantiert. Er schrieb:

»Wenn es um Gas, Elektrizität oder Wasser geht, ist der Staat verpflichtet, die Energieversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Sollte er dazu nicht ebenso verpflichtet sein, wenn es um jene andere Art von »Energie« geht, ohne deren Zufluss Störungen auftreten, die den demokratischen Staat selbst beschädigen?«

Damit ist nicht Staatsjournalismus gemeint, wie wir ihn aus vielen Weltgegenden leider kennen.

Gemeint ist nach meinem Verständnis eine Medienwelt, die ihre Aufgabe als öffentlich garantierter, demokratisch organisierter Energieträger eines offenen gesellschaftlichen Diskurses erfüllen kann, kontrolliert von denjenigen, die die Medien nutzen. Da würde dann immer noch vieles geschrieben und gesendet, das vielen von uns nicht gefallen würde, ob zum Krieg, zu einem Manifest aus der SPD oder zu einer kirchlichen Friedensdenkschrift. Aber wir könnten sicher sein, dass es dem Nachdenken und den Recherchen unabhängiger Menschen entsprungen wäre und nicht den Zwängen einer auf Klicks oder Quoten oder Auflagen fixierten Medienwelt. Natürlich könnten auch wir, die Menschen in den Medien, trotz aller Sparzwänge etwas tun. Der Tübinger Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen hat es kürzlich in einem Interview auf den Punkt gebracht. Er zitierte David Weinberger, den er als »frühen Netzanalytiker« vorstellte, mit den Worten: »Transparenz ist die neue Objektivität.« Und er fügte hinzu:

»Gib deinem Publikum jede nur denkbare Möglichkeit, die Qualität der von ihm vermittelten Informationen einzuschätzen. Das heißt: Die eigene Arbeit und auch die schwierige ökonomische Lage erklären und wieder erklären, Leser nicht als passive Rezipienten, sondern als Gefährten und Komplizen betrachten, den Journalismus in ein großes, pulsierendes Gespräch mit seinem Publikum verwandeln – darum geht es.«

Allerdings: Für das große, pulsierende Gespräch brauchen wir, die Medien, auch Sie, die Mediennutzenden. Rücken Sie den Journalistinnen und Journalisten auf die Pelle, glauben Sie nie einer einzigen Quelle, gerade dann nicht, wenn sie Ihnen sympathisch ist. Verlangen Sie keine Wahrheiten, sondern folgen Sie dem Rat der Sozialdemokratin und brillanten politischen Denkerin Gesine Schwan, die diesen schönen Satz geprägt hat: »Die Intensität entsteht aus der Verbindlichkeit der Wahrheitssuche.«

Die Wahrheitssuche jenseits eines viel zu eng begrenzten politischen Diskurses: Das wäre die Aufgabe der Medien, gemeinsam mit den Mediennutzenden, ihren Komplizen, wie Pörksen sagt, und das nicht nur im Krieg. Wenn wir uns dabei gemeinsam zwischen den Stühlen selbsternannter Wahrheits-Propheten wiederfänden, wäre das kein Nachteil. Und dem Frieden, jedenfalls dem inneren, würde es sicher dienen. 

Die Medien in den Kriegen – Getriebene oder Treiber?

Prof. Dr. Sabine Schiffer

Die Zeichen der Politik stehen auf Krieg. Die Bundesregierung propagiert Kriegstüchtigkeit, »Sicherheit« und »Verantwortung« und die größte Armee Europas. Haushaltsmittel werden von humanitären Projekten abgezogen und in Aufrüstung investiert. Kanzler Merz sprach angesichts des sog. Sondervermögens (= Kredit = Schulden) – bereits vor seinem Amtsantritt von der »Konsolidierung« des Bundeshaushalts, was Einschnitte bei den Ärmsten bedeutet; nicht eine Finanztransaktionssteuer, nicht das Eintreiben der enormen Cum-Ex-Betrugs-Schulden oder vergleichbare Einnahmemöglichkeiten auf höchstem Niveau. Gleichzeitig stellt die Wirtschaft, die den Anschluss beim umweltfreundlichen Wirtschaften verpasst hat, um auf Rüstung. Das ist zwar auch nicht nachhaltig, sichert aber für den Moment Stellen in der schrumpfenden Industrie – ein Déjà-vu.

Das sind klare Zeichen gegen Völkerverständigung und Diplomatie auf der einen und Zeichen für militärische »Lösungen« auf der anderen Seite, die natürlich keine echten Lösungen sind. Von einer gerechten Weltwirtschaftsstruktur, die eine notwendige Voraussetzung zur Befriedung des Globus darstellt, ist auf der Nordhalbkugel fast nirgendwo die Rede mehr. Die Folgen sind: Schwächung der UNO und Gewalt zur Durchsetzung der Interessen des Stärkeren. Aber auch dem wird Schaden zugefügt. Was in den USA weit über das »Costs of War«-Projekt der Brown-University hinaus beklagt wird, dass nämlich neben den Soldaten, die in Kriegseinsätzen Schaden nehmen, auch der Bevölkerung in der Heimat medizinische Versorgung vorenthalten und steigende Lebenshaltungskosten aufgebürdet werden, trifft auch auf Deutschland zu.

Vierte Gewalt zur Machtkontrolle

In so einer Situation brauchen wir starke Medien und einen Journalismus, der seiner Aufgabe der Machtkontrolle nachkommt; also verantwortungsbewusste Massenmedien mit großer Reichweite, die sich nicht mit kleinen Informationsfetzen zufrieden geben, wie es der Journalist Walter van Rossum in seinem Buch *Die Tagesshow. Wie man die Welt in 15 Minuten unbegreiflich macht* zu Recht kritisiert hat.¹ Hingegen brauchen wir einen Journalismus, der Hintergründe recherchiert und die relevanten Zusammenhänge sicht-

bar macht. Das wäre dann die Erfüllung der idealtypischen Aufgabe einer machtkritischen Vierten Gewalt – nämlich nicht nur bei der Benennung von kleineren Missständen zu verbleiben, sondern die großen Zusammenhänge zu erkennen, sie zu benennen und strukturell einzuordnen sowie Verantwortlichkeiten zu entlarven.

Es sind nämlich keine Naturgewalten, die uns gerade in den Krieg führen, sondern konkrete Entscheidungen, die nicht im Sinne des Gemeinwohls getroffen werden und nicht einem Menschenbild folgen, das uns alle als Teil einer Menschheit begreift, um deren Überleben es auf diesem Planeten geht.

Während wir im Geschichtsunterricht noch gelernt haben, zwischen Anlass und Ursache zu unterscheiden, spielt dieser wichtige Unterschied in unseren Medien keine Rolle. Angewandt auf die aktuelle Kriegsrhetorik müssen wir feststellen, dass der russische Angriffskrieg auf die Ukraine als Anlass genutzt wird, um ältere Pläne von NATO & Co. umzusetzen – wie sie Jonas Tögel in seinem Buch *Kognitive Kriegsführung* bereits einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat.² Dass zudem noch der 2 + 4-Vertrag verletzt wird, der keine NATO-Ausdehnung gen Osten zulässt, müsste prominent in Medien als Vierte Gewalt diskutiert werden. Dort scheint jedoch der Rally-around-the-Flag-Reflex zu greifen, der Medien zur Kriegspartei und Journalisten zu Manipulierten und Manipulierenden macht. Wie kognitive Manipulation funktioniert, darüber klärt der Psychologe Rainer Mausfeld auf – seine unbequemen Analysen finden keinen Platz in den Massenmedien; es sei denn man zählt zwischenzeitlich Youtube-Portale dazu.

Mythen in den Medien vs. Erkenntnisse aus der Propagandaforschung

Kein prominentes Medienthema sind auch die Erkenntnisse der Autoren Harald Meller, Kai Michel und Carel von Schaik, die in ihrem Buch *Die Evolution der Gewalt* nachweisen, dass in 99 Prozent der Menschheitsgeschichte keine organisierten Kriege geführt wurden; Gewaltakte zwischen Einzelnen habe es gegeben, aber das gruppenweise Kämpfen kam erst mit Sesshaftigkeit und Eigentum auf und mit der Manipulation von Diskursen – also ein vergleichsweise neues Phä-

nomen.³ Moderne Kriege gibt es also nicht, weil es in der Natur des Menschen läge, sondern weil Manipulation greift und Menschen durch die Behauptung einer Angriffs- und Verteidigungssituation zum Töten animiert werden können. Ganz so wie Lord Arthur Ponsonby in seinem 1928 erschienenen Buch *Falsehood in Wartime* die Regeln der Kriegspropaganda beschrieb: der andere ist schuld und böse, will alles und das mit Krieg und Gewalt, er manipuliert uns und seine Leute – wir natürlich nicht.⁴ Dabei kann als gesicherte Erkenntnis der Propagandaforschung gelten: Propaganda machen nicht nur die anderen, sondern alle – innerhalb und außerhalb von Kriegen; zur Kriegsvorbereitung lange davor. Bestätigt hat sich auch ein Zusammenhang, den General Smedley D. Butler in *War is a Racket* als »Kriegsbetrug« bezeichnet: das Geschäftemachen mit dem Tod, während der Krieg jeweils als ehrenvolles, überlebenswichtiges Anliegen verkauft wird, bei dem es angeblich um höhere Werte geht.⁵ Dabei gilt bis heute die an Brechts Dreigroschenoper angelehnte Erkenntnis: »Die Waffen liefern die Reichen, die Armen die Leichen.«

Wir müssen feststellen, dass der Satz »Die Wahrheit stirbt im Krieg zuerst« nicht stimmt, denn die Wahrheit stirbt schon lange vor dem Krieg. Ohne Kriegslügen wäre es nicht möglich, Menschen zum Töten zu bewegen, die eine natürliche Tötungshemmung haben, sich eigentlich ähnlich sind und im besten Fall den Krieg überleben, um dann nach der Unterbrechung ihres Lohnerwerbs wieder in die gleiche Situation von Arbeit und Überlebenskampf zurückzukehren. Das alles gilt hüben wie drüben, immer und überall, und die vermeintliche Kriegslogik wäre durch ehrliche Diplomatie und die Anerkennung gegenseitiger Sicherheitsinteressen unterbrechbar, wie der inzwischen 96-jährige Klaus von Dohnanyi nicht müde wird zu erklären.

Bei der Kontrollaufgabe, die unseren Medien zukommt, rede ich nicht einmal von der Friedenspflicht und der völkerrechtlichen Bindung durch unser Grundgesetz (GG Art. 25 u. 26), sondern vom gesunden Menschenverstand, der erkennt, dass die aktuelle Politik die Lebensgrundlagen für die Menschheit zerstört, und von einem Journalismus, der seinen journalistischen Standards treu ist (s. u.). Und diese Standards nicht nur umsetzt, sondern auch gegenüber staatlichen Institutionen verteidigt, die im Kampf gegen Desinformation und sogar für Meinungsfreiheit bereit sind, Maßnahmen zur Beschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit zu kreieren. Dazu weiter unten mehr. Hier soll uns der Hinweis des aktuellen

Rankings von Reporter ohne Grenzen – bei aller berechtigten Kritik an deren Methodik – als Warnung dienen, dass auch Deutschland erneut um 3 Plätze abgerutscht ist und nun im internationalen Vergleich von 180 Ländern auf Platz 14 steht. Neben der Warnung vor einer Zunahme von Übergriffen auf Journalisten bei Demonstrationen spielen auch staatliche Eingriffsmöglichkeiten in die freie Berichterstattung eine Rolle. Dabei ist mit Artikel 5 GG der Journalismus vor dem Staat geschützt.

Es lohnt also immer, zu uns selbst kritisch hinzugucken, während es natürlich auch in anderen Ländern genug zu beklagen gibt. Aber der Verweis auf diese sollte nicht dazu dienen von hiesigen Fehlentwicklungen abzulenken. Hier gibt es etwas zu retten, und natürlich gelten unsere eigenen Maßstäbe der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Unser Mediensystem ist zudem im internationalen Vergleich immer noch eine Perle mit Defekten, die wir jedoch dringend reparieren und nicht idealisieren sollten. Denn ohne starke Medien und die Erfüllung von deren Informationsfunktion ist demokratische Meinungsbildung nicht zu machen.

Weniger bekannt: die Fünfte Gewalt

Statt journalistische Machtkontrolle hören und lesen wir dieser Tage immer wieder Intervieweinstiege wie den folgenden: »In Zeiten leerer Kassen ...« – ein Stehsatz, der den Auftakt zu Themen wie Sozialabbau, Abbau gesundheitlicher Versorgung sowie des Solidarprinzips schlechthin darstellt; also den Kitt der Gesellschaft angreift. Was für eine vermeintlich oder tatsächlich kritische Frage auch immer dann kommt: der Rahmen eines übermächtigen TINA-Prinzips – There Is No Alternative, wie es der *Deutschlandfunk* (DLF) 2018 vorstellte – ist damit gesetzt, und das dient den Interessen der Regierung sowie einiger Think Tanks wie z. B. dem Unternehmerverband *Initiative Soziale Marktwirtschaft* (INSM) und nicht den Bürgern. Beim Rein-Zoomen auf einzelne Vorhaben, die euphemistisch mit dem Wort »Reform« versehen werden, während das Heraus-Zoomen zur Erfassung des größeren Kontexts erforderlich wäre, handelt es sich streng genommen um Pressearbeit für Großverbands- oder Regierungspositionen, nicht jedoch um Journalismus als kritisch prüfende Instanz im Sinne einer Vierten Gewalt.

Vielleicht ist man sich aber auch einfach der Macht und Machenschaften der Fünften Gewalt (s. u.) zu wenig bewusst, die mit guter finanzieller

ler Ausstattung im Sinne der großen Wirtschaftsverbände, Think Tanks und Regierungen sowie transatlantischen und anderen Netzwerken ihre immer gleichen Botschaften wiederholen: denn aus der PR-Forschung weiß man, dass das erfolgreichste Mittel von Überzeugungs-Kommunikation die Wiederholung ist. Wer denkt noch an Basisrecherche – stimmt das? gibt es das überhaupt? –, wenn man es schon so oft gehört oder gelesen hat?

Dabei gibt es laut einer aufwendigen Analyse des *Quincy-Institute* in den USA (auch ein Think Tank) von 2023 eine starke Korrelation zwischen Akteuren, die mit viel Geld Inhalte promoten können, im Vergleich zu anderen, die über diese Geldmittel nicht verfügen. Deshalb ist in den USA der militärisch-industrielle Komplex mit seiner enormen Finanzstärke überproportional präsent in den Medien. Vergleichbare quantitative Analysen gibt es für Deutschland nicht. Das werden Forschende und Journalisten im Auge behalten müssen, wenn es um die Arbeit der Fünften Gewalt – Lobby- und Medienarbeit – geht, von der ich einige Akteure und deren Arbeitsweise weiter unten exemplarisch vorstelle. Im Buch *Medienanalyse* gibt dazu mehr.⁶

Denn die PR-Techniken sind wiedererkennbar und sollten sowohl Gegenstand der journalistischen Ausbildung wie auch eines Schulfachs Medienbildung sein: Medienverantwortung haben schließlich Medienmachende und Mediennutzende gleichermaßen. Wir sind alle verantwortlich für das, was wir sehen und verstehen und welche Schlüsse wir daraus ziehen. Dafür braucht es *Media Literacy* und Reflexionskompetenz, die systematisch wie Lesen und Schreiben vermittelt werden muss. Denn gerade in Demokratien ist die Gefahr manipulierender Kommunikation besonders groß, weil man dies hier zu wenig erwartet, weil sie sehr subtil arbeitet und die Politik auf die Überzeugung der Massen angewiesen ist.

Aufklärungsmedien auf verlorenem Posten?

In Echtzeit können wir gerade die Zeit vor dem Krieg beobachten und das breite Versagen von Medienseite in der Erfüllung ihrer Aufklärungsaufgabe. Das heißt nicht, dass es nicht kritische journalistische Beiträge gäbe, aber deren Zahl, Größe/Raum und Platzierung schreibt ihnen nicht immer die Aufmerksamkeit zu, die sie verdienen. Und die Algorithmen der Big-Tech-Oligarchen – wie man u. a. im Film *The Cleaners* (2018; <https://www.bpb.de/mediathek/video/273199/the-cleaners>) erfährt oder wie es die Microsoft-

Whistleblowerin Danah Boyd auf der *re:publica* in Berlin 2018 vorstellte – tragen ihren Teil zum Ausblenden dessen bei, was wesentlich für das Funktionieren einer Demokratie ist: berechnete Kritik, störende Fakten, das Aufdecken von Skandalen und ungerechten Strukturen.

Wer mediale Diskurse nachzeichnet, erkennt: »Nach der Aufklärung kommt der Algorithmus« und versteckt die Erkenntnisse tief im Netz, bevorzugt die Aufreger-Debatten. Die daraus resultierenden ökonomischen Bedingungen für den Journalismus in Deutschland und weltweit sind noch gar nicht abzusehen, aber auf jeden Fall krisenhaft. Und KI-gestützte Suchmaschinen verstärken das Ausblenden von Primärquellen, während die Inhalte intransparent genutzt werden. Darum gilt es, über die Stärkung von echtem, unabhängigem Qualitätsjournalismus nachzudenken, der eigentlich keine extra Labels wie »Friedens- oder konstruktiver Journalismus« benötigt, weil es immer und überall um die konsequente Anwendung der eigenen Standards geht: das Zwei-Quellenprinzip, die Kern-Kriterien des Qualitätsviecks von Stephan Ruß-Mohl – Objektivität, Aktualität, Originalität, Transparenz und Faktentreue – und die medienethischen Regeln des Pressekodex.

Prüfen Sie selbst, ob die Darstellungen in den Medien, die Sie rezipieren, Machtanalyse und Machtkritik im Foucault'schen Sinne dienen oder Machtstrukturen stützen und reproduzieren. Im letzteren Fall wäre es nicht Journalismus, auch wenn es unter renommierten Medienmarken erscheint. George Orwell soll das sehr zugespitzt so auf den Punkt gebracht haben: »Journalismus bedeutet etwas zu veröffentlichen, was andere [ich ergänze: Einflussreiche] nicht wollen, dass es veröffentlicht wird. Alles andere ist PR.«

Die Vierte und die Fünfte Gewalt

Eine zentrale Figur der Public Relations (PR) – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit – war Edward L. Bernays in den USA. Der Neffe Sigmund Freuds prägte wesentlich die Arbeitsweise der Branche. In der ersten Folge »Happiness-Machines« der vierteiligen Doku *The Century of the Self* (2002) erfährt man, wie er mit PR-Stunts Frauen zum Rauchen gebracht und den Bürger zum Konsumenten umgeformt hat. 1939 gelang es ihm auf der Weltausstellung in New York im Pavillon »Democracy«, den liberalistischen Kapitalismus mit den Ideen von Demokratie zu verknüpfen – ein Konzept, das sich bis heute auch in Deutschland in der Verfolgung kapitalismuskritischer

Akteure als »Verfassungsfeinde« niederschlägt, während unsere Verfassung (GG) dem Wirtschaftssystem gegenüber neutral ist.

Auf die Frage nach dem Unterschied zwischen »Propaganda«, wie eines seiner frühen Bücher hieß,⁷ und dem Begriff »Public Relations« antwortete Bernays: »There is none.« Und tatsächlich lässt sich feststellen, dass die PR-Techniken die gleichen sind, mit denen »Ham and Eggs« als vermeintlich gesundes Frühstück oder Regime-Umstürze in Lateinamerika für den Auftraggeber Chiquita Brands (Bananen) beworben wurden oder damals wie heute Kriege als notwendig verkauft werden.

PR und Lobbyismus sind wachsende Kommunikationsbranchen, während sichere Stellen im Journalismus rarer werden. Die Fünfte Gewalt ist ubiquitär, nicht immer sichtbar, aber überall einflussreich. Zu ihr gehören Regierungen, Parteien, Think Tanks, große Verbände, Finanzinstitute ... Hieran zeigt sich auch, dass der Begriff der Vierten Gewalt als Kontrollinstanz gegenüber staatlichen Institutionen nicht ausreicht, weil Journalismus nicht nur staatliche Machtpositionen kontrollieren muss, sondern auch alle anderen Machtakeure. Thomas Leif und Rudolf Speth haben mit ihrem Sammelband *Die fünfte Gewalt* über die Arbeitsweisen von Lobbyisten, Beratern und Spin-Doktoren aufgeklärt und den Begriff geprägt, der darauf abzielt, eine weitere Macht zu benennen, eine eher stille, die es aber gezielt auf die öffentlichen Debatten und damit vorzugsweise auf Medien (*Media Relations*) abgesehen hat.⁸ Wichtig ist, beide Gewalten von ihrer Funktion her zu verstehen: Zur Vierten Gewalt gehört alles, was journalistisch im weitesten Sinne Macht kontrolliert – dazu gehören Medien ebenso wie Blogs und Social Media, die sich dies zur Aufgabe gemacht haben; auch Medienkritik oder eine NGO wie *FragDenStaat* (<https://fragdenstaat.de>) kann diese Funktion erfüllen. Zur Fünften Gewalt gehört alles, was als »graue PR« bekannt ist und von einflussreichen Akteuren betrieben wird, die möglichst unerkannt und unbemerkt öffentliche Diskurse zu manipulieren suchen.⁹

Denn als Werbung erkennbar haben Aussagen weniger Einfluss, als wenn sie den Eindruck erwecken, journalistisch geprüft zu sein. Darum sind Medien die erste Zielgruppe der PR. Schafft man es »in die Medien« mit den eigenen Behauptungen und Sprachregelungen, dann gelten diese quasi als veredelt; am effektivsten ist das, wenn man es in Nachrichtenagenturen mit ihrem Vielfältigungspotential schafft. So finden sich die

Pressestatements der israelischen Regierung regelmäßig in unseren Medien, wie Fabian Goldmann mit seiner Analyse im Buch *Staatsräson-funk* nachweist.¹⁰

Die Formulierungen sind dabei oft faktizierend, indem die Behauptungen israelischer Staatsstellen indikativisch in absolute Aussagen verwandelt werden. Bei Israel ließe sich von einem Freundbild sprechen, während Feindbilder eher zu Distanzierungen durch Konjunktive und Anführungsstriche oder gar zu Dämonisierungen (vgl. Ponsonby) führen. Beides ist natürlich kein Journalismus, der als Third Party die jeweiligen PR-Behauptungen von den Fakten zu trennen hätte. Doppelstandards in der Kriegsberichterstattung über die Situation in der Ukraine im Vergleich zum Libanon lassen sich da feststellen, wo in einem Fall die Perspektive der angreifenden Partei übernommen wird, im anderen jedoch nicht.

So heißt es etwa am 24.03.2026 im *mdr* unter dem Titel »Israel will im Kampf gegen die Hisbolah die Kontrolle über Teile des Südlibanons ausweiten. Israels Verteidigungsminister Israel Katz kündigte an, das Gebiet bis zum Fluss Litani sichern zu wollen.« Die hervorgehobenen Satzteile zeugen von Wohlwollen der israelischen Sicht gegenüber, den Südlibanon zu besetzen und dabei das Staatsvölkerrecht zu verletzen. Anders klang das 2022 bei der russischen *Annexion* der Krim sowie bei der *Besetzung* der Ostukraine und überhaupt dem *völkerrechtswidrigen Angriff* auf das Land. Als weiterer Vergleichspunkt böte sich die Berichterstattung und Kommentierung des ebenfalls völkerrechtswidrigen Angriffs auf den Iran an. Beim Völkerrecht sind in Politik und Medien Doppelstandards erkennbar, die sich nicht am Sachverhalt orientieren, sondern je nach Feindbild oder Freundbild anders formulieren.

Aufmerksamkeitssteuerung mit und gegen Völkerrecht

Zudem kann das komplexe Völkerecht zur strategischen Kommunikationslenkung missbraucht werden. So wird im Fall der Ukraine auf das Staatsvölkerrecht verwiesen, das die Unverletzbarkeit der Staatsgrenzen fordert – beim Libanon und Syrien jedoch nicht. Für Syrien wurde gerne das Selbstbestimmungsrecht der Völker betont, solange das Assad-Regime bekämpft wurde. Geht es um separatistische Bestrebungen in Spanien, so steht im europäischen Diskurs wieder das Staatsvölkerrecht ganz oben auf der Agenda – gegen Selbstbestimmung. Das Selbstbestimmungsrecht scheint auch bei den Palästinensern

keine Rolle zu spielen, deren Ansprüche allenfalls auf den Teil des humanitären Völkerrechts begrenzt werden, wo es um den Schutz von Zivilisten unter (illegaler) Besatzung oder im Kriegsfall geht. So kann sogar von Völkerrechtsbrüchen mit Verweis auf das Völkerrecht abgelenkt werden – ein Beispiel dafür, wie selbst mit Fakten gelogen werden kann. Die verschiedenen Kodizes, die über die zentrale Charta der Vereinten Nationen hinaus das Internationale Recht definieren, sind in ihrer Komplexität ohne entsprechendes Fachwissen schwer zu durchschauen – ein Einfallstor für die Spin-Doktoren der strategischen Kommunikation, die mittels sprachlicher Aufmerksamkeitssteuerung die Sache in ihrem Sinne »drehen« (*spinning*).

Von Völkerrechtsbrüchen kann auch abgelenkt werden, indem man zivile Opfer als »Kollateralschäden« oder gar »Terroristen« labelt. Oder die Menschen- und Völkerrechtsverstöße bei Regimen einfach nicht erwähnt, mit denen man kooperiert und ein Freundbild pflegt. Unsere Rechtsgrundlagen gelten jedoch auch für Diktaturen und Verbrecher. Deshalb versagen Medien auch, wenn Einwänden nicht widersprochen wird, wo etwa eine Rechtsverwirkung durch einen Angriff behauptet wird.

Eine grobe Einteilung der Dimensionen des internationalen Rechts wurde schon vorgenommen: das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Staatsvölkerrecht und das humanitäre Völkerrecht, welches sich nochmal in *ius ad bellum* (Recht zum Krieg/Notwehr) und *ius in bello* (Recht im Krieg) unterteilen lässt. Seit der Zeitenwende 1999, als die NATO mitsamt der Bundeswehr völkerrechtswidrig Serbien angriff, herrscht hier Verwirrung, wofür zusätzlich die NATO-Doktrin von 1999 sorgt, die neben »humanitären Interventionen« auch »Ressourcensicherung« und »Migrationsbewegungen« als legitime Kriegsgründe anführt. Besonders der humanitäre Spin begegnet uns immer wieder und versucht, das Wertvollste auszuschöpfen, was Menschen haben: Empathie. Tatsächlich kann diese zu Zwecken der Kriegspropaganda missbraucht werden, wie wir weiter unten noch sehen werden.

Den »NATO-Einsatz« nannte man natürlich nicht »völkerrechtswidrigen Angriffskrieg«, weil er von befreundeten Parteien verübt wurde (Freundbild). Und nein, 1999 hat man nicht auf den Genozid an den bosnischen Muslimen reagiert; dieser fand fast fünf Jahre zuvor statt. Wie wir in den Krieg gelogen wurden, kann man in der WDR-Story »Es begann mit einer Lüge« von 2001 nachsehen. Als

die Manipulationen der rot-grünen Bundesregierung ans Tageslicht kamen und besonders die Rolle des damaligen Verteidigungsministers Scharping für Unruhe sorgte, stieg dieser mit seiner neuen Flamme Gräfin Pilati in einen Swimmingpool, und unsere sich als Boulevard gerierenden Medien nahmen es freudig auf. Scharping hatte offensichtlich eine gute PR-Beratung. Die Ablenkung vom eigentlichen Skandal gelang; nämlich, dass Deutschland sich jenseits seiner Nachkriegsrhetorik an einem Völkerrechtsbruch beteiligt hat und damit auch Verfassungsbruch begangen hat. Wie PR-Agenturen arbeiteten, um uns bzw. den US-Amerikanern den Krieg auf dem Balkan als »humanitäres« Muss zu verkaufen, zeigen Jörg Becker und Mira Beham in ihrem Buch *Operation Balkan*.¹¹

Von feministischen Spins und Akteuren der Fünften Gewalt

Selbst wenn also die Benennung völkerrechtlicher Grundlagen richtig sein kann, kann gleichzeitig durch eine gezielte Auswahl derselben ein strategisches Ziel verfolgt werden, das ganz anderen Interessen dient. So wurde mit einem humanitär-feministischen Spin des Schutzes von Minderheiten, Frauen und Kindern, lange für den Militäreinsatz in Afghanistan geworben, nachdem der offizielle Grund – die Suche nach Osama bin Laden – weggefallen war. Das Schicksal Bibi Aishas mit abgeschlagener Nase und ihre instrumentelle Aktualisierung auf dem Cover des *Time Magazine* im Sommer 2010 – als nach Wikileaks-Veröffentlichungen die Kriegsverbrechen der ISAF-Truppen bekannt wurden und eine Abzugsdebatte entbrannt war – steht exemplarisch für eine Propaganda, die es immer wieder in unsere Medien schafft. Dieses Foto, das zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung schon ein Jahr alt war, diente dem Ehemann der Fotografin zur Wiederbelebung der Spendenfreude für Hilfsprojekte in Afghanistan. Denn die Spenden waren mit der Abzugsdebatte versiegt. Die Aktion, die Bild und Empörung um die Welt schickte, verlängerte den Krieg um weitere zehn Jahre und kostete noch vielen Menschen mehr das Leben; hüben wie drüben – durch eine Kriegsfortsetzungslüge.

Zu den Kriegs Anlasslügen – die der Historiker Christian Hardinghaus definiert – zählen die Brutkastenlüge der PR-Agentur *Hill & Knowlton*, die den Irakkrieg 1991 einläutete, und zur Gräuelpropaganda gehört, sowie die angeblichen Massenvernichtungswaffen im Irak 2003. Gemäß der modellhaften Bush-Doktrin eines »preemptive

strike« 2003 argumentierte auch Putin 2022, wie auch Israel und die USA 2026 gegen den Iran.

Daran, dass Kriegslügen gelingen, arbeiten Geheimdienste und Think Tanks – nicht selten in enger Kooperation. Eine exemplarische Analyse zum US-Institute for the Study of War (ISW) bzw. dessen bevorzugter Rezeption in deutschen Medien, die in der Fachzeitschrift *journalistik.online* erschienen ist, arbeitet die fehlende Distanz zum neo-konservativen Think Tank (um Robert Kagan und Viktoria Nuland) in deutschen Medien heraus.¹²

Deutschland hat mit dem staatlich finanzierten *Zentrum Liberale Moderne* von Ralf Fücks und seiner Frau Marie-Luise Beck einen eigenen einflussreichen Think Tank mit einem Schwerpunkt auf Ost-Europa, der mit der sog. *Gegneranalyse* ein Format geschaffen hat, das unliebsame Internetportale diskreditiert.¹³ Die *LibMod*, deren Finanzquellen der Satiriker Friedrich Küppersbusch in seinem Video »Staatsknete für die richtige Meinung« aufdeckt, gehört damit auch zum *Wahrheitskomplex*, wie ihn der Jurist und Journalist Norbert Häring in seinem gleichnamigen Buch beschreibt: ein Netzwerk von Organisationen, die vermeintlich unabhängig und staatsfern Maßnahmen der Kommunikationskontrolle propagieren und implementieren oder selbst Propaganda betreiben, wozu nicht zuletzt die seit 2014/15 wie Pilze aus dem Boden sprießende Zunft der Faktenchecker gehöre, die sich als »staatstragend« gerieren, während sie das Grundgesetz ignorieren.¹⁴

Ein besonderes Augenmerk verdient die Kommunikationsstabsstelle *East StratCom Task Force* als Teil der Fünften Gewalt, die ein Joint Venture des Auswärtigen Dienstes EAD der EU und der NATO darstellt. In den einflussreichen Nachrichtenagenturen und im öffentlich-rechtlichen Deutschlandfunk wird sie als Stelle gegen Desinformation gesehen: ihr Pressesprecher wird auf der DLF-Website am 15.03.2021 als »EU-Experte zu russischer Desinformation« vorgestellt; die NATO-Kooperation wird nicht prominent kommuniziert.¹⁵ Bei regelmäßig stattfindenden Journalisten-Briefings in Brüssel wird das auch nicht erwähnt. Aus Sicht der PR-Forschung ist die Stelle sehr erfolgreich, wie der *Medienspiegel* auf deren Blog *EUvsDisinfo* verrät; denn die Öffentlichkeitsarbeit gegen »Desinformation« – ohne klare Definition und unter Beschränkung auf russische oder chinesische Propaganda – wird in mehreren Sprachen angeboten und schlägt sich in offiziellen Dokumenten nieder, wobei die gleiche Botschaft

der *East StratCom Task Force* mit drei unterschiedlichen Webadressen zitiert wird: etwa in einem OECD-Papier zur Ukraine »mit den Adressen *disinfo.eu* sowie *nato.int* und *euvsdisinfo.eu*. Wie wir bereits wissen: Wiederholen ist Überzeugen.

Medien schaffen Wirklichkeit(en)

»Das meiste, das wir über die Welt wissen, wissen wir über Medien«, schrieb sinngemäß Niklas Luhmann in *Die Realität der Massenmedien*.¹⁶ Das bedeutet: das meiste, was in der Welt passiert, wissen wir nicht – auch wenn das Internet uns inzwischen größere Zugangsmöglichkeiten verschafft. Tatsächlich ist die Hauptaufgabe in Redaktionen des Weglassen: von dem, was über die Ticker auf den Newsdesk einer Tageszeitung kommt, werden am nächsten Tag ca. drei Prozent gedruckt, so der Chefredakteur der *Nürnberger Nachrichten* Alexander Jungkunz bei der Gründungsfeier des Instituts für Medienverantwortung im November 2005.

Dabei sind die Kriterien stereotyp, wie Johan Galtung als Mitbegründer der Nachrichtenwerttheorie immer wieder mahnte; denn die vermeintlich objektiven Nachrichtenwerte seien affirmativ missverstanden worden, wie Galtung u. a. 2019 der Schweizer Fachzeitschrift *Medienwoche* mitteilte.¹⁷ Sie verstärkten unreflektierte Vorurteile unter Journalisten, die viel zu oft einer bestimmten Klasse und deren begrenzter Sichtweise angehörten – oder die gar für bestimmte Elitenetzwerke arbeiteten, wie dies Uwe Krüger in seiner Doktorarbeit *Meinungsmacht* nachzeichnete.¹⁸

Luhmann beschreibt, wie Medien durch Auswahl und Formung Vorstellungen schaffen (*Framing* s. u.). Dabei bedienen wir uns alle vorgeprägter Zeichen. Wörter und Bilder zeigen uns die Welt, wie sie (nicht) ist. Sie lenken unsere Aufmerksamkeit auf bestimmte Ereignisse und Aspekte, blenden gleichzeitig andere aus, die ebenso wichtig oder vielleicht sogar viel wichtiger sein können. Wie man mit Fakten lügen kann, haben wir schon erfahren. Die Ausmaße der Durchsetzung unserer Medien mit Formungen durch diverse Institutionen kann hier nicht deutlich gemacht werden (einige konkrete Beispiele finden sich im Manuskript zum Workshop »Kognitive Kriegsführung – Kriegspropaganda«).

Hier halten wir fest: FakeNews (Falschinformation) und Desinformation gibt es nicht nur im Internet, auch wenn nicht wenige etablierte Medien

versuchen, sich selbst als Wärter der Wahrheit zu idealisieren. Auch Verschwörungstheorien sind keine Internetspezifika. Die antisemitische Weltverschwörungsideologie, die Shoa und weitere Völkermorde sowie unzählige Kriege konnten mithilfe anderer Medien und Manipulationstechniken passieren – ohne diese wäre es nicht gegangen.

Wirklichkeit bedroht Medien und unabhängigen Journalismus

Die Analyse, Prognosen und Lösungsvorschläge meines Vorredners Stephan Hebel teile ich weitestgehend. Zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks liegen genug konstruktive Vorschläge auf dem Tisch, allein der Wille ... Ich halte immer noch öffentlich-rechtliche Modelle für das Beste, idealtypisch, die auch auf Print und Internet übertragbar wären. Denn Crowdfunding ist geschmacksabhängig, und Stiftungsgelder überlässt man einem undemokratischen Mäzenatentum. Dabei scheint mir eine engere Beziehung von Mediennutzenden und Medienmachenden zentral, wie sie meine Kollegin Christine Horz und ich mit der Initiative *Publikumsrat* für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorgeschlagen haben.¹⁹

Als weitere Störfaktoren in der Erfüllung der Aufgabe als Vierte Gewalt würde ich noch den Aspekt der sozialen Homogenität hervorheben. Deutschland ist besonders stark darin, die jeweils eigene Klasse zu reproduzieren; das gilt im Bildungsbereich wie auch im Journalismus. Neben der Elitennähe führen die Medienkonzentration, die Ausdünnung des Korrespondentennetzes weltweit und die starke Orientierung an Nachrichtenagenturen zu weniger Medienvielfalt, als es an der Oberfläche scheint.

Massenmedien haben weiterhin die größte Diskursmacht und damit Verantwortung. Aber sie sind nicht nur Treiber, sondern auch Getriebene. Wenn ihnen guter Journalismus gelingt, heißt das noch nicht, dass er sein Publikum erreicht. Denn das hängt auch von der Struktur des Internets ab, das nicht öffentlich-rechtlich oder als Genossenschaft organisiert ist – das haben wir verpasst. Durch die Monetarisierung von Werbung via Microtargeting wurden Algorithmen implementiert, die heute die Struktur bestimmen – auch das ist keine Naturgewalt. Daraus ergeben sich demokratietheoretische Probleme der Nichtauffindbarkeit relevanter Inhalte und der Polarisierung von Debatten, wie dies nachweislich in Myanmar zu mörderischen Auswüchsen führte: Dort fehlte

es an einem Internetzugang via Browser; der Zugang war allein die Facebook-App, und deren Algorithmen trugen dazu bei, die Gewalt gegen die Rohingya zu befördern.²⁰

Insofern ist eine Regulierung der großen Plattformen, der Intermediären, erforderlich oder eine komplette Umstrukturierung des Netzes im frühen Sinne der »Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace« von Pionier John Perry Barlow (Davos 1996; <https://telepolis.de/-3410887>). Jedoch bieten die derzeitigen Initiativen v. a. auf EU-Ebene auch einiges Potential zur Sorge, wie es der Brüssel-Korrespondent Eric Bonse für das IMV (»Big Brother aus Brüssel?«; <https://medienmeinungen.de/2024/04/big-brother-aus-bruessel>) recherchiert hat: demnach bedarf es der kritischen Aufmerksamkeit, dass der European Media Freedom Act (EMFA), trotz des schönen Signalworts »Freedom«, zu Maßnahmen der Kommunikationskontrolle führen könne. Besonders der hehre Kampf gegen HateSpeech kann zu Zensur Zwecken missbraucht werden.

In der Bundesrepublik war Selbstkontrolle der Medien selbstverständlich. Nun kommt mit den Landesmedienanstalten für Online-Portale bereits ein staatsnaher Akteur mit ins Spiel, der weitreichendere Durchgriffsmöglichkeiten hat als der Presserat – was man in meinem Artikel vom 02.06.2021 »Gute Presse, schlechte Presse« auf dem *heise*-Portal *Telepolis* nachlesen kann (<https://telepolis.de/-6060237>). Nun greift die eigentlich unberechtigte EU immer mehr in Medienfragen ein, auch mittels gezielter Fördermittel.

Einen gefährlichen Präzedenzfall stellt die extralegale Sanktionierung des Berliner Journalisten Hüseyin Doğru durch die EU dar. Dieser wird wie ein ausländischer Agent eingestuft und von Reise- und Zahlungsverkehr ausgeschlossen, seine Berichterstattung über Palästina-Solidaritätsdemonstrationen, aber auch seine Existenz verunmöglicht. Dass diese Art von Kommunikationskontrolle als Warnung verstanden werden sollte, machte AA-Pressesprecher Hinterseher am 13.02.2026 in der Bundespressekonferenz explizit – nämlich in dem Sinne, dass hier eine Vorschau auf weitere Maßnahmen gegen unliebsame Journalisten vorliege. Doğrus Fall macht sich auffällig rar bei den Kommentierungen zum Pressefreiheits-Ranking von *Reporter ohne Grenzen* rund um den Tag der Pressefreiheit am 3. Mai 2026.

Ohne Medien ist eine Demokratie nicht zu machen. Und umgekehrt gilt der Satz von Eckart Spoo: »Keine Demokratie ohne Demokratisierung

der Medien.«²¹ Auf die vielen drängenden Fragen, haben wir noch nicht alle Antworten. Wie kann man einen unabhängigen Journalismus nachhaltig finanzieren? – und kontrollieren? – und verbessern? Das bleiben zentrale Fragen, wie auch die nach der Weiterentwicklung durch KI. Letztere wird uns auf die Basisrecherchekompetenzen des Journalismus zurückführen: herausgehen, Orte aufsuchen, mit Menschen sprechen. Und Arbeitsprozesse transparent machen. Das trägt zur Medienbildung bei und hebt Verschwörungsmymen über Medienmachende aus.

Es geht nämlich nicht um Glaubwürdigkeit oder Medienvertrauen, sondern um Kontrolle mit Methoden der Medienanalyse, die auf alle Medienprodukte – etabliert und alternativ – gleichermaßen anzuwenden sind. Als Demokratie, die besonders auf die Reflexion von Meinungsbildungsprozessen angewiesen ist, sollte man nicht auf ein Schulfach Medienbildung verzichten. Insofern wünsche ich besonders hier in Erfurt dem eingeführten Schulfach auch einen Lehrplan, einen Studiengang zur Lehrkräfteaus- und -fortbildung sowie evaluiertes didaktisches Material.

Anmerkungen:

¹ Walter van Rossum, *Die Tagesshow. Wie man die Welt in 15 Minuten unbegreiflich macht*, Köln 2007.

² Jonas Tögel, *Kognitive Kriegsführung. Neueste Manipulationstechniken als Waffengattung der NATO*, Frankfurt a. M. 2023.

³ Harald Meller, Kai Michel u. Carel von Schaik, *Die Evolution der Gewalt. Warum wir Frieden wollen, aber Kriege führen. Eine Menschheitsgeschichte*, München 2024.

⁴ Arthur Ponsonby, *Falsehood in War-Time: Propaganda Lies of the First World War*, London 1928.

⁵ Smedley D. Butler, *War is a Racket*, New York 1935.

⁶ Sabine Schiffer, *Medienanalyse. Ein kritisches Lehrbuch*, Frankfurt a. M. 2021.

⁷ Edward L. Bernays, *Propaganda*, New York 1928. Deutsche Ausgabe: *Propaganda. Die Kunst der Public Relations*, Freiburg i. Br. 2007.

⁸ Thomas Leif und Rudolf Speth (Hg.), *Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland*, Wiesbaden 2006.

⁹ Vgl. ZAPP-Medienmagazin, *Gekaufte Meinungen: Wie Lobbyisten manipulieren*, NDR 27.11.2028.

¹⁰ Fabian Goldmann, *Staatsräsonfunk. Deutsche Medien und der Genozid in Gaza*, Berlin 2026.

¹¹ Jörg Becker u. Mira Beham, *Operation Balkan. Werbung für Krieg und Tod*, Baden-Baden 2006.

¹² Matteo Emmanuello, *Think Tanks und Kriegsberichterstattung. Zum Umgang ausgewählter deutscher Medien mit dem US-Think Tank ISW im Kontext des Russland-Ukraine-Kriegs* (URL: <https://journalistik.online/ausgabe-1-2026/think-tanks-und-kriegsberichterstattung/>), 1/2026.

¹³ Sabine Schiffer, *Die willkommene Botschaft* (URL: <https://medienmeinungen.de/2022/06/die-willkommene-botschaft/>), 27.06.2022.

¹⁴ Norbert Häring, *Der Wahrheitskomplex. Wie NGOs im Staatsauftrag unerwünschte Meinungen bekämpfen*, Frankfurt a. M. 2026.

¹⁵ Lutz Güllner im Gespräch mit Frederik Rother, EU-Experte zu russischer Desinformation: »Zu Beginn der Coronakrise haben wir fast abstruse Falschmeldungen gesehen«, Deutschlandfunk, 25.03.2021 (URL: <https://www.deutschlandfunk.de/eu-experte-zu-russischer-desinformation-zu-beginn-der-100.html>).

¹⁶ Niklas Luhmann, *Die Realität der Massenmedien* (1995), Wiesbaden (5. Aufl.) 2017.

¹⁷ Eva Hirschi, Johan Galtung: »Meine Theorie war nicht als Anleitung für den Journalismus gedacht«, in: *Medienwoche*, 22.01.2019 (URL: <https://medienwoche.ch/2019/01/22/meine-theorie-war-nicht-als-anleitung-fuer-die-berichterstattung-gedacht/>).

¹⁸ Uwe Krüger, *Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse*, Köln 2013.

¹⁹ Publikumsrat für ARD, ZDF und Deutschlandradio (URL: <https://publikumsrat.de>).

²⁰ Amnesty International, *Myanmar: Facebook-Algorithmen haben Gewalt gegen Rohingya befördert*, 29.09.2022 (URL: <https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/myanmar-facebook-algorithmen-haben-gewalt-gegen-rohingya-befoerdert>).

²¹ Eckart Spoo (Hg.), *Keine Demokratie ohne Demokratisierung der Medien* (Sonderausgabe der Zweiwochenzeitschrift Ossietzky), März 2008. 

Als Friedensbeauftragter in den Medien – »Denn Gott ist nicht ein Gott der Unordnung, sondern des Friedens« (1 Kor 14,33)

Landesbischof Friedrich Kramer

Herzlichen Dank für die Einladung und die freundliche Vorstellung – ich freue mich sehr, heute hier sein zu können! Besonders freut es mich zu sehen, wie groß das Interesse am Thema »Frieden und Krieg in den Medien« ist. Gemeinsam darüber nachzudenken, ob wir dazu gut informiert sind, finde ich großartig. Ich werde das aus christlicher Perspektive tun und freue mich, im Anschluss mit Herrn Herter vom Deutschlandfunk ins Gespräch darüber zu kommen – schön, dass Sie da sind, ich bin gespannt auf unseren Austausch!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Schwestern und Brüder und damit liebe Mitglieder der größten Friedensbewegung der Welt, des Christentums – das sollte es zumindest sein. Wir wissen aber, wenn wir in die Geschichte und auch in die Gegenwart schauen, dass das nicht so einfach ist. Doch Jesus Christus, unser Herr, ist der, der uns zum Frieden ruft, ja, der selbst der Frieden ist. Wer ihm nachfolgt, kommt um seinen Friedensappell nicht herum, er muss sich ihm stellen.

Wir leben in einer Mediengesellschaft. Medien begleiten uns, informieren uns, desinformieren uns, beeinflussen uns. Das gilt für alle Lebensbereiche; und die Situation ist komplexer geworden, weil sich die traditionelle Medienstruktur in den letzten 20 Jahren noch um die sozialen Medien erweitert hat. Medien spielen erst recht für die Debatten um Kriege, um Rüstung, um Frieden eine zentrale Rolle, weil objektive Berichterstattung in Kriegszeiten besonders schwierig ist und wir beim Thema Krieg und Frieden schnell persönlich betroffen sind. Wir stehen dann in der Frage: »Wie groß ist unsere Friedens- oder Kriegsbereitschaft?«

Als Friedensbeauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) habe ich die Aufgabe, die Friedensarbeit im Raum der EKD zu repräsentieren und mich in Absprache mit dem Rat der EKD zu Friedensfragen in der Öffentlichkeit zu äußern. Das bedeutet, dass ich in regelmäßigem Kontakt mit Medien bin und sie für meine Arbeit eine wichtige Rolle spielen.

Daher möchte ich Ihnen nach einigen grundlegenden Überlegungen zur Rolle der Medien in unseren öffentlichen Debatten zu Frieden und

Krieg (I) von meinen persönlichen Erfahrungen mit Medien in den Auseinandersetzungen um den Ukrainekrieg berichten (II). Zum Schluss soll es noch um die Wahrnehmung der vor kurzem veröffentlichten EKD-Friedensdenkschrift *Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick* in den Medien gehen (III).

Entsprechend lautet der Titel meines Vortrags: *Als Friedensbeauftragter in den Medien – »Denn Gott ist nicht ein Gott der Unordnung, sondern des Friedens« (1 Kor 14,33).*

I Bemerkungen zur Rolle der Medien in unseren öffentlichen Debatten zu Frieden und Krieg

Medien, sowohl die klassischen wie Fernsehen, Hörfunk und Zeitungen, wie auch die neuen Medien wie X, Instagram, Facebook und viele mehr, entscheiden und sorgen dafür, was in der Gesellschaft sichtbar wird und was verborgen bleibt.

Konflikte und Kriege gehören zu den großen Themen in den Medien, über die berichtet wird. *Frieden* steht oft weniger im Fokus. Das zitierte Bibelwort setzt als Gegenteil von Frieden die »Unordnung«. Sie scheint für Menschen einfach interessanter zu sein als der Frieden. Davon zeugen schon die omnipräsenten Krimis im Fernsehen – Sex and Crime geht immer, denn da sind harte Fronten und Kontrahenten, Streit und bedrohliche Aktionen im Spiel. Sie erregen Aufmerksamkeit und starke Emotionen. Das normale, einfache, gut gelingende Leben ist dagegen schwieriger darzustellen. Es entspricht dieser Logik, dass wir üblicherweise – wie Tolstoi geschrieben hat – von »Krieg und Frieden« sprechen und nicht von »Frieden und Krieg«. Sie haben für Ihren Tagungstitel diese ungewohnte Reihenfolge gewählt – das ist eine wichtige und bedeutende Nuance, die den Frieden voranstellt.

Allerdings werden auch Konflikte und Kriege in unseren Medien unterschiedlich behandelt: Der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine nahm und nimmt einen breiten Raum in der Berichterstattung ein. Das Gleiche gilt für die Kriege im Nahen und Mittleren Osten, wie aktuell der Irankrieg. Dagegen tauchen viele Kriege, die ebenso viele oder gar mehr Opfer fordern, nicht oder nur am Rande in den Medien auf. Denken

wir nur an den verheerenden Krieg im Sudan, wo zwei Militärmächthaber eine ganze Gesellschaft und ihren Lebensraum zerstören und eine der größten Hungerkatastrophen unserer Zeit herrscht. Denken wir an den Kongo, den Jemen oder Myanmar. Sie alle erfahren kaum Aufmerksamkeit in der täglichen Berichterstattung, sieht man von wenigen Medien oder Agenturen ab oder von einzelnen Anlässen, zu denen sie kurzzeitig in den Blick rücken, wie kürzlich die Geberkonferenz zum Sudan in Deutschland. Das hat natürlich mit Deutschlands jeweiligen politischen Interessen in der Welt zu tun. Und es zeigt, dass Medien gerade in ihrer Auswahl, worüber berichtet wird, einen großen Einfluss auf öffentliche Debatten haben.

Das setzt sich fort in der *medialen Präsentation öffentlicher Diskussionen* politischer und gesellschaftlicher Themen. Ist es nicht so, dass gerade Talkshows im Fernsehen die Schwerpunkte setzen, über die wir öffentlich diskutieren? Durch ihre Auswahl von Gesprächspartnerinnen und -partnern, durch Themensetzung, durch Moderation. Und auch dadurch, dass die Inhalte der Talkshows in den kommenden Tagen von anderen Medien besprochen oder kommentiert werden. Es war mein Eindruck, dass gerade in den vergangenen Jahren bei diesen Talkshows bestimmte Politikerinnen und Politiker, bestimmte Expertinnen und Experten häufiger zu Wort kommen. Friedensforscherinnen und -forscher oder Vertreterinnen und Vertreter von Friedensdiensten oder der Friedensbewegung werden dagegen eher selten eingeladen. Das kann dazu führen, dass sich öffentliche Debatten eher in Richtung militärischer Lösung von Konflikten verschieben können oder, im anderen Fall, auch dagegen.

Medien popularisieren zudem viele *Begriffe*, die dann unsere Debatten bestimmen, auch in negativer Weise. Denken Sie an die Begriffe »Abschreckung«, »Nachrüstung« oder »Vorneverteidigung« in den 1980er-Jahren. Heute gehört »Kriegstüchtigkeit« sicher dazu. Diese Begriffe sind keineswegs neutral, sie sind wertend, sie verharmlosen oder relativieren. Nicht immer stammen sie aus der Feder von Journalistinnen und Journalisten, aber durch den häufigen Gebrauch in den Medien gehen sie in die Alltagssprache über und gelten als gesetzt.

Um zwei besonders problematische Beispiele zu nennen: Innenpolitisch hochbrisant war die Rede von den »Döner-Morden«, die 2005 ein Polizeireporter prägte. Erst 2011, nach Bekanntwerden der

NSU-Terrorzelle, wurde der Begriff zurecht zum Unwort des Jahres erklärt. Nur zwei der sieben vom NSU getöteten Menschen hatten in Döner-Läden gearbeitet. Mit dem folkloristischen Stereotyp »Döner« grenzte der Begriff nicht nur die Opfer anderer Volksgruppen aus, sondern diskriminierte auch die türkischen Opfer, »indem sie aufgrund ihrer Herkunft auf ein Imbissgericht reduziert« wurden.¹

Außenpolitisch brisant erscheint es mir, wie die Medien in ihrer Berichterstattung über die aktuellen Kriege mit dem Völkerrecht umgehen. Während der Begriff »völkerrechtswidrig« regelmäßig in Berichten zum russischen Krieg gegen die Ukraine verwendet wurde, war das meiner Wahrnehmung nach in Berichten zu den letzten amerikanischen und israelischen Angriffen auf den Iran nicht der Fall. Dagegen wurde schon mal die israelische Rede vom »Präventivschlag« übernommen, ohne sie als solche zu kennzeichnen. Mir geht es aber gerade nicht darum, dass Journalistinnen und Journalisten solche völkerrechtlichen Einordnungen selbst vornehmen sollten. Im Gegenteil, ich wünsche mir, dass sie über alle Kriegsbeteiligten gleichermaßen neutral berichten und die Einordnungen den Expertinnen und Experten überlassen bzw. diese in Kommentaren diskutieren. Sonst erliegt die Berichterstattung der Kriegslogik. Dazu gab es vor einem Monat (20.03.2026, 15:35 Uhr) eine spannende Diskussion im Deutschlandfunk. Dass der Sender – konkret Ihr Kollege Marco Bertolaso – sich solchen Debatten stellt, schätze ich sehr.

Eine wichtige Rolle in der Berichterstattung über Kriege, Konflikte, Militär spielen *Bilder*. Sie erzeugen starke Emotionen, indem sie Leid und Zerstörung zeigen. Vielleicht erinnern sich manche noch an dieses Bild von den nackten Kindern mit verbrannter Haut, die nach einem US-Angriff im Vietnamkrieg vor den Brandbomben flohen. Oder an die Ermordung eines Vietkong-Soldaten durch den südvietnamesischen Polizeichef vor laufender Kamera. Der Vietnamkrieg war der erste große »Medienkrieg« in der Welt, wo Menschen überall diese schrecklichen Bilder sehen konnten, was sicher auch zu den massiven Protesten gegen diesen Krieg in den USA, aber auch in West-Europa führte.

Heute dürfen Journalisten meist nicht mehr einfach so in Kriegsgebiete, sie werden von Soldaten einer Seite begleitet, die darauf achten, was das Fernsehpublikum zu sehen bekommt und was nicht. Man spricht hier von »eingebettetem Journalismus (*embedded journalism*)«. Ich bin davon

überzeugt, dass wir alle schnell zu Pazifisten werden würden, wenn uns regelmäßig Bilder aus den Schützengräben beider Seiten in der Ukraine gezeigt würden. Von ihnen sehen wir so gut wie nichts. Die Bilder der russischen Kriegsverbrechen in Butscha allerdings konnten wir wahrnehmen – zu Recht! Die Bilder werden wichtig sein und sind es schon, um diese Verbrechen zu ahnden. Aber diese begrenzte Auswahl in den ukrainischen und westlichen Medien dient auch dazu, den Gegner als Dämon, als Unmenschen dazustellen, um Gegengewalt zu rechtfertigen, die ihrerseits Gefahr läuft zu eskalieren. Dabei müssten sie uns dazu bewegen, den Krieg als solchen und seine grenzenlose Entfesselung des Bösen in Frage zu stellen. Zustimmung wie Ablehnung von Krieg wird auf jeden Fall durch Bilder in den Medien stark beeinflusst.

Medien gelten nicht ohne Grund als die *vierte Gewalt im Staat*, als Kontrollorgan für die Mächtigen durch das Aufdecken von Fehlern, Skandalen und durch die Begleitung der politischen Debatten und Entscheidungen. Kommentatoren ordnen ein, klären auf und begleiten Debatten. Medien sollen Regierungsentscheidungen hinterfragen. Darum haben Journalistinnen und Journalisten durch die Pressegesetze sogar besondere Befugnisse gegenüber amtlichen Stellen. Zumindest in den westlichen Demokratien – auch wenn das vielerorts aktuell eingeschränkt wird. Man denke an Ungarn oder an das Verhalten der derzeitigen US-Administration gegenüber Medienvertreterinnen und -vertretern. Laut dem Pressefreiheits-Index von *Reporter ohne Grenzen* aus dem letzten Jahr ist die weltweite Lage der Pressefreiheit auf einem historischen Tiefstand. Die Geschäftsführung der Organisation erklärte, dass »[m]ehr als die Hälfte der Weltbevölkerung [...] nun in Staaten [lebe], in denen wir die Lage der Pressefreiheit als sehr ernst einstufen«.² In vielen Ländern riskieren die Journalistinnen und Journalisten ihre Anstellung, ihre Freiheit oder gar ihr Leben, wenn sie ihre Aufgabe als Korrektiv der Politik auszuüben versuchen oder aus Konfliktgebieten berichten. Für sie habe ich die größte Hochachtung.

Doch erleben wir eben auch in unseren westlichen Demokratien, dass Medien zum *Sprachrohr der Regierungen* werden können, Entscheidungen über Krieg und Frieden nicht mehr hinterfragen, sondern diese unterstützen. Wie ist es bei uns in Deutschland? Laut dem Index der Pressefreiheit 2026, der soeben veröffentlicht wurde, sind wir von Platz 11 auf 14 von 180 gesunken. Das ist nicht mehr gut, sondern nur noch »zufriedenstel-

lend«, und die skandinavischen Länder, die deutlich vor uns liegen, zeigen, dass es auch anders geht.

Ich erinnere daran, wie sich deutsche Medien im Irakkrieg Anfang des 21. Jahrhunderts verhielten, die Gründe der US-Regierung zum Krieg wegen angeblicher Massenvernichtungswaffen hinterfragten, den Protesten gegen diese Kriegsent-scheidung auch breiten Raum einräumten. Beim russischen Überfall auf die Ukraine wurden die Regierungsentscheidungen der EU- und NATO-Staaten kaum hinterfragt. Es ging nicht darum, *ob* der Ukraine militärisch geholfen werden soll, sondern nur noch darum, *wieviel* militärische Hilfe es geben soll. Kritische Stimmen, die auf den damals geltenden Koalitionsbeschluss verwiesen, demzufolge keine Waffen in Kriegsgebiete außerhalb Deutschlands geliefert werden durften (durchgängig seit 1971), oder die Verhandlungen mit Russland forderten, wurden rasch als »Putinverstehler« und »Lumpenpazifisten« abgetan oder zumindest als realitätsfremd angesehen. Sachliche Auseinandersetzungen waren kaum möglich oder wurden nicht mehr gesucht. Diese Erfahrungen musste ich als EKD-Friedensbeauftragter in den vergangenen Jahren durchaus auch öfter machen.

Durch die häufige Berichterstattung über die »Zeitenwende«, über Aufrüstung, über Waffenlieferungen, über Militärstrategien, über das Leben bei der Bundeswehr normalisiert sich das Militärische. Berichte über alternative, zivile Konfliktlösungen, über Friedensdienste, über Diplomatie treten in den Hintergrund und werden daher auch in der öffentlichen Debatte nicht mehr wahrgenommen und haben nicht mehr den Stellenwert in den Diskursen, wie es eigentlich nötig und wichtig wäre.

Ein Wort noch zu den *neuen Medien*. Plattformen wie X, wie TikTok, wie Instagram oder Facebook, um nur einige zu nennen, verändern die Dynamik stark. Über diese Medien werden Informationen, ob sie nun stimmen oder nicht, rasch verbreitet und erreichen ein sehr großes Publikum. Aussagen verbreiten sich hier in Sekunden, sie werden verkürzt, zugespitzt, aus dem Kontext gerissen, manchmal auch verfälscht. Kritik wird schnell persönlich, Shitstorms können folgen, auch Kampagnen. Influencer und Influencerinnen nehmen großen Einfluss auf öffentliche Debatten, auch von Politikern wird dies erkannt und genutzt. US-Präsident Trump nutzt soziale Medien für seine Äußerungen, viele Trolle aus Russland oder anderen Ländern versuchen, über diese Plattformen

die öffentlichen Debatten zu beeinflussen. Und diese Medien sorgen leider auch oft dafür, dass Diskussionen lauter und extremer werden. Sie polarisieren, sie spitzen zu, sie liefern einfache Antworten auf komplizierte Sachverhalte, sie ersetzen Expertinnen und Experten. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Medienarbeit in der heutigen Zeit. Die Gefahr eines Meinungsjournalismus droht.

Das, was ich bisher gesagt habe, zeigt: Medien sind nicht nur einfach Beobachter, sie sind Mitgestalter und aktiv beteiligt an Debatten zu Krieg und Frieden. Und spielen damit eine wichtige Rolle in der gesellschaftlichen Diskussion.

Als Kirche und zumal als Evangelische Friedensarbeit müssen wir uns selbstverständlich auch intensiv und genau mit der Unordnung, mit den Konflikten und Kriegen dieser Welt befassen. Doch stets im Blick darauf, wie Frieden erhalten und neu werden kann, denn unser Gott ist »nicht ein Gott der Unordnung, sondern des Friedens«. Wir müssen also den Frieden, die Suche nach diplomatischen Lösungen und gewaltfreien Wegen nach vorne bringen – eben: »Frieden und Krieg« öffentlich diskutieren.

II Persönliche Erfahrungen mit Medien

Als Landesbischof, aber vor allem als EKD-Friedensbeauftragter stehe ich natürlich auch im Blickfeld der Medien und von Journalistinnen und Journalisten. Und dies durchaus ambivalent. Natürlich bin ich als Friedensbeauftragter daran interessiert, dass meine Positionen und die der Evangelischen Friedensarbeit von den Medien wahrgenommen und veröffentlicht werden. Darum gibt es eine Öffentlichkeitsarbeit der Evangelischen Friedensarbeit mit Pressemitteilungen, Stellungnahmen und der medialen Begleitung von Veranstaltungen.

Umgekehrt gibt es natürlich auch Anfragen seitens der Medien nach Stellungnahmen, O-Tönen oder zur Mitwirkung an Veranstaltungen in den Medien wie Talkshows. Das ist das tägliche Geschäft, das erleben Politikerinnen und Politiker genauso wie Leitende Geistliche der Konfessionen oder Künstlerinnen und Künstler.

Mein Beginn als Friedensbeauftragter des Rates der EKD fiel fast zusammen mit dem russischen Überfall auf die Ukraine. Ich hatte mich noch kaum in das neue Amt eingefunden, da stand ich schon vor der Herausforderung, in den Medien Stellung zu beziehen. Direkt nach Beginn des

Krieges gab es eine Vielzahl von Anfragen, aus Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen oder Agenturen. Sie alle wollten wissen, wie sich denn die Evangelische Friedensarbeit oder Kirche und wie sich der neue EKD-Friedensbeauftragte zu diesem Krieg stellt. In den ersten Wochen nach Beginn des Krieges erhielten wir mehr Anfragen als mein Vorgänger Renke Brahms als EKD-Friedensbeauftragter in vier oder fünf Jahren insgesamt erhalten hatte. Dies zeigt, wie sehr dieser schreckliche Krieg, dessen Ende ja immer noch nicht abzusehen ist, gerade im Frühjahr 2022 in den Medien eine Rolle spielte.

Nun gehörte ich zu den wenigen in der Kirche und auch in der Gesellschaft, die sich von Anfang an bis heute stark für Friedensverhandlungen einsetzten und kritisch zu deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine äußerten. Aber *nicht*, weil Deutschland nicht die Ukraine hätte unterstützen sollen, sondern weil aus meiner Sicht gerade *wir Deutschen* mit *unserer* Geschichte dies nicht mit Waffen hätten tun sollen. Damit war ich für die Medien zu einer interessanten Person geworden, die eine andere, kontroverse Position vertrat. Das wurde von den Medien aufmerksam registriert. Aber damit geriet ich auch ins Visier von Kritik, Vorwürfen und von Unverständnis. Es gab, gerade auch in den sozialen Medien, nicht immer freundliche Kommentare, ganz im Gegenteil. Und auch in den Kommentarspalten von klassischen Medien fanden sich entsprechende Äußerungen zu meinen Positionen.

Auch nicht alle meiner Kolleginnen und Kollegen in den Leitungsämtern der Kirche waren erfreut über meine Position, die in Teilen von dem, was andere Bischöfe oder Theologinnen und Theologen sagten, abwich. Was bekanntlich zu innerkirchlichen Diskussionen führte, die ja auch in der Öffentlichkeit durchaus wahrgenommen wurden. Schnell konnte ich persönlich erfahren, dass für die Medien der Streit und die Unordnung interessanter sind und im Zweifel herbeigeschrieben werden: Als ich im November 2022 zu einem Bericht vor der EKD-Synode eingeladen war und dort für einen umfänglichen friedensethischen Konsultationsprozess warb, der die kontroversen Positionen in einen konstruktiven Austausch bringen sollte, berichtete ein Kirchenblatt ganz akkurat von meinem Friedensangebot, titelte zugleich aber sinngemäß: »Der EKD-Friedensbeauftragte trägt den Streit in die Synode«.

Weiterhin wurde ich zu zahlreichen Interviews, Talkshows und Podiumsveranstaltungen eingeladen. Aber vor allem wollten Medien immer wie-

der wissen, wie ich denn zu Waffenlieferungen, zur »Zeitenwende«, zur »Kriegstüchtigkeit«, zu Wehrdienst und Kriegsdienstverweigerung, zur Situation von Deserteuren aus Russland, Belarus und der Ukraine stehe, wie ich den Krieg beurteile und warum ich weiterhin an eher pazifistischen Positionen festhalte. Erschwert wurde das alles oft dadurch, dass die Journalistinnen und Journalisten dabei an kurzen, knappen Stellungnahmen interessiert waren, weniger aber an differenzierten Antworten, die einem solchen Konflikt eher gerecht gewesen wären. Es wurde beispielsweise auf die Frage »Waffenlieferungen ja oder nein« reduziert, obwohl hier ein solches Schwarz-Weiß-Denken nicht wirklich angebracht gewesen ist. Und gerade soziale Medien wollten kurze knappe Sätze zu schwierigen Fragen.

An dieser Stelle möchte ich kirchliche Medien aber auch loben: Die Kirchengebetspresse, kirchliche Zeitschriften, aber auch die der Kirche nahestehenden Agenturen waren bemüht, hier die Komplexität solcher Fragen auch darzustellen und dem in Interviews oder Hintergrundberichten gerecht zu werden. Eine journalistische Arbeit, die ich mir von manchen säkularen Medien auch gewünscht hätte.

In meiner Zeit als Landesbischof und auch als EKD-Friedensbeauftragter ist mir deutlich bewusster geworden, dass es eine extreme Erwartungshaltung von Medien und Öffentlichkeit an Personen des öffentlichen Lebens gibt – zu denen auch ein Landesbischof gehört, wenn auch sicher nicht in der Intensität, wie es Politikerinnen und Politiker gewohnt sind und aushalten müssen. Aber es zeigt sich immer wieder, dass bei Anfragen eine Klarheit und doch gleichzeitig eine Differenziertheit erwartet wird. Man will schnelle Antworten, kurze Statements, klare Botschaften. Es sind Erwartungen, die nicht immer zu erfüllen sind, die man aber dennoch immer im Hinterkopf bei der Beantwortung von Medienanfragen hat und die einen dadurch auch beeinflussen.

III Die Wahrnehmung der neuen EKD-Friedensdenkschrift (und der Debatte um sie) in den Medien

Die Veröffentlichung der neuen Friedensdenkschrift der EKD im letzten November war – neben der Verabschiedung des Wehrdienst-Modernisierungsgesetzes – das größte medienwirksame Event im Bereich der Evangelischen Friedensarbeit im letzten Jahr. Deren Vertreter:innen und ich als Vorsitzender der Konferenz für Friedensarbeit waren an der Entstehung und Veröffentli-

chung des Texts nur mittelbar beteiligt. Denn verfasst wurde der Text von einem Redaktionsteam des EKD-Kammernetzwerks im Auftrag des Rates der EKD. Dieser hat den Text dann als »Denkschrift« verabschiedet. Vertreter:innen der Evangelischen Friedensarbeit konnten die Entstehung der Schrift aber in Konsultationen im Vorfeld begleiten. Auch konnten wir die erste Textversion in einer internen Lesung in der Friedenswerkstatt der EKD vor der Veröffentlichung kommentieren und Änderungsvorschläge einbringen.

Entstanden ist, wie fast immer bei solchen Formaten, ein Konsens-Papier, dem man anmerkt, dass eine Gruppe von Autorinnen und Autoren am Werk war und unterschiedliche Positionen zu vereinbaren versucht hat. Im Vergleich zur letzten Denkschrift von 2007 ist viel Grundsätzliches beibehalten worden – wie das ökumenische Leitbild des Gerechten Friedens, auch der Primat der Gewaltfreiheit und, diesem entsprechend, die Einhegung rechtserhaltender Gewalt durch strenge, am Völkerrecht orientierte Kriterien. Wichtige *neue* Herausforderungen für den Frieden wurden aufgenommen und reflektiert, wie hybride Kriegsführung und Cyberwar, autoregulative Waffen und die Klimakrise als Konflikttreiber. Auch die Wehrdienstdebatte wird differenziert diskutiert, mit bemerkenswerten Überlegungen zur Geschlechtergerechtigkeit. Unter dem Eindruck des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine nimmt der Text eine stark europäische Perspektive ein – mit dem Ergebnis, dass der militärische Schutz vor Gewalt in den Vordergrund tritt und gewaltfreie Formen der Konfliktbearbeitung, die in anderen Kontexten durchaus erfolgreich sind, in den Hintergrund treten. Angesichts der Bedrohung durch Russland und andere autokratische Atom-mächte sehen sich die Autorinnen und Autoren im Blick auf Atomwaffen in einem unauflöslichen ethischen Dilemma gefangen: Einerseits seien diese »in keiner Weise ethisch zu legitimieren« (Abschnitt 144). Andererseits könne die »nukleare Teilhabe oder der Besitz von Nuklearwaffen« angesichts dieser Bedrohung »sicherheitspolitisch notwendig« und damit auch »eine ethisch begründbare Entscheidung sein«. Abschreckung oder Abschaffung – mit beidem mache man sich schuldig (Abschnitt 145).

Dass trotz unserer Erfahrungen in Afghanistan das Vertrauen der Schrift in militärischen Schutz größer zu sein scheint als in alternative Schutzmaßnahmen (wie Diplomatie, Sanktionen, Entwicklungszusammenarbeit), hat viele Friedensorganisationen im Raum der EKD ent-

täuscht. Positiv ist aber, dass durch die Veröffentlichung der Schrift im Rahmen der EKD-Synode das Friedenthema innerhalb wie außerhalb der Kirche deutlich im Fokus der öffentlichen Diskussion stand. Und daran hatten auch die Medien ihren Anteil. Zumindest für kurze Zeit wurde die Denkschrift durchaus auch von den großen, überregionalen Medien (FAZ, *Süddeutsche*) wahrgenommen.

Ich kann hier keinen vollständigen Pressespiegel liefern, möchte Ihnen aber einige Eindrücke wiedergeben:

Wie die Diskussion der Schrift auf der EKD-Synode war das Medienecho gespalten: Zum einen und wohl überwiegend gab es Lob für ihren »Realismus« und ihre »politische Anschlussfähigkeit«. Positiv gewertet wurde auch, dass sich nun auch Sicherheitskräfte in ihrem Einsatz für den Frieden stärker gewürdigt fänden als bisher. Zum anderen wurde bedauert, dass von der Friedensdenkschrift kein starkes Hoffnungszeichen ausgehe, der nuklearen Abschreckung keine klare Absage erteilt werde und der Pazifismus abgewertet werde.

Chrismon vermeldete (am 11. November 2025) durchaus zustimmend: »Die evangelische Kirche blickt mit ihrer neuen Friedensdenkschrift realistischer auf Krieg und Frieden – das gefällt nicht allen.« Und:

»Mit der knapp 150-seitigen Denkschrift ›Welt in Unordnung – gerechter Friede im Blick‹ setzt die evangelische Kirche einen neuen Akzent in ihrer Friedensethik. Sie trägt zwar nach wie vor dem biblischen Vorrang der Gewaltlosigkeit Rechnung – erkennt aber zugleich an, dass der pazifistische Gewaltverzicht nicht als politische Handlungsmaxime taugt.«³

Im *Weser-Kurier* (und *Bonner Generalanzeiger*) schrieb Benjamin Lassiwe:

»Doch es ist nun einmal Aufgabe der Kirche, den Menschen auf der Basis ihres Glaubens eine zeitgemäße Orientierung zu bieten. Und eine Kirche, die sich der politischen Realität verweigert, wird das nicht schaffen. Um einmal platte Polemik zu bemühen: Wer von russischen Drohnen angegriffen wird, dem hilft es nicht, wenn er singend eine Kerze anzündet.«

In der *Süddeutschen Zeitung* gab Annette Zoch in ihrem Kommentar zu bedenken:

»Die Frage ist: Was erwarten die Menschen in Zeiten von Angst und Verunsicherung von einer Kirche? Ein realpolitisches Diskussionspapier mit hoher Anschlussfähigkeit in der Bundespolitik – oder vielleicht doch auch ein paar mehr Botschaften von Hoffnung und Zuversicht? Wer, wenn nicht die Kirche, könnte diese geben?«

Jakob Augstein schrieb in der *Rheinischen Post*: »Wir brauchen die evangelische Kirche nicht, um die Bemühungen um die Aufrüstung zu fördern.«

Und Nikolai Franz verlautbarte in *PRO*:

»Unzählige Male in der Geschichte hat sich die Kirche versündigt, als sie militärische Gewalt rechtfertigte (heute muss man nur nach Moskau schauen). Wohl noch nie hat sie sich aber versündigt, wenn sie zu Gewaltverzicht aufgerufen hat. Die Kirche täte gut daran, wenn sie diese Stimmen weiter würdigt.«

Auch die Debatte der Synodalen, die zwar durchaus kontrovers, aber letztlich friedlich verlief, wurde wahrgenommen und kommentiert, dabei aber vor allem auf zwei Themen reduziert: den Umgang der Denkschrift mit dem Pazifismus und die Nukleare Abschreckung. Wieder einmal waren die strittigsten Themen die interessantesten – die Unordnung eben. Zum Leidwesen der Autorinnen und Autoren, denn darüber gingen ihre differenzierten Kapitel zu den neuen Herausforderungen weitgehend unter.

Vielleicht interessiert es Sie, noch zu hören, was denn die Friedensdenkschrift ihrerseits zu Medien sagt: Das Wort »Medien« fällt genau drei Mal:

Erstens kritisch im Zusammenhang mit Terrorakten und deren destabilisierender Macht: »Gerade in jüngerer Zeit«, so heißt es in Abschnitt 95, sei

»zu beobachten, dass Politik und Medien in den meisten EU-Ländern auf Terrorakte in ihren Ländern mit Härte gegen Asylsuchende reagierten, auch wenn Sicherheitsexperten darauf verweisen, dass härtere Migrationsgesetze Terrorakte nicht verhindern werden können. Rechtsextreme und rechtspopulistische, zum Teil verdeckt oder offen demokratie-[...]feindliche Parteien gewinnen so an Kraft in Frankreich, Italien, Deutschland und anderen EU-Ländern.«

Das ist also ein Appell an die Medien, sich wieder kritischer gegenüber der Macht zu zeigen.

Um Medien geht es *zweitens* im Abschnitt 98 im Zusammenhang mit »Hybride[r] Kriegsführung«. Diese sei »[b]esonders folgenreich«, wenn Sie die »freie[n] Medien« treffe, – wie auch »Bildungseinrichtungen, [...] kulturelle und religiöse Räume oder zivilgesellschaftliche Foren –, die den öffentlichen Diskurs tragen, soziale Teilhabe ermöglichen und den konstruktiven Umgang mit Vielfalt fördern«. Dann nämlich drohe »die Erosion demokratischer Verständigungsprozesse und damit eine langfristige Destabilisierung des gesellschaftlichen Zusammenhalts«. Also hier die »freien Medien« als gesellschaftliche Instanzen, die integrierend und stabilisierend wirken und deshalb prädestinierte Opfer hybrider Angriffe sind.

Und *drittens* erfolgt in Abschnitt 108 ein Appell an die Friedensarbeit, sich auf die komplexe Bedrohungslage durch hybriden Krieg und Deep Fakes »ein[zu]stellen« und sich friedensfördernd in digitalen Medien zu engagieren. Das meint hier zweierlei: zum einen, »die friedensgefährdende Nutzung des digitalen Raumes durch Autokraten und Populistinnen [...] einzuhegen«, und zum anderen, »die Chancen, die der digitale Raum und neue Technologien für die Friedensförderung bieten können, nutzbar« zu machen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Medien sind für die heutige Gesellschaft unverzichtbar. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig. In

einer Demokratie ermöglichen sie den Zugang zu Debatten und Entscheidungsfindungen, sie sorgen für Transparenz und tragen dazu bei, dass Macht nicht missbraucht wird. Aber das darf die Augen nicht verschließen vor Gefahren. Medien können auch die Realität verzerren, indem sie Themen auswählen, sie können polarisieren, zuspitzen, vereinfachen. Und darum sollten wir uns immer auch der Verantwortung bewusst sein, wie wir Medien nutzen und benutzen, wie wir auch Medien hinterfragen, aber wie wir auch mit ihnen zusammenarbeiten können, – ich als Friedensbeauftragter und Landesbischof, Sie in ihren Aufgaben und Diensten und wir alle als Mediennutzerinnen und -nutzer. Stellen wir uns dieser Herausforderung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Anmerkungen:

¹ Vgl. Christian Fuchs, *Wie der Begriff »Döner-Morde« entstand*, in: *Spiegel Panorama*, 04.07.2012 (URL: <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/doener-mord-wie-das-unwort-des-jahres-entstand-a-841734.html>).

² *Reporter ohne Grenzen*, *Rangliste der Pressefreiheit* (URL: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/2025>).

³ Claudia Keller, *Nur wer sich ändert*, in: *Chrismon*, 11.11.2025 (URL: <https://chrismon.de/artikel/57576/ekd-synode-2025-so-wird-die-neue-friedensdenkschrift-diskutiert>).



Der Nahostkonflikt in den deutschen Medien: eine Analyse der Rahmenbedingungen, Charakteristika und Ursachen

Prof. Dr. Carola Richter

Mit »Nahostkonflikt« beziehe ich mich in diesem Text auf eine gängige Bezeichnung für den Konflikt zwischen Israel und Palästina bzw. Israel und seinen arabischen Nachbarländern. Der Nahostkonflikt ist sicherlich der kriegerische Konflikt, der die deutschen Medien von allen gegenwärtigen Kriegen am längsten beschäftigt. Er ist sozusagen ein Dauerbrenner – mit Phasen der Hoffnung auf friedliche Einigung, aber immer wieder kürzeren und längeren Kriegsphasen, die massive Auswirkungen auf lokale, regionale und internationale Politik haben, aber vor allem auch auf das gesellschaftliche Miteinander – und das nicht nur in der Region, sondern gerade in den letzten fast drei Jahren auch in Deutschland. Es ist deshalb notwendig, die Mechanismen hinter der aktuellen Medienberichterstattung zu verstehen, um sie zu hinterfragen und ggf. auch verändern zu können.

Sicherlich ist die Politik die treibende Kraft der Gestaltung der Beziehungen zu den Konfliktakteuren. Sie setzt somit auch den Deutungsrahmen dafür, wie ein Konflikt bewertet wird – wem die Schuld gegeben wird, wer unterstützt werden sollte, welche Opfer zu beweinen sind. Aber es sind die Medien, die hier einen Verstärkereffekt haben *oder* die diese Einordnungen kritisch hinterfragen können. In der politischen Kommunikationsforschung haben wir drei gebräuchliche Theorien, wie Medien und Politik in Kriegssituationen miteinander verhandelt sind:

1. *Rally round the flag*: Hier wird argumentiert, dass eine wahrgenommene Bedrohung von außen und eine Informationshoheit der staatlichen Institutionen zu einer affirmativen Berichterstattung und damit sprunghaftem Popularitätsgewinn staatlicher Akteure führe. Dieses Kalkül können wir häufig bei unmittelbar kriegsführenden Nationen beobachten.¹

Im deutschen Kontext eher relevant sind aktuell sicherlich zwei weitere Theorien:

2. *Indexing*: Hier wird argumentiert, dass Politik Handlungsmacht in außenpolitischen Fragen habe und diese häufig in den Medien platzieren kann. Medien »indexieren« dabei die Bandbreite der politischen Stimmen zu einem Thema. Konsens der politischen Eliten über ein Thema führe zu

Konsens in den Medien, Dissens führe zu breiterer Reflexion und Debatte.²

3. *CNN-Effekt*: Benannt nach dem berühmten internationalen Fernsehsender CNN wird hier argumentiert, dass Medien durch ihre emotionalisierende Berichterstattung über außenpolitische Themen Einfluss auf die Bevölkerung und (indirekt) auf politische Eliten haben können. Durch Agenda-Setting könnten sie so gerade bei humanitären Krisen außenpolitische Entscheidungen beeinflussen.³

Wenn Journalist:innen auch gern an die dritte Variante glauben wollen, so lässt sich doch bei der Berichterstattung zum Nahostkonflikt seit Oktober 2023 recht eindeutig ein Indexing beobachten. Auf politischer Ebene konnten wir insbesondere in den ersten drei Monaten einen parteiübergreifend nahezu einheitlichen Tenor der Solidarität mit dem israelischen Vorgehen in Gaza beobachten. Die damalige Ampelregierung hat sich ebenso klar positioniert wie die CDU/CSU. Sie erinnern sich vielleicht an Robert Habecks (Grüne) Rede im November 2023, als er formulierte »Die Sicherheit Israels ist unsere Verpflichtung«, genauso wie Friedrich Merz (CDU) als Bundeskanzler sagte: »Wir stehen an der Seite Israels«. Auch die AfD schert – anders als im Hinblick auf den Ukraine-Krieg – nicht aus den Reihen aus, insbesondere weil sie mit der Verortung der Hamas als Aggressor ihre eigene anti-muslimische Agenda stützen kann. Lediglich Die Linke hat sich intern über die politisch korrekte Position zerstritten. Diese ziemlich einheitliche Phalanx in der Politik hat in der Breite der deutschen Medien mit dazu beigetragen, dass es eine zu wenig differenzierte Berichterstattung gibt und der Staatsräson-Diskurs lange Zeit weitgehend affirmativ übernommen wurde.

Das ist etwas, was dem Vertrauen in die deutschen Massenmedien als kritischem Watchdog einen schweren Schlag versetzt hat. Eine repräsentative Befragungsstudie von Ende 2025, die mein Kollege Carsten Reinemann von der LMU München durchgeführt hat, zeigt sehr klar, dass die Berichterstattung vom deutschen Publikum als eher einseitig zugunsten Israels empfunden wird – und das unabhängig davon, welchem Akteur man solidarisch gegenüber ist oder ob man

sich als neutral gegenüber den Konfliktakteuren empfindet.⁴ Die Studie zeigt auch, dass bspw. im Vergleich zur Berichterstattung zum Ukraine-Krieg noch weniger Menschen Vertrauen in die journalistische Berichterstattung zum Nahostkonflikt haben. Dies macht deutlich, dass es ein verbreitetes Unbehagen mit dem deutschen Nahost-Journalismus gibt und es nicht nur einige wenige Aktivist:innen oder Forscher:innen sind, die auf Mängel hinweisen.

Wie lässt sich also die Nahost-Berichterstattung deutscher Medien charakterisieren? Und was sind die Ursachen für diese Charakteristika? Darauf möchte ich im Folgenden nun näher eingehen. Bevor wir aber dazu kommen, möchte ich auf die historische Herausbildung einiger Muster eingehen, die bis heute prägend für die Berichterstattung sind. Dabei steht für mich vor allem im Mittelpunkt, die Ko-Orientierung der Medien an der Politik auch historisch zu erläutern.

I. Die historische Herausbildung von Rahmenbedingungen für den Nahost-Journalismus

Ich gehe dabei auf die BRD ein, nicht auf die DDR, weil nach 1989 die Medienlandschaft weitgehend die in Westdeutschland herausgebildeten Strukturen übernommen hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg und trotz der Schuld, die die Deutschen mit der Shoa auf sich geladen hatten, gab es unter Konrad Adenauer eine eher interessengeleitete Solidarität mit Israel.⁵ Es ging um die Einbindung Deutschlands in das westliche Bündnissystem – und die Unterstützung Israels wurde dabei als strategisches Vehikel gesehen. Es wurde Aufbauhilfe geleistet und Militärmaterial geliefert. Aus der Literatur wissen wir, dass das medial wohlwollend oder zumindest unkritisch begleitet wurde. Israel war in den Medien bis einschließlich des Sechs-Tage-Kriegs ein bedrängtes Opfer, dem geholfen werden musste; das änderte sich erst mit der Ölkrise 1973, die zu einer Art Neubeachtung der Interessen der Araber und Palästinenser in der breiteren Politik führte.⁶

Ein Verlagshaus – nämlich Springer – hat sich die Unterstützung Israels sogar explizit auf die Fahnen geschrieben: Axel Springer formulierte 1967 fünf Unternehmensgrundsätze, und einer davon hieß: »Das Herbeiführen einer Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen, hierzu gehört auch die Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes.«⁷ Soweit man von Axel Springer weiß, war das nicht per se strategisch gedacht, sondern normativ und als verinnerlichte Verantwortung aus der Shoa abgeleitet. Nichtsdestotrotz

setzte es für einflussreiche Teile der deutschen Medienlandschaft einen spezifischen Tenor, der aktuell wieder sehr wirkmächtig ist.⁸

Mit der islamischen Revolution 1979 im Iran begann eine Art Re-Islamisierung des Nahen Ostens, die sich auch mehr und mehr auf die Betrachtung des Nahostkonflikts auswirkte.⁹ Mit der Gründung der Hamas 1987 und dem Beginn der ersten Intifada begann das Image des »islamistischen anderen« zu entstehen, das einen abgrenzenden medialen Blick auf den Nahen Osten und die Palästinenser stark prägt.

Zunächst gab es zwar noch die Interims-Periode nach den Osloer Friedensprozessen ab 1994. Der Friedensprozess wurde massiv finanziell und politisch von Deutschland unterstützt. Spiegelbildlich wurde in den Medien dessen Torpedierung durch die Provokation des damaligen Oppositionsführers Ariel Sharon, der im Jahr 2000 den Tempelberg betrat, verurteilt. Gleichzeitig wurde die dann beginnende zweite Intifada, die verbunden war mit zahlreichen Selbstmordattentaten von Hamas und Islamischem Jihad, weitgehend als illegitim dargestellt. Die Verurteilung von religiös begründeten extremistischen Handlungen war Konsens in deutschen Medien – damals interessanterweise auch für nationalreligiöse Strömungen in Israel, nicht nur bei Islamisten.¹⁰

Das veränderte sich dann zusehends unter den Regierungen Benjamin Netanjahus, der seit 2009 mit zwei kurzen Unterbrechungen bis heute an der Macht ist. Ihm ist es gelungen, eine nationalreligiöse Ideologie als israelische Staatspolitik zur Normalität werden zu lassen und den »islamischen Anderen« in westlichen Ländern als legitimen Gegner aufzubauen. Der Gaza-Krieg seit 2023 ist ja nicht der erste, der so gerechtfertigt wird – 2012, 2014, 2021 markieren nur die größeren Operationen Israels in Gaza. Und sowohl deutsche Politik als auch deutsche Medien folgen in der Regel dem von Israel gesetzten Narrativ, diese Operationen oder Kriege seien in erster Linie eine Reaktion auf Raketenangriffe der Hamas aus dem Gaza-Streifen und nicht Teil einer Besatzungsstrategie. Diese Rahmung von kriegesischen Handlungen als lediglich eine »Reaktion auf eine Bedrohung« ließ sich sehr gut mit dem Staatsräson-Paradigma in Verbindung bringen, das Angela Merkel 2008 als Bundeskanzlerin mit einer Rede in der Knesset setzte – also kurz vor der Machtübernahme durch Netanjahu.¹¹

Ich möchte aus dieser historischen Herleitung folgende Merkmale als konstitutive Rahmen-

bedingungen für die Nahost-Berichterstattung mitnehmen:

- Es gibt generell eine starke Ko-Orientierung der Medien an der jeweiligen deutschen Politik – seit 2008/09 geprägt vom Staatsräson-Paradigma.
- Mit dem Springer-Verlag gibt es eine dezidierte Solidarisierung eines einflussreichen Teils der deutschen Medienlandschaft mit Israel.
- Die Rahmung des Konflikts erfolgt häufig in national-religiösen Dimensionen.
- Es gibt eine häufig unkritische Übernahme des »islamistischen Anderen« als Bedrohungsszenario sowie eines von Israel kolportierten Reiz-Reaktions-Schemas.

II. Kontinuitäten und Verstärkungen. Die aktuelle Berichterstattung

Sie werden möglicherweise selbst schon beim Lesen, Schauen oder Hören von Nachrichten zum Nahostkonflikt über diese Aspekte gestolpert sein. Ich würde Ihnen nun gern aktuelle wissenschaftliche Studien präsentieren, um dies zu konkretisieren, aber es gibt bis dato noch keine groß angelegten und methodisch gut gemachten empirischen Inhaltsanalysen deutscher Medien. Es gibt aber immerhin etliche studentische Arbeiten, die jeweils kleine Ausschnitte der Berichterstattung behandeln, partikuläre Beobachtungen einzelner Medien und einige erste medienvergleichende Ansätze wie eine Auswertung der genutzten Schlagzeilen oder eine Untersuchung darüber, wie unterschiedlich Leid und Tod von Palästinenser:innen gegenüber dem von Israelis gewichtet werden. Ich versuche, diese akademische und graue Literatur nun zusammenzufassen und habe dabei vier wesentliche Merkmale herauskristallisiert. Diese Merkmale müssen in ihrer Gesamtheit noch empirisch geprüft werden, aber sie stellen zumindest erste Ansätze für medienkritische Reflexion dar:

1. Die Historie des Konflikts wird ausgeblendet.

Diese Vorwürfe kommen interessanterweise von sowohl pro-israelischer wie pro-palästinensischer Seite. Erstere sagen, die lange währende Bedrohung der Hamas sei unterschätzt worden bzw. verweisen historisch breit auf die andauernde Bedrohung des jüdischen Volkes generell. Letztere sagen, dass es eine lange Vorgeschichte der Unterdrückung der Palästinenser zum Massaker vom 7. Oktober gäbe und der Konflikt nicht als

Reaktion auf dieses eine Ereignis reduziert werden könne. Ich habe bereits in einem Beitrag von 2014 die Unterkomplexität der Nahost-Berichterstattung beklagt.¹² Die fehlende historische, aber auch internationale Kontextualisierung ist ein grundlegendes Problem. Mit jedem gewalthaltigen Ausbruch scheint der Konflikt neu erklärt werden zu müssen, weil man erst berichtet, wenn es »knallt«. So fehlt fundiertes Wissen bei den Rezipient:innen, auf das sich aufbauen ließe. Die Probleme, die solch eine reine Ereignisfokussierung nach sich zieht, gelten aber auch für die Journalist:innen selbst: Im Tagesgeschäft müssen sich viele von ihnen erst orientieren darüber, was wichtig ist und was nicht bzw. wie man Dinge interpretieren könnte. Es gibt kaum noch Expert:innen in den Redaktionen. Dadurch fällt die Berichterstattung häufig unterkomplex aus.

2. Asymmetrie in der Quellen-Glaubwürdigkeit und -präsentation

Wir konstatieren im Journalismus generell das Problem einer Eliten-Zentrierung, wenn es um die Suche nach Quellen und Zitaten geht. Das ist in Kriegssituationen noch stärker ausgeprägt: Wenn ein Regierungssprecher oder ein Sprecher einer offiziellen Armee etwas sagt, dann hat das zum einen einen höheren Nachrichtenwert, zum anderen zumindest bei demokratischen Staaten erstmal einen Glaubwürdigkeitsbonus. Wenn dagegen ein delegitimierter Akteur wie die Hamas etwas bekannt gibt, dann wird dies zunächst erst einmal in Frage gestellt, wie wir während des Gaza-Kriegs beim Umgang mit dem von der Hamas geführten Gesundheitsministerium immer wieder erfahren haben. Und das ist auch gut so! Grundsätzlich ist es wichtig, Quellen zu hinterfragen. Aber das muss explizit mit jedem Kriegsakteur passieren – auch mit dem, der einen demokratischen Staat repräsentiert. Im Krieg haben alle spezifische Interessen, und jedem Akteur muss von Journalist:innen erst einmal mit Distanz begegnet und seine Aussagen kritisch eingeordnet werden.

3. Doppelte Standards bei der Übernahme/Nicht-Übernahme bestimmter Termini und Attribute

Die Worte »Apartheid« zur Charakterisierung der israelischen Politik oder »Genozid« zur Charakterisierung des israelischen Vorgehens in Gaza findet man nur in bestimmten Medien bzw. im Mainstream ggf. als Zitat oder in Anführungsstrichen. Wenn man nachfragt, warum diese Worte nicht verwendet werden, dann wird in Redaktionen häufig argumentiert, dass man bei einer qua-

litativ hochwertigen Berichterstattung vorsichtig sein solle mit der Übernahme solcher Labels, die nicht rechtssicher bestimmt wären. Zugleich aber werden andere durch das Völkerrecht oder UN-Konventionen verbrieft Labels nicht oder zu wenig als Erklärungsansatz mitgeliefert. Beispielsweise werden Attribute wie »illegal« bei der Erwähnung jüdischer Siedlungen in der Westbank, »widerrechtlich« bei der israelischen Abriegelung bestimmter Regionen oder »völkerrechtswidrig von Israel besetzt« zur Charakterisierung des Westjordanlands häufig nicht so klar benannt.¹³ Es ist nachvollziehbar, dass man aus Platz- und Zeitgründen nicht alle Komplexitäten erläutern kann, aber wenn auf der einen Seite weitreichende abwägende Reflexionen zur Abwehr bestimmter Begrifflichkeiten angeführt werden und auf der anderen Seite wichtige Auslassungen rein pragmatisch begründet werden, dann liegt doch der Vorwurf der doppelten Standards nahe.

4. Leid wird unterschiedlich gewichtet und präsentiert

Aus Sicht des Friedensjournalismus ist es eine wesentliche Aufgabe von Kriegsberichterstattung, das Leid, das Menschen in Kriegen erfahren, nachvollziehbar zu machen und somit Krieg als schlechteste aller politischen Optionen zu präsentieren. Das bedeutet zugleich, dass Leid keine Human-Interest-Story sein sollte, mit der man Clicks generiert, und Opfergeschichten auch nicht als Anlass für Rache am Täter präsentiert werden. Und Leid ist auch kein Null-Summen-Spiel, so dass die eine Leiderfahrung gegen die andere aufgewogen werden sollte. Wenn man das zum Maßstab nimmt, dann lassen sich in der aktuellen Berichterstattung eine ganze Reihe an Problemen identifizieren. Kolleg:innen um Jannis Grimm an der FU Berlin haben aus einer Untersuchung der Presseberichte in fünf überregionalen Medien regelrechte »Hierarchien des Todes« herausgearbeitet und dabei festgestellt, dass gerade in den ersten Monaten des Kriegs israelische Opfer von deutschen Medien anders behandelt wurden als palästinensische.¹⁴ Erstere wurden als Individuen mit emotionalen, personalisierten und familienbezogenen Narrativen präsentiert, während palästinensische Opfer eher in Form von abstrakten Statistiken dargestellt wurden. Hier lässt sich mutmaßen, dass es für deutsche Journalist:innen und ihr Publikum einfacher ist, eine emotionale Beziehung zu jemandem herzustellen, der »wie wir« (bzw. unsere Kinder) ein Musikfestival besucht, als zu einer vollverschleierte Frau, die vielleicht noch politisch nicht korrekte Slogans

ruft. Interessanterweise gab es unter deutschen Journalist:innen nämlich auch sehr wenig Anteilnahme bei der Vielzahl an bei israelischen Angriffen getöteten palästinensischen und libanesischen Kolleg:innen. Eine Rekordzahl von über 200 Journalist:innen wurde bisher nachweislich getötet.¹⁵

III. Ursachensuche

Nach dieser Diagnose möchte ich zum Schluss noch über ein paar medienbezogene Erklärungsansätze über mögliche Ursachen für die genannten Defizite in der Berichterstattung reflektieren.

1. Bewegungsregime und Restriktionen vor Ort

Tel Aviv ist einer der größten Standorte für deutsche und andere Auslandskorrespondent:innen; nur Washington und Brüssel sind stärker frequentiert. Deutsche Medien leisten sich eine beachtliche Zahl an Personen, die permanent oder als feste Freie dort stationiert sind.¹⁶ Und trotzdem findet die aktuelle Berichterstattung weitgehend ohne Vor-Ort-Berichterstattung aus Gaza statt, das noch nicht einmal 100 km weg von Tel Aviv liegt. Ein wesentlicher Grund ist, dass Israel den Gaza-Streifen abriegelt. Es hat lediglich zuweilen Touren mit dem eigenen Militär – so genannten *embedded journalism* – angeboten. Über diese Abriegelung durch Israel haben sich auch viele deutsche und internationale Journalist:innen massiv beschwert.¹⁷ Und natürlich führt das dazu, dass es weniger Möglichkeiten gibt, mit Personen direkt zu reden, die Lage selbst zu fühlen, die Situation kritisch zu überprüfen und dann darüber zu berichten.

Es ist aber bereits seit vielen Jahren so, dass fast alle Pressefotos und Bewegtbilder aus Gaza und dem Westjordanland von palästinensischen Journalist:innen, die für große Nachrichtenagenturen oder *Al Jazeera* arbeiten, gemacht werden und auch die vor Ort stationierten Korrespondent:innen allenfalls temporär nach Gaza gefahren sind.¹⁸ In meiner Beobachtung werden generell die lokalen Journalist:innen unterbewertet, sie werden häufig nur als Stringer oder Termin-Fixer wahrgenommen. Und teilweise gibt es regelrecht Angst davor, trotz journalistischer Professionalität mit ihnen zusammenzuarbeiten – aus Gründen, die ich gleich noch erläutern werde. Schalten nach Gaza zu einer als lokale Mitarbeiterin präsentierten Person habe ich im deutschen Fernsehen noch nie gesehen. So bleiben Stimmen aus einem Konfliktgebiet weitgehend unsichtbar, obwohl es Alternativen gäbe.

2. Eingefahrene journalistische Routinen und mangelnder Einbezug von Korrekturoptionen

Für eine konfliktsensitive Kriegsberichterstattung spielen natürlich Ressourcen eine Rolle. Und die werden in der anhaltenden Krise des Journalismus immer knapper.¹⁹ Es gibt einige wenige große Player wie die öffentlich-rechtlichen Rundfunksender, die zu Springer gehörenden BILD, Welt und Welt TV, FAZ, *Süddeutsche Zeitung*, Spiegel und ZEIT, die sich noch Auslandsberichterstattung und ein großes Netz an Inlands- und Auslandskorrespondent:innen leisten. Und auch die unterliegen zunehmend Sparzwängen. Die meisten anderen Redaktionen – ob Radio, Fernsehen oder Regionalmedien – bekommen ihre politischen Teile von gepoolten Redaktionen, die sich bei Auslandsthemen auch überwiegend bei Nachrichtenagenturen bedienen – insbesondere dpa. Der Beitrag aus der Nachrichtenagentur wird dann adaptiert, mit Bildern von ggf. anderen Nachrichtenagenturen unterlegt und vielleicht gibt es noch eine Politikredakteur:in, die sich eine Einordnung zutraut, oder jemand kennt noch einen Experten, den sie anrufen kann. Viele haben also gar keine Zeit oder Ressourcen für ein umfangreicheres Engagement.

Dennoch wird zu wenig versucht, aus diesen Routinen auszubrechen. Im Falle des Nahostkonflikts könnten bspw. internationale Medien mit ihren Recherche-Teams eine mögliche Korrektur- oder Erweiterungsfunktion haben. Die *New York Times*, *Guardian*, *Le Monde*, *Al Jazeera* oder auch *Haaretz* bringen immer wieder relevante Geschichten: Man muss sie wahrnehmen, als Quelle einbeziehen oder kooperieren und könnte dadurch den Blick beträchtlich weiten. Darüber hinaus gibt es auf Social-Media-Kanälen jede Menge Bilder, Augenzeugenberichte, Statements oder Kampagnen. Natürlich muss man hier selektieren, verifizieren, einordnen. All das macht Arbeit und kostet Zeit; aber es in einer Situation der Abriegelung des Kriegsgebiets nicht zu nutzen, ist geradezu fahrlässig. Da viele Rezipient:innen in ihren Social-Media-Feeds eine ganz andere Realität gezeigt bekommen als in den journalistischen Nachrichtenmedien, entsteht so auch Vertrauensverlust und eine Abwendung von diesen Medien.

3. Diskursklima: Autoritärer Anti-Antisemitismus

Und schließlich noch zum Elefanten im Raum: Die Nahostberichterstattung ist mittlerweile häufig gar nicht mehr eine Berichterstattung über das, was vor Ort in Israel und Palästina passiert,

sondern bildet weitgehend einen in Deutschland ausgetragenen »Konflikt über den Konflikt« ab. Durch die eingangs geschilderte politisch recht eindeutige Positionierung entlang des Staatsräson-Paradigmas hat sich dabei ein – wie mein Kollege Peter Ullrich es nennt – autoritärer Anti-Antisemitismus herausgebildet.²⁰ Er artikuliert damit nicht Kritik am Engagement gegen Antisemitismus, sondern an seiner instrumentellen, vereinfachenden und repressiven Verwendungsform durch staatliche und institutionelle Akteure. Übertragen auf die Medien lässt sich hier zeigen, dass fast reflexhaft Antisemitismus-Vorwürfe auch gegenüber vielen Formen von durchaus legitimer Kritik an israelischer Politik gemacht und medial kolportiert werden. Dies betrifft interessanterweise auch Jüdinnen und Juden und Israelis aus dem linken Lager. Und hier sind Medien nicht nur Überträger solcher Botschaften, sondern sie wirken aktiv mit: Insbesondere der Springer-Verlag produziert regelrechte Kampagnen gegen in ihren Augen von einer korrekten politischen Linie abweichende Aktivist:innen, Politiker:innen, Forscher:innen (BILD kennzeichnete bspw. einige Wissenschaftler:innen auf der Titelseite als »UniverSiTÄTER«) – und auch andere Journalist:innen. Dies entfaltet eine große Breitenwirkung und kann zu Selbstzensur führen – gerade bei Journalist:innen, die vielleicht einfach nur »ihren Job machen« und nicht zwischen politische Fronten geraten wollen. Es gibt einige Berichte von Journalist:innen selbst, die bspw. in der »Nahaufnahme« von Reporter ohne Grenzen darüber berichten, wie in Redaktionen durchaus ein gewisser Konformitätsdruck ausgeübt wird.²¹

Und es gab und gibt eben auch immer wieder gezielte Kampagnen gegen palästinensische oder arabisch-stämmige Journalist:innen, wo bei der Durchsicht von Social-Media-Kanälen Likes oder Posts aufgefallen sind, aus denen sich ein Terrorismusnähe- oder Antisemitismus-Vorwurf konstruieren lässt.²²

Fazit

Ich möchte schließen mit der Bemerkung, dass dies kein Journalismus-Bashing war oder als solches aufgefasst werden sollte. Unsere Aufgabe in der Kommunikationswissenschaft ist es, kritisch auf Problematiken im Journalismus zu blicken und durch deren Identifikation dabei zu helfen, diesen besser zu machen.

Ich habe in den letzten Jahren viele wirklich fragwürdige Beiträge gesehen, bei denen sich immer und immer wieder die gleichen Muster

von Ignoranz gegenüber journalistischen Grundprinzipien, fehlender Sachkenntnis und vorauseilendem Einknicken gegenüber einem dominanten politischen Diskurs gezeigt haben. Aber ich habe auch etliche sehr gute Beiträge gesehen, die Empathie für die Betroffenen dieses Krieges haben entstehen lassen, ohne effektheischend zu sein, die mit akribischem Datenjournalismus und durch beharrliches Nachfragen die Monstrosität des Krieges und Verantwortlichkeiten aufgedeckt haben und die Komplexität nicht reduzieren, sondern sie uns zumuten. Denn wir als Publikum können das ertragen – und wollen es auch!

Anmerkungen:

¹ Avshalom Ginosar u. Inbar Cohen, *Patriotic journalism: An appeal to emotion and cognition*, in: *Media, War & Conflict* 12 (1/2019), 3–18. (URL: <https://doi.org/10.1177/1750635217710678>).

² W. Lance Bennet, *Toward a Theory of Press-State Relations in the United States*, in: *Journal of Communication* 40 (2/1990), 103–125.

³ Piers Robinson, *Theorizing the Influence of Media on World Politics: Models of Media Influence on Foreign Policy*, in: *European Journal of Communication* 16 (4/2001), 523–544.

⁴ Carsten Reinemann, *Wahrnehmung der Nahostberichterstattung deutscher Medien* (2025). (URL: <https://www.civismedia.eu/mediendialog/dritter-dialog/studiedialog/>).

⁵ Leandros Fischer, *Deciphering Germany's Pro-Israel Consensus*, in: *Journal of Palestine Studies* 48 (2/2019), 26–42. (URL: <https://doi.org/10.1525/jps.2019.48.2.26>); vgl. auch Daniel Marwecki, *Absolution? Israel und die deutsche Staatsräson*, Göttingen 2024.

⁶ Astrid Hub, *Das Image Israels in deutschen Medien: Zwischen 1956 und 1982*, Frankfurt a. M. 1998.

⁷ 2017 wurden die Grundsätze neu formuliert, heute heißt es: »Wir unterstützen das Existenzrecht des Staates Israel und lehnen alle Formen von Antisemitismus ab.« (URL: <https://www.axelspringer.com/de/was-uns-ausmacht>).

⁸ Anja Hempel, Sebastian Bähr u. Melanie Neumann, *Israel-Solidarität in Welt und Jungle World: Die Grenzen des Links-Rechts-Spektrums*, in: *Global Media Journal – German Edition* 4 (1/2014). (URL: <https://www.globalmediajournal.de/index.php/gmj/article/view/87>).

⁹ Kai Hafez, *Die politische Dimension der Auslandsberichterstattung*. Bd. 2: *Das Nahost- und Islambild der deutschen überregionalen Presse*, Baden-Baden 2002.

¹⁰ Rolf Behrens, »Raketen gegen Steinewerfer« – Das Bild Israels im »Spiegel«. Eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung über Intifada 1987–1992 und »Al-Aqsa-Intifada« 2000–2002, Berlin u. a. 2003. Vgl. auch: Markus Maurer u. Wilhelm Kempf, *Coverage of the Second Intifada and the*

Gaza War in the German Quality Press = Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz, Nr. 69, Berlin 2011. (URL: https://regener-online.de/books/diskuss_pdf/69.pdf).

¹¹ Christoph Schult u. Klaus Wiegrefe, *Die wahre Geschichte von Merkels Israel-Vermächtnis*, in: *Der Spiegel*, Nr. 4, 19.01.2024. (URL: <https://www.spiegel.de/panorama/israels-sicherheit-als-staatsraeson-die-wahre-geschichte-von-merkels-israel-vermaechtnis-a-fcbc3d63-33d4-4127-b045-d79186ee8778>).

¹² Carola Richter, *Der Nahostkonflikt und die Medien*, Hamburg 2014. (URL: <https://www.globalmediajournal.de/index.php/gmj/de/article/view/84/76>).

¹³ Nadia Zaboura, *Verlorenes Medienvertrauen, gefährdete Demokratie? Vortrag auf der re:publica 25* (2025). (URL: <https://www.youtube.com/watch?v=XhDy5JG6Xks>).

¹⁴ Jannis J. Grimm, Justus M. Könneker u. Mariam Salehi, *Hierarchies in death: coverage of Palestinian and Israeli victims in the context of October 7 and the war on Gaza*, in: *Peacebuilding* (04.10.2025), 1–16. (URL: <https://doi.org/10.1080/21647259.2025.2569080>).

¹⁵ Committee to Protect Journalists, *Israel-Gaza-War: Attacks on journalists across the region since October 7, 2023* (19.02.2026). (URL: <https://cpj.org/issue/israel-gaza-war/>).

¹⁶ Lena Rückerl, *Zwischen Standortentscheidungen und entscheidenden Standorten: Deutsche Berichterstattung aus Westasien und Nordafrika*, in: *Global Media Journal – German Edition* 14 (2/2024). (URL: <https://doi.org/10.60678/gmj-de.v14i2.316>).

¹⁷ Reporters Without Borders, *21 nations call on Israeli government to open Gaza to foreign media and allow evacuation of Palestinian journalists*. RSF Action, 26.09.2025. (URL: <https://rsf.org/en/21-nations-call-israeli-government-open-gaza-foreign-media-and-allow-evacuation-palestinian>).

¹⁸ Felix Koltermann, *Fotoreporter im Konflikt. Der internationale Fotojournalismus in Israel/Palästina*, Bielefeld 2017.

¹⁹ Marc Engelhardt, *Das Verblässen der Welt. Auslandsberichterstattung in der Krise*, Frankfurt a. M.: Otto-Brenner-Stiftung, 2022. (URL: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/auslandsberichterstattung/>).

²⁰ Peter Ullrich, *Wissenschaftsfreiheit und Autoritärer Anti-Antisemitismus*, in: Lukas Geisler, Lars Heibisch und Helena Schäfer (Hg.), *Umkämpfte Universitäten/ Wissenschaften. Aspekte organisierter Halbbildung*, Bielefeldt 2026, 65–90. (URL: <https://www.transcript-open.de/doi/10.14361/9783839412961-065>).

²¹ Reporter ohne Grenzen, *Nahaufnahme. RSF-Report zur Lage der Pressefreiheit in Deutschland*, Berlin 2025. (URL: <https://media.reporter-ohne-grenzen.de/production/4975/01K6YYC0R12MRPJEDK1BY7Q66X.pdf>).

²² Bspw. hier: Sebastian Beug u. Leonhard Landes, »Nur die Spitze des Eisbergs« – Israels Botschafter fordert Aufklärung über Hamas-Einfluss, in: *WELT*, 28.10.2025. (URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article6900cae54876ac87d158ccc9/zdfund-hamas-mitarbeiter-nur-die-spitze-des-eisbergs-sagt-israels-botschafter.html>).



Standards und vorherrschende Perspektiven im Nachrichtenjournalismus

Karsten Frerichs

Meine Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung hier nach Erfurt. Ich freue mich, einige Gedanken zu der Frage beisteuern zu dürfen, ob wir denn gut informiert sind über »Frieden und Kriege in den Medien«. So zumindest lautet ja der Tagungstitel.

Aber er ist doppeldeutig: Geht es darum, ob wir »durch« die Medien über Frieden und Kriege gut informiert sind? Oder geht es um Frieden und Kriege »in« den Medien? Vermutlich doch eher um das erstere. Ich will meinen Fokus darauf richten, fühle mich von der Doppeldeutigkeit aber insofern angesprochen, dass es mir einleitend wichtig ist klarzustellen: Medien und wir als in den Medien arbeitende Journalistinnen und Journalisten sind keine isolierte Spezies mit einer besonderen Befähigung zur Wahrheitsfindung, genauso wenig wie Wissenschaftler*innen oder Theolog*innen. Wir haben bestenfalls professionelle Kenntnisse in Recherche und Vermittlung, bleiben aber eingebunden in die Begrenztheit menschlicher Erkenntnis. Manche von uns neigen in Krisenlagen eher zu Pessimismus oder zur Zuversicht, andere eher zu Ängsten oder Vertrauen, auch wir sind vor Fehldeutungen, eigenen Vorurteilen und Falschinformationen nicht gefeit. Insofern finden Frieden und Kriege eben auch »in« den Medien statt.

Und noch eine Vorbemerkung ist mir wichtig: Das soeben ausgesprochene »wir« fällt mir schwer. Seit mehr als 30 Jahren bin ich journalistisch tätig, die meiste Zeit bei inländischen Nachrichtenagenturen, seit fast 18 Jahren beim Evangelischen Pressedienst (epd). Meine Arbeit hat mit der jener Kolleginnen und Kollegen, die als Reporterinnen und Reporter in den Kriegs- und Konfliktgebieten dieser Welt unterwegs sind, wenig zu tun. Nicht selten unter Einsatz ihres Lebens und schwierigsten Bedingungen zur Beschaffung von Informationen sorgen sie dafür, dass wir zumindest annähernd eine Vorstellung davon bekommen, was Krieg bedeutet.

Ich persönlich war nie als Journalist in einem Kriegsgebiet. Der epd berichtet zwar über Konflikte, oftmals über jene, die gerade nicht im Fokus stehen, es aber sollten. Ein Stichwort: Sudan. Was wir aber nicht haben: Reporterinnen und

Reporter in Kriegsgebieten. Und ich bin (ehrlich gesagt) froh, dass ich als Chefredakteur diese Verantwortung nicht tragen muss.

Aber zum Thema: Standards und vorherrschende Perspektiven im Nachrichtenjournalismus. Bezogen auf das Tagungsthema lautet meine These: »Die Friedensperspektive im Nachrichtenjournalismus ist unterrepräsentiert.« Warum das so ist, will ich Ihnen mit dem Blick auf unsere Arbeit erläutern. Aber auch, dass sich das ändern kann.

Ich habe in den 1990er Jahren meine Ausbildung gemacht. Zwei Leitsätzen bin ich schnell begegnet: »News is what's different«, und: »Bad news are good news«. Also übersetzt und noch einmal zugespitzt: Nur was sich vom Alltäglichen unterscheidet, ist eine Nachricht wert. Und: Schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten – im Sinne von: Es ist gut für uns Journalistinnen und Journalisten, dass so viel Schlechtes, so viel Unglück auf der Welt passiert. Das interessiert die Menschen, und deswegen berichten wir vom Krieg und nicht vom Frieden.

Journalismus ist zudem an Ereignissen orientiert, weniger an längerfristigen Entwicklungen. Kriege produzieren dramatische Geschehnisse oft in schneller Folge, Frieden eher nicht. Dass eine mediale Berichterstattung sich stark an Einzelereignissen orientiert, gilt im Übrigen gemeinhin als ein Grund dafür, warum die Klimakatastrophe lange Zeit medial unterbelichtet blieb. Sie vollzieht sich bekanntlich langsam, wenn auch in Teilen derzeit unumkehrbar.

Krieg ist »different« und unzweifelhaft eine »bad news«. Und wenn man Einschaltquoten und Klickzahlen als Kriterien gelten lässt, haben die Menschen überdurchschnittliches Interesse am Krieg. Für den Frieden und ihr Bemühen darum trifft das eher nicht zu.

Der Medienpsychologe Michael Gestmann spricht von den 3 K: Kriege, Krisen, Katastrophen. Und er liefert einen evolutionspsychologisch interessanten Erklärungsansatz: Wir hören bei den 3 K genauer hin, weil uns Gefahren drohen könnten. Schon für die Steinzeitmenschen war es eine Überlebensfrage, rechtzeitig über potenzielle Gefahren informiert zu sein, auch wenn Nachrichten

damals nicht per Whatsapp, SMS oder Snapchat kommuniziert wurden. Diese selektive Wahrnehmung habe sich bis heute erhalten.¹

Vielleicht ist ein Teil der Wahrheit aber auch ein anderer: Wir neigen als Menschen zum Gaffen, können den Blick schwer abwenden, wenn auf der Gegenspur auf der Autobahn zwei Autos ineinander gekracht sind, Polizei und Rettungskräfte ihre Arbeit machen. Das machen sich die Netzwerke im Besitz weniger US-Techgiganten mit ihren Algorithmen bekanntlich zunutze: Ihre Währung ist Aufmerksamkeit, nicht Relevanz. Das eine ist vom anderen zu unterscheiden.

Krieg liefert eine wahre Flut spektakulärer Bilder: Tag für Tag, Stunde um Stunde eine vermeintlich neue militärische Entwicklung. Dass Bilder im Zeitalter digitaler Medien noch einmal eine ganz andere Kraft entfalten und dazu verleiten, sich in Feeds und Newstickern von einem Beitrag zum nächsten zu klicken, ist bekannt. Und jeder kann das in der Selbstreflexion feststellen.

Was Einschaltquoten und Zugriffszahlen auch belegen: So sehr Krieg Interesse weckt, so entschieden wenden sich Zuschauerinnen und Zuschauer nach einer gewissen Zeit auch wieder ab. Die Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine ist in den deutschen Medien nach einiger Zeit deutlich zurückgefahren worden, schon vor der Eskalation im Nahen Osten.

Auch hier wirkt die Digitalisierung verstärkend: Alle Medienhäuser haben umfassende Nutzungsdaten in Echtzeit zur Verfügung. Und angesichts des wirtschaftlichen Drucks wird es sich kein privatwirtschaftliches Unternehmen dauerhaft leisten, Berichterstattung an den Interessen der Nutzenden vorbei zu produzieren. In gewisser Weise leisten es noch öffentlich-rechtliche Sender, dem Vergessen von Konflikten entgegenzuwirken.

Noch einmal zurück zur Wirkmächtigkeit der Bilder. Führen Sie sich bitte kurz die vergangenen Wochen vor Augen: Raketeneinschläge im Libanon, Zerstörungen im Iran, Verletzte und getötete Menschen, Kinder, Familien auf der Flucht; dramatische Bilder und Videosequenzen im Überfluss. Und wenn es darum geht, bei allen kritischen Vorzeichen, in Islamabad einen Ausweg aus der unmittelbaren militärischen Eskalation zu finden: Bilder eines militärisch gesicherten Hotelkomplexes, leere Straßen, vereinzelte Soldaten. Der Weg zum Frieden liefert keine spektakulären Motive.

Auch die Sudan-Konferenz im April in Berlin: Konferenzräume, an- und abfahrende Limousinen, Politikerstatements vor Fernsehkameras. Am Ende nur ein kurzes mediales Schlaglicht auf einen drei Jahre währenden Krieg, auf den weit aus mehr Aufmerksamkeit fallen sollte. Die UN sprechen von der aktuell größten humanitären Katastrophe weltweit.

Nun sind diese Mechanismen bei uns im Journalismus keine Naturgesetze. Und eine Reflexion darüber, wie wir es besser machen können, meine Damen und Herren, findet statt. Bevor ich dazu abschließend komme, erlauben Sie mir noch einen Exkurs in das Jahr 2022, in dem wir in den deutschen Medien aus meiner Sicht viele Fehler gemacht haben, anhand derer sich einiges wie in einem Brennglas zeigt.

»Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents.« So begann der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022, einem Sonntag, im Deutschen Bundestag in Berlin seine Regierungserklärung. Und er führte bekanntlich zum russischen Überfall auf die Ukraine drei Tage zuvor aus: »Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie davor.«² Unter dieser Deutungsformel subsumierte Scholz unter anderem, dass die Ukraine fortan aus Deutschland umfangreiche Waffenlieferungen bekommen und die Bundeswehr mittels des sogenannten Sondervermögens von 100 Milliarden Euro modernisiert werden sollte.

»Zeitenwende« wurde 2022 von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres gewählt. Sicher zu Recht, und wir Journalistinnen und Journalisten hatten großen Anteil daran. Das Agenda-Setting der Bundesregierung darf aus deren Sicht als gelungen betrachtet werden: Der Begriff »Zeitenwende« rahmte politisch umstrittene Maßnahmen als notwendig und alternativlos. Zugleich liefert er aber keine präzise Beschreibung der Realität, sondern eine Deutungsformel der Politik. Dass Sprache in politischen Kontexten nicht nur beschreibt, sondern Wirklichkeiten formt und Legitimationsspielräume für politische Entscheidungen einschränkt, ist evident. Zudem erzeugt »Zeitenwende« eine emotionale Zuspitzung der Debatte, die der nüchternen Erkenntnis bekanntlich oft nicht zuträglich ist.³

Es geht mir nicht per se um die Verwendung des Begriffes in den Medien und der öffentlichen Debatte. In Zeiten hochkomplexer Entwicklungen können der Begriff »Zeitenwende« oder das von

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier verwendete Wort »Epochenbruch« in einer Verdichtung auch für Klarheit sorgen. Was mir eindeutig zu kurz kam, war aber die analytische Einordnung mit Bezug auf die Scholz-Rede. Die schließlich geradezu inflationäre Verwendung des Begriffs auch in anderen Bezügen in den Wochen und Monaten danach bis heute tat ihr Übriges. Teile der deutschen Medien sind aus meiner Sicht hier einem Framing der Politik aufgesessen.

Auch Landesbischof Friedrich Kramer hat darauf hingewiesen. Laut einer epd-Meldung vom 30. Januar 2025 sagte der evangelische Friedensbeauftragte bei einer Tagung in Loccum, Begriffe wie »Zeitenwende« und »Kriegstüchtigkeit« lähmten den friedenspolitischen Diskurs.⁴ Und in Bezug auf das Wort »Kriegstüchtigkeit« heißt es auch in der EKD-Friedensdenkschrift vom vergangenen Jahr: »Sprache kann das Denken in Kategorien des Krieges befördern – oder eben ihm entgegenwirken.«⁵ Das sollten auch wir Journalisten beachten.

Ich habe Ihnen anhand der Standards unserer Arbeit einen Einblick gegeben, warum aus meiner Sicht die Friedensperspektive im Nachrichtenjournalismus unterrepräsentiert ist. Perspektivenvielfalt ist nicht nur bei der Berichterstattung über Krieg und Frieden eine Grundbedingung für Qualitätsjournalismus, wenn auch sicher ein Ideal, das wir nie ganz erreichen werden.

Und an der Stelle ist mir noch einmal wichtig zu betonen: Natürlich finden sich in den deutschen Qualitätsmedien zahlreiche Gegenbeispiele für herausragende Recherchen und Berichterstattung, die nicht den schnellen vermeintlichen Gewissheiten und vordergründigen Erklärungen folgen. Respekt und Dank für die Kolleginnen und Kollegen in den Krisenregionen vor Ort, den klugen Redakteurinnen und Redakteuren in vielen Häusern und natürlich auch an mein Team beim epd, dem das immer wieder gelingt.

Wie eingangs gesagt: Die von mir geschilderten Standards und Perspektiven im Nachrichtenjournalismus sind veränderbar. Und es gibt heute aus meiner Sicht deutlich mehr Bereitschaft zur Selbstreflexion in der Branche als noch vor 30 Jahren. Dazu trägt zweifelsfrei der enorme wirtschaftliche Druck bei, dem sich alle Medienhäuser derzeit ausgesetzt sehen. Zwei Beispiele möchte ich ihnen abschließend nennen:

Am 2. April hat die Initiative Nachrichtenaufklärung in Köln ihre diesjährigen »Top Ten der ver-

gessenen Nachrichten« veröffentlicht. Der private Verein an der Schnittstelle von Journalismus und Wissenschaft tut das bemerkenswerterweise schon seit den 1990er Jahren und legt damit jährlich den Finger in die Wunde, welche blinden Flecke der Journalismus in Deutschland hat. In diesem Jahr auf Platz 1: »Viel besser als ihr Ruf: Afrikanische Länder mit hohem Entwicklungsstand«. Im vergangenen Jahr wählte die Jury »Deutsche Rüstungsexporte für Kindersoldaten«. Beides sind Themen, die viel mit Krieg und Frieden zu tun haben, aber eben nicht mit kurzfristigen militärischen Eskalationen. Die »Top Ten der vergessenen Nachrichten« sind ein Schlaglicht darauf, dass in der Branche sehr selbstkritisch darüber gesprochen wird, wie wir Perspektivenvielfalt sicherstellen.⁶

Ein weiteres Beispiel ist der konstruktive Journalismus, ein Ansatz, der in immer mehr Häusern verfolgt wird, auch im Bereich der evangelischen Publizistik. Er basiert darauf, den Bedürfnissen der Nutzenden nach Lösungsansätzen, konstruktivem Dialog und Perspektivenvielfalt deutlich mehr Geltung zu verschaffen. Konstruktiver Journalismus ist insofern der Gegenentwurf zum »bad news are good news«. Dabei geht es nicht darum, Probleme beiseite zu schieben. Zur Berichterstattung soll aber immer gehören, Lösungsansätze mitzurecherchieren und darzustellen. Das setzt Perspektivenreichtum voraus und öffnet den Raum für konstruktiven Dialog, den wir heute wohl dringender brauchen denn je.⁷

Hoffnungsfroh stimmt die Branche: Konstruktiver Journalismus hat nachweislich das Potenzial, im digitalen Journalismus die Bereitschaft zu Abo-Abschlüssen zu erhöhen. Das ist angesichts der Erosion der Printerlöse und der von den US-Techriesen beherrschten Werbemarkte eine gute Nachricht für die Medienbranche, deren Geschäftsmodelle schwer unter Druck stehen. Und konstruktiver Journalismus kann dazu beitragen, der Nachrichtenvermeidung – englisch: news avoidance – entgegenzuwirken, die gerade bei jüngeren Menschen in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat.

Für diese sind nämlich die vielen »bad news« oft schon lange keine »good news« mehr. Ich finde, das ist eine gute Nachricht, auf die wir klug reagieren sollten.

Anmerkungen:

¹ Michael Gestmann, Medienpsychologie: »Bad News are good news!«, in: *tv diskurs* 20 (2/2016), 40f. URL: https://mediendiskurs.online/data/hefte/ausgabe/76/gestmann_news_040_tvd76.pdf

² Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz in der Sondersitzung zum Krieg gegen die Ukraine vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022 in Berlin, in: *Bulletin der Bundesregierung* Nr. 25-2 vom 27. Februar 2022, 1. URL: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975954/2008580/b7348ec7b88380164f7873453c7b6758/25-2-bk-reg-erkl-data.pdf?download=1>

³ Katharina Schmidt, Wenn ein Wort Geschichte macht: Die »Zeitenwende« im politischen und medialen Diskurs, in: *Diskursmonitor – DiskursReview: Aktuelle Beiträge zur Sprach-, Medien- und Diskurskritik* (2026). URL: <https://diskursmonitor.de/review/sprachkritik/zeitenwende-schmidt/>

⁴ »EKD-Friedensbeauftragter kritisiert militaristische Sprache«, *Meldung des epd-Basisdienstes* vom 30. Januar 2025.

⁵ Evangelische Kirche in Deutschland (Hg.), *Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen*, Leipzig 2025, 65.

⁶ Initiative Nachrichtenaufklärung. URL: www.derblindeffleck.de

⁷ Definition des konstruktiven Journalismus beim Bonn Institute. URL: <https://www.bonn-institute.org/was-ist-konstruktiver-journalismus>



Soziale Medien für die Friedensarbeit nutzen – am Beispiel des yeet-Netzwerks

Lilith Becker

Für eine staatlich organisierte repräsentative Demokratie wie die BRD sind soziale Medien heute ein Problem. Mit dem Aufstieg großer Plattformen hat sich die klassische Gatekeeper-Funktion der Massenmedien deutlich abgeschwächt. Soziale Medien schaffen Verbindungen, über die sich Menschen und Gruppen ausdrücken, vernetzen und organisieren können. Bernhard Pörksen nennt sie deshalb in seinem Buch *Die große Geiztheit* »Konnektive«. Sie prägen politische Kommunikation auf neue Weise, ohne jedoch die repräsentative Funktion klassischer Massenmedien zu übernehmen. Doch auch in der Vergangenheit fühlten sich nicht alle Menschen durch klassische Medien gleichermaßen repräsentiert. Die wachsende Sichtbarkeit rechtskonservativer und völkisch-nationalistischer Positionen sowie die Wahlergebnisse der AfD verdeutlichen diese Entwicklung.

Etablierte Parteien, zivilgesellschaftliche Akteure und Kirchen tun sich im Umgang mit den dezentralen Kommunikationsräumen sozialer Medien oft schwer. Dies wurde auch in einer Studie der Universität Potsdam und der Bertelsmann-Stiftung im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 deutlich. Viele Institutionen haben erst verzögert erkannt, dass die mediale Öffentlichkeit durch Plattformen dezentraler geworden ist.

Wenn wir heute von Medien und Frieden sprechen, kommen deshalb weder politische noch zivilgesellschaftliche Akteure an den sozialen Medien vorbei. Über 63 Prozent der Menschen in Deutschland ab 14 Jahren nutzen regelmäßig – mindestens einmal wöchentlich – soziale Netzwerke. Das entspricht rund 44 Millionen Nutzenden (ARD/ZDF-Medienstudie 2025). Instagram belegt in dieser Landschaft eine besondere Position: Mit einem Durchschnittsalter der Nutzenden von 37 Jahren und einem 52-prozentigen Frauenanteil erreicht sie vor allem die gesellschaftliche Mitte. (ebd.).

Diese Befunde gelten nicht isoliert für Instagram. In weiten Teilen lassen sie sich auf andere große Social-Media-Plattformen übertragen, insbesondere auf Facebook, das nach wie vor eine zentrale Rolle in der politischen Meinungsbildung und Vernetzung älterer Zielgruppen spielt. Die hier analysierten Mechanismen der algorithmischen

Sortierung und emotionalen Zuspitzung sind systemimmanent für das Geschäftsmodell fast aller kommerziellen Plattformen.

Für das yeet-Netzwerk ist dieser Befund nicht nur eine statistische Größe. Er beschreibt die Bühne, auf der wir täglich agieren: eine Bühne, auf der die gesellschaftliche Mitte zunehmend unter Druck gerät, auf der Fragen der Gleichwertigkeit und Menschenwürde täglich neu verhandelt werden – und auf der wir als christliches Social-Media-Netzwerk den Auftrag haben, eine Gegen-erzählung zu leisten: Positivität, Augenhöhe, Nächstenliebe.

Doch dieser Auftrag stößt auf ein strukturelles Problem, das verstanden werden muss, bevor es überwunden werden kann: Die Plattformen, über die wir kommunizieren, folgen eigenen Logiken. Und diese Logiken sind nicht neutral. Sie formen, was gesehen wird, was verbreitet wird und was im Verborgenen bleibt. Der vorliegende Text soll diese Logiken sichtbar machen – und zeigen, wie das yeet-Netzwerk mit christlicher Perspektive einen Weg durch sie hindurch sucht.

Angesichts der Abhängigkeit von privaten US-Konzernen gibt es verstärkte Bestrebungen innerhalb der EU, die Entwicklung eines öffentlich-rechtlichen Plattformsystems voranzutreiben. Ziel ist ein digitaler Raum, der nicht rein kommerziellen Profitinteressen folgt, sondern demokratischen Werten und dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Während mit dezentralen Netzwerken wie Mastodon oder dem durch ein offenes Protokoll geprägten Bluesky bereits funktionierende Alternativen existieren, haben diese oft mit strukturellen Hürden oder einer im Vergleich zu den »Big Players« mangelnden Akzeptanz in der breiten Bevölkerung zu kämpfen. Zudem basieren sie auf gänzlich anderen Finanz- und Moderationsmodellen, was ihre Skalierbarkeit erschwert, also die Fähigkeit der Systeme, bei steigender Last (z. B. viel mehr Nutzer gleichzeitig) stabil und schnell zu bleiben.

Wie Algorithmen Nachrichten, Emotionen und Positionen verarbeiten

Das Prinzip der Aufmerksamkeitsökonomie

Soziale Medien funktionieren nach dem Prinzip der Aufmerksamkeitsökonomie: Sie sind so gestaltet, dass sie möglichst viel Aufmerksamkeit erzeugen und Nutzende dazu bringen, möglichst intensiv und lang zu interagieren (netzpolitik.org, Juli 2025, unter Berufung auf Psychologinnen der NYU). Weil diese Plattformen werbefinanziert sind, ist längere Verweildauer wirtschaftlich besonders attraktiv. Dieser ökonomische Grundzug hat tiefgreifende Konsequenzen dafür, welche Inhalte der Algorithmus bevorzugt.

Adam Mosseri, der Instagram-Chef, hat in verschiedenen Interviews und einem vielbeachteten Jahresendbericht vom 31. Dezember 2025 offen über die Funktionsweise der Plattform gesprochen. Seine Aussagen sind aufschlussreich – sowohl für das Verständnis der Mechanismen als auch für die Frage, wie eine friedensorientierte Kommunikation in diesem Umfeld arbeiten kann.

Die drei wichtigsten Ranking-Signale laut Adam Mosseri

Instagram verwendet nicht einen einzigen Algorithmus, sondern mehrere KI-gestützte Ranking-Systeme, die je nach Bereich der App unterschiedlich gewichtet werden: Feed, Reels, Stories und Explore folgen eigenen Mechanismen (Mosseri, zitiert nach Creatorflow/Buffer, Februar 2026).

Zu den zentralen Ranking-Signalen, die Mosseri im Januar 2025 öffentlich bestätigt hat, zählen unter anderem Verweildauer, Weiterleitungen und klassische Interaktionen.

1. »Watch Time« (Verweildauer): Wie lange schauen Menschen einem Inhalt zu? Bei Reels wird bereits nach 1,7 Sekunden entschieden, ob weiter gescrollt wird. Ein 15-Sekunden-Video, das vollständig angesehen wird, signalisiert dem Algorithmus mehr Relevanz als ein 60-Sekunden-Video mit 80 Prozent Abbruchrate (Posteverywhere.ai, Februar 2026).

2. »Sends per Reach«: DM-Weiterleitungen, Weiterleitungen als Direkt-Nachricht, sind laut Mosseri drei bis fünf Mal wertvoller als Likes für die Reichweite neuer Zielgruppen (Creatorflow.so, Februar 2026). Wer also einen Post weitersendet, sagt dem Algorithmus: Dieser ist es wert zu teilen.

3. »Likes per Reach«: Klassische Interaktionen, gewichtet im Verhältnis zur Reichweite – Beispiel: von 100 Personen, die meinen Beitrag gesehen haben, wie viele fanden ihn gut genug, um ein Herz dazulassen?

Für Friedensarbeit bedeutet das: Inhalte, die Menschen so bewegen, dass sie sie teilen und weiterleiten, haben algorithmisch die größten Chancen. Die entscheidende Frage ist: Was bewegt Menschen dazu, etwas zu teilen?

Das Prinzip der emotionalen Verstärkung

Hier liegt eine strukturelle Herausforderung für die Friedenskommunikation. Forschende der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus haben in Anlehnung an Brady et al. (2017) und Van Bavel et al. (2024) beschrieben: Algorithmen machen sich unsere Neigung zunutze, stark auf emotionale und moralische Reize zu reagieren, indem sie die Verbreitung von Inhalten fördern, die am stärksten emotional aufgeladen sind und am ehesten moralische Reaktionen hervorrufen. Solche Inhalte lassen sich als besonders wirksame Reize beschreiben (EKR/TANGRAM, Ausgabe 48).

Das Geschäftsmodell, das auf dem Verkauf und der Reichweite von Werbeanzeigen basiert, hat also einen inhärenten Bias zugunsten von Empörung, Wut und Angst. Eine Studie, die in der Fachzeitschrift *Science* erschien und die Feeds von über tausend US-amerikanischen X-Nutzenden (ehemals Twitter) analysierte, zeigte: Wer mehr feindselige politische Inhalte sah, fühlte sich distanzierter gegenüber der anderen Partei. Weniger polarisierende Posts führten dagegen zu »wärmeren« Gefühlen. Die Studie belegt damit: Die Sortierung von Feeds kann emotionale Wahrnehmungen beeinflussen und damit Polarisierung verstärken (Josephine Schmitt, Center for Advanced Internet Studies).

Die Mitte-Studie und die Frage der Gleichwertigkeit

Die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die seit 2006 regelmäßig erscheint und das Kernkonstrukt der Ideologie der Ungleichwertigkeit ins Zentrum stellt, liefert den gesellschaftlichen Kontext für das, was in sozialen Medien zu beobachten ist. Die Studie 2024/25 zeigt: Jede*r vierte Befragte ist zumindest teilweise bereit, die Gleichwertigkeit von Menschen in Frage zu stellen, rund 6 Prozent werten mehrere Gruppen übergreifend ab. Rassismus, Antisemitismus, Hetero-/Sexismus und Klassismus hängen dabei eng zusammen (Mitte-Studie 2024/25, FES).

Zugleich gilt: 70 Prozent empfinden den zunehmenden Rechtsextremismus als Bedrohung für Deutschland. Was verbindet die Mitte-Studie mit den sozialen Medien? Die Bertelsmann-Stiftung hat in ihrer Studie »Digitalisiert, politisiert, polarisiert?« zur Bundestagswahl 2025 gezeigt: Videos von Parteien an den politischen Rändern werden von den Empfehlungsalgorithmen bevorzugt, während Beiträge der politischen Mitte seltener in den Feeds erscheinen (Bertelsmann-Stiftung, November 2025).

Mit anderen Worten: Der Algorithmus, der auf Emotion und Aufmerksamkeit optimiert, begünstigt tendenziell jene Inhalte, die Ungleichwertigkeit bedienen – nicht jene, die für Menschenwürde eintreten.

Bilden Redaktionen und Plattformen Debatten angemessen ab?

Vom Zerrspiegel zur verzerrten Wirklichkeit

Psychologinnen der New York University haben soziale Medien in einem Paper (Ende 2024) mit einer »Fabrik aus Zerrspiegeln« verglichen: Die Plattformen spiegeln nicht die gesellschaftliche Wirklichkeit wider, sondern verzerren sie. Das verzerrte Abbild kann auf die Nutzenden zurückwirken und als neue Norm erscheinen. Das könne zu Polarisierung führen, zu Feindseligkeit zwischen gesellschaftlichen Gruppen oder zur Unterstützung autoritärer Regime (netzpolitik.org, Juli 2025).

Besonders aufschlussreich ist ein Befund aus derselben Forschungsgruppe: Eine Studie zeigte, dass 97 Prozent der politischen Postings auf Twitter (heute X) von nur 10 Prozent der am stärksten polarisierten Nutzenden stammten – was bedeutet, dass gemäßigte Meinungen der Mehrheit in der digitalen Öffentlichkeit systematisch ausgeblendet werden (EKR/TANGRAM, zitiert nach Atske 2019).

Für den traditionellen Journalismus beschreibt Adam Mosseri eine ähnliche Asymmetrie: Instagram ist von der Plattform für persönliche soziale Verbindungen zur Plattform für Unterhaltungs- und Inhalte-Konsum geworden. Oder, wie Mosseri es in seiner Jahresend-Kommunikation 2025 formulierte: Das Unternehmen sei von der Ära des »Social Graph« (Menschen sehen Posts von Bekannten) über die Ära des »Interest Graph« (Menschen sehen, was der Algorithmus für interessant hält) in eine neue Ära des »Trust Graph«

eingetreten, in der Authentizität zur entscheidenden Währung wird (Om Malik, Januar 2026).

Das Verschwinden der Mitte im digitalen Diskurs

Das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ-RISC) beschreibt, dass digitale Medien extremen politischen Akteuren neue Möglichkeiten zur Mobilisierung eröffnen und durch ihre Aufmerksamkeitsökonomie die Zunahme von emotional-affektiver und konfliktorientierter Sprache fördern (FGZ-RISC, Arbeitspaket A_11). Dabei werden digitale »Polarisierungsunternehmer« beschrieben: Akteure, die gesellschaftliche Konfliktthemen gezielt aufgreifen und befeuern, um ihre politische Agenda zu mobilisieren.

Die Folge für die Abbildung von Debatten ist klar: Nuancierte Positionen, die Komplexität anerkennen, die Widersprüche aushalten, die keinen klaren Feind benennen – diese Positionen sind algorithmisch benachteiligt. Sie generieren weniger emotionale Reaktionen, weniger Weiterleitungen, weniger Watch-Time. Das ist die strukturelle Herausforderung für Friedensjournalismus und Friedenskommunikation: nicht nur eine inhaltliche, sondern eine technisch-ökonomische.

Wo kommen Friedensansätze mit pazifistischer Perspektive zu Wort?

Das strukturelle Schweigen des Friedens

In der Logik der Aufmerksamkeitsökonomie hat der Frieden ein Sichtbarkeitsproblem. Frieden ist kein Ereignis. Frieden ist das Ausbleiben von Eskalation. Es gibt keinen »Breaking News«-Moment des Friedens, kein viral gehendes Video der Deeskalation, kein empörendes Posting der Verständigung.

Kritische Medienwissenschaftlerinnen und Friedensjournalismus-Forscher wie Johan Galtung haben schon vor Jahrzehnten beschrieben, dass klassische Medien nach einer »Kriegslogik« operieren: sie neigten dazu, Konflikte stärker als einzelne Ereignisse denn als strukturelle Prozesse darzustellen. Soziale Medien potenzieren diese Tendenz durch ihre algorithmischen Verstärkungsmechanismen. Wer über Konflikt postet, wer Empörung auslöst, wer Feindbilder bedient – der bekommt Reichweite. Wer über Dialog postet, wer Nuancen zeigt, wer das Gemeinsame betont – der kämpft oft gegen den Algorithmus.

Ansätze, die dennoch funktionieren: Das yeet-Modell

Das yeet-Netzwerk hat in seiner Praxis festgestellt, dass Friedenskommunikation algorithmisch nur dann funktioniert, wenn sie die emotionale Logik der Plattformen nicht ignoriert, sondern umdeutet. Hier sind einige Beobachtungen:

Staunen statt Empörung: Inhalte, die ehrliches Staunen, Überraschung oder tiefe Berührung auslösen, können viral gehen – ohne Hass und Feindseligkeit. Das ist der emotionale Raum, den das yeet-Netzwerk bespielen will: Zweifel, Staunen, Begegnung.

Persönliche Geschichten: Adam Mosseri hat im Jahresendbericht 2025 explizit betont, dass Instagram 2026 »raw, real human content« priorisieren wird: authentische, unpolierte, menschliche Inhalte, die echte Perspektiven zeigen (MeetEdgar, März 2026). Das ist eine Chance für Friedenskommunikation. Wenn ein Mensch erzählt, wie er Versöhnung erlebt hat – das ist »raw content«.

Dialog-Formate: Der yeet-Podcast, in dem Expertinnen und Experten wie Klaus Eidenschink über Emotionen und Konflikte in sozialen Medien sprechen oder auch darüber, wie in einer Instagram-Community-Aktion die Follower zu Gast im Podcast waren, bedient ein algorithmisches Signal: Komplexität, die in Dialog-Form konsumierbar wird. Mosseri betont, dass Inhalte bevorzugt werden, die Gespräche starten und Verbindungen schaffen (Buffer/Hootsuite, 2026).

Bridging statt Filtering: Das Praeventionstag.de-Netzwerk beschreibt in einer Analyse sogenannte »Bridging-Algorithmen« als Alternative zu polarisierenden Empfehlungssystemen: Plattformen könnten ihre Algorithmen so ausrichten, dass sie Inhalte bevorzugen, die eine ausgleichende Wirkung haben und konstruktive Auseinandersetzungen fördern (Praeventionstag.de, Dezember 2023). Das yeet-Netzwerk praktiziert dieses Prinzip manuell – als menschliche Redaktion mit einem ethischen Kompass.

Haben Medien und Plattformen einen Kompass für Frieden und Kriegslogik?

Der fehlende Kompass der Plattformen

Die ehrliche Antwort lautet: Nein – oder bestenfalls: noch nicht. Mosseri selbst beschreibt in seinem Jahresendbericht vom Dezember 2025 ein Dilemma: Das Unternehmen weiß, dass Authentizität zur wichtigsten Währung wird – aber Au-

thentizität ist mittlerweile durch KI reproduzierbar. Instagram steht vor der Frage: Woran erkennt man echtes menschliches Erleben in einer Welt, in der KI jede Emotion simulieren kann? (Newsweek, Januar 2026).

Einen expliziten Kompass für Friedens- vs. Kriegslogik haben die Plattformen nicht. Ihr Kompass zeigt auf Engagement – und Engagement, so die Forschung, ist emotional. Wut und Empörung sind die emotionalen Treibstoffe, die am verlässlichsten Klicks, Likes und Weiterleitungen generieren.

Der Psychologe Jay Van Bavel (NYU) bringt es auf den Punkt: Plattformen könnten ihre Algorithmen problemlos so umgestalten, dass nicht länger die schrillsten Stimmen bevorzugt werden, sondern ausgewogenere und repräsentativere Inhalte. Genau das wünschten sich die meisten Menschen. Mit Blick auf das Finanzierungsmodell der größten Social-Media-Plattformen dürfte es jedoch unwahrscheinlich sein, dass Konzerne das freiwillig tun (netzpolitik.org, Juli 2025).

Das Dilemma christlicher Kommunikation

Für das yeet-Netzwerk ist dieses Dilemma real und täglich spürbar. Wir agieren auf Plattformen, deren strukturelle Logik unseren Werten widerspricht. Wir wollen für Gleichwertigkeit eintreten – aber der Algorithmus bevorzugt Ungleichwertigkeit, weil sie Emotionen erzeugt. Wir wollen Dialog fördern – aber der Algorithmus bevorzugt Monologe, die polarisieren.

Die theologische Tradition hat eine Antwort auf dieses Dilemma: Sie heißt Zeugnis (*martyria*). Zeugnis bedeutet nicht, in den Strukturen zu verschwinden, sondern in ihnen zu stehen und anders zu handeln. Es bedeutet nicht, die Plattformlogik zu ignorieren, sondern sie zu unterwandern – durch Authentizität, durch Menschlichkeit, durch Nächstenliebe, die sichtbar wird.

Der politische Kompass: Regulierung und Digital Services Act

Auf politischer Ebene gibt es erste Ansätze, Plattformen einen Kompass vorzuschreiben. Der Digital Services Act (DSA) der Europäischen Union verpflichtet große Plattformen zu mehr Transparenz über ihre Algorithmen und räumt Forschenden den Zugang zu Daten ein.

Die Europäische Kommission hat Ende Oktober 2025 neue Maßnahmen verabschiedet, die den Datenzugang für Forschende verbessern sollen (Science Media Center, Mai 2025). Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn Algorithmen transparent werden, können sie auch kritisiert und verändert werden. Das yeet-Netzwerk unterstützt solche Bestrebungen aus ethischen Überzeugungen: Medien, die öffentliche Meinungen formen, brauchen öffentliche Rechenschaftspflichten.

Welche Mythen treiben die Medien an?

Der Mythos der Neutralität

Einer der hartnäckigsten Mythen der Medienwelt lautet: Algorithmen sind neutral, sie spiegeln nur wider, was Menschen wollen. Diese These ist empirisch widerlegt. Forschende des Center for Advanced Internet Studies und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften haben dokumentiert, dass Plattformen aktiv kuratieren – und zwar nicht wertfrei, sondern nach den Kriterien Engagement und Werbeumsatz (Science Media Center 2025; ÖAW 2024).

Adam Mosseri hat dies indirekt bestätigt, als er im Mixed Signals-Podcast erklärte: Instagram evaluiert bei jedem neuen Post frühe Engagement-Signale und entscheidet dann, ob der Inhalt breiter verteilt wird. Er verglich diesen Prozess mit einer »Audition«: Der Inhalt muss zunächst eine kleine Testgruppe begeistern, bevor er mehr Reichweite bekommt (Pitchonnet, März 2026). Eine Audition ist kein neutraler Spiegel – sie ist ein Auswahlverfahren nach bestimmten Kriterien.

Der Mythos der Echokammer

Ein zweiter Mythos besagt, soziale Medien seien ausschließlich Echokammern, in denen Menschen nur hören, was sie ohnehin denken. Die Forschungslage ist hier differenzierter: Echokammern existieren bei bestimmten Plattformen stärker als bei anderen, und ihre Wirkung auf politische Einstellungen ist nicht eindeutig nachgewiesen (Hobolt et al. 2023; Morales et al. 2021, zitiert in EKR/TANGRAM).

Gleichzeitig gilt: Der Instagram-Algorithmus zeigt bewusst auch Inhalte von Accounts, denen man nicht folgt (Reels, Explore). Das Gegenteil der Echokammer ist also algorithmisch angelegt – nicht für Informationsvielfalt, sondern für Entdeckung von Inhalten, die Engagement versprechen. Diese Entdeckungslogik kann friedensorientierte

Inhalte befördern – wenn sie emotional berührend sind.

Der Mythos der Ohnmacht gegenüber dem Algorithmus

Ein dritter Mythos lautet: Kleine Accounts und zivilgesellschaftliche Akteure haben gegen den Algorithmus keine Chance. Mosseri hat diesem Mythos mehrfach widersprochen. Mit dem Konzept der »Trial Reels« – wo neue Inhalte einer kleinen Testgruppe aus Nicht-Followern gezeigt werden – hat Instagram ein System eingeführt, das gerade kleineren Accounts die Chance gibt, viralen Erfolg zu haben, wenn ihr Inhalt bei dieser Testgruppe ankommt (Hootsuite, Januar 2026).

Zudem hat Mosseri bestätigt: Follower-Zahl ist nicht die stärkste Einflussgröße für Reichweite. Was zählt, sind Engagement-Signale – Watch-Time, DM-Weiterleitungen, Likes pro Reichweite (MeetEdgar, März 2026). Das bedeutet: Eine hochwertige, authentische, Menschen berührende Geschichte aus dem yeet-Netzwerk kann algorithmisch genauso weit getragen werden wie die Inhalte eines Millionen-Accounts – wenn sie die richtigen Signale auslöst.

Der Mythos der Authentizität als Lösung

Ein vierter Mythos, der sich gerade 2026 verbreitet, lautet: Authentizität ist die Lösung. Mosseri hat mit seinem Jahresendbericht diesen Begriff in den Vordergrund gerückt. Doch Van Bavel und andere Forschende warnen: Authentizität ist, wie Mosseri selbst einräumt, mittlerweile KI-reproduzierbar. Die Plattformen haben noch keine verlässliche Methode, echtes menschliches Erleben von perfekt simuliertem Erleben zu unterscheiden.

Für das yeet-Netzwerk bedeutet das: Authentizität allein reicht nicht. Es braucht auch Gemeinschaft, Beziehung und Vertrauen – jene Qualitäten, die christliche Gemeinschaft seit Jahrhunderten kennt und übt.

Die yeet-Antwort: Friedenskommunikation als Gegenpraxis

Vom Monolog zum Dialog

Das yeet-Netzwerk versteht sich nicht als Broadcast-Medium, das Inhalte in den Äther schickt. Es versteht sich als Gemeinschaft, die Gespräche startet. Das ist kein Zufall, sondern

Strategie: Mosseri betont explizit, dass Inhalte, die Gespräche anregen und Verbindungen schaffen, algorithmisch bevorzugt werden (Buffer, 2026). Augenhöhe und Dialog sind nicht nur ethisch geboten – sie sind auch algorithmisch klug.

Die Ideologie der Gleichwertigkeit als Content-Strategie

Die Mitte-Studie zeigt, dass eine bedeutende Minderheit der deutschen Bevölkerung bereit ist, die Gleichwertigkeit von Menschen in Frage zu stellen. Das yeet-Netzwerk antwortet dem mit einer kontinuierlichen, kreativen, sozial-medial-tauglichen Gegenerzählung. Inhalte, welche konkrete Menschen zeigen – ihr Gesicht, ihre Geschichte, ihre Würde –, sind eine Form der Gleichwertigkeits-Praxis. In der Sprache der Mitte-Studie: Wir verbreiten eine Ideologie der Gleichwertigkeit. In der Sprache Jesu: Wir lieben den Nächsten wie uns selbst.

Emotionen als Brücke, nicht als Waffe

Die Forschung zeigt: Emotionen sind der Schlüssel zu Reichweite in sozialen Medien. Die Frage ist, welche Emotionen wir bedienen. Empörung schafft Distanz. Staunen verbindet. Mitgefühl öffnet. Freude lädt ein. Das yeet-Netzwerk arbeitet mit einem Begriff aus der christlichen Tradition: Nächstenliebe – Agape – als emotionale Grundierung der eigenen Kommunikation. Das ist keine Sentimentalität, sondern eine politische Praxis: In einer Medienlandschaft, die von Wut und Angst dominiert wird, ist Nächstenliebe eine subversive Kraft.

Authentizität durch Gemeinschaft

Mosseri hat recht: Authentizität wird zur wichtigsten Währung. Das yeet-Netzwerk hat eine Antwort auf die Frage, wie Authentizität gesichert wird: durch Gemeinschaft. Was nicht simuliert werden kann, ist ein Netzwerk realer Menschen, die reale Beziehungen führen, reale Konflikte erleben und reale Versöhnung wagen.

Die kirchliche Gemeinschaft ist in diesem Sinne ein Authentizitäts-Garant – nicht, weil die Kirche fehlerfrei ist, sondern weil sie in einer konkreten Geschichte verwurzelt ist und mit realen Menschen arbeitet.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Analyse zeigt: Soziale Medien sind kein neutrales Kommunikationsmedium. Ihre Algorithmen bevorzugen emotionale, polarisierende, konfliktorientierte Inhalte – weil sie Engagement erzeugen und damit Werbeeinnahmen. Adam Mosseri und Instagram sind sich dieses Dilemmas bewusst, wie der Jahresendbericht 2025 zeigt, haben aber noch keine strukturelle Lösung gefunden.

Friedenskommunikation muss in diesem Umfeld strategisch sein: Sie muss die Logik der Plattformen kennen, um sie zu nutzen. Sie muss Emotionen einsetzen – aber versöhnende, nicht spaltende. Sie muss authentisch sein – in dem Sinne, dass sie aus realen Beziehungen und Gemeinschaften kommt. Sie muss Gespräche starten, nicht nur Botschaften senden. Sie muss Kontinuität zeigen, nicht nur punktuelle Aktionen.

Das yeet-Netzwerk versteht sich als einen solchen Akteur: klein, aber wirksam; christlich verwurzelt, aber offen für alle; für Gleichwertigkeit streitend, aber mit Staunen statt mit Empörung. Die größte Herausforderung der nächsten Jahre wird sein, diese Praxis in einer Medienlandschaft aufrechtzuerhalten, in der Authentizität zunehmend simuliert werden kann. Die Antwort liegt nicht in besserer Technik, sondern in tieferen Beziehungen.

Literaturangaben

ARD/ZDF-Medienstudie 2025.

URL: <https://ard-zdf-medienstudie.de/>

Bertelsmann-Stiftung, Brücken bauen statt polarisieren: Wie Algorithmen den digitalen Diskurs verbessern können (04.12.2023). (URL: <https://bridging.reframetech.de/>).

William J. Brady u. a., Emotion shapes the diffusion of moralized content in social networks. Proceedings of the National Academy of Sciences (26.06.2017). (URL: <https://www.pnas.org/doi/10.1073/pnas.1618923114>).

Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ-RISC), Arbeitspaket A_11: Polarisierungsdynamiken in den sozialen Medien (Laufzeit: 06/2024 – 05/2029). (URL: https://fgz-risc.de/forschung/projekt Datenbank/details/A_11).

Om Malik, What is Instagram's Adam Mosseri really saying in his year-end memo? (01.01.2026). (URL: <https://om.co/2026/01/01/what-is-instagrams-adam-mosseri-really-saying-in-his-year-end-memo/>).

Pau Muñoz u. a., Quantifying polarization in online political discourse, in: EPJ Data Science 13 (05.06.2024). (URL: <https://link.springer.com/article/10.1140/epjds/s13688-024-00480-3#Abs1>).

Tiziano Piccardi u. a., Social Media Algorithms Can Shape Affective Polarization via Exposure to Antidemocratic Attitudes and Partisan Animosity (22.11.2024). (URL: <https://www.emergentmind.com/papers/2411.14652#paper>).

Tiziano Piccardi u. a., Reranking partisan animosity in algorithmic social media feeds alters affective polarization (28.11.2025). (URL: <https://arxiv.org/pdf/2411.14652>).

Bernhard Pörksen, Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung, München 2018

Karoline Tanck, Soziale Medien als Zerrspiegel der Gesellschaft, in: netzpolitik.org (23.07.2025). (URL: <https://netzpolitik.org/2025/psychologinnen-warnen-soziale-medien-als-zerrspiegel-der-gesellschaft/>).

Roland Verwiebe u. a., Die AfD dominiert TikTok – Studie zur Sichtbarkeit der Parteien in den Sozialen Medien, Universität Potsdam, 02.09.2024. (URL: <https://www.uni-potsdam.de/de/nachrichten/detail/2024-09-02-die-afd-dominiert-tiktok-studie-zur-sichtbarkeit-der-parteien-in-den-sozialen-medien>).

Roland Verwiebe u. a., Digitalisiert, politisiert, polarisiert? – Eine Analyse von Social-Media-Feeds junger Menschen zur Bundestagswahl 2025 auf TikTok, YouTube, Instagram und X, Bertelsmann-Stiftung, 03.11.2025. (URL: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/digitalisiert-politisiert-polarisiert>).

Matthieu Vétois, Die Psychologie hinter der Polarisierung: Welche Rolle spielen Social Media?, in: Tangram. Zeitschrift der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus EKR 48 (2024), 34–37. (URL: https://www.ekr.admin.ch/pdf/TANGRAM_48.pdf#page=34).

Andreas Zick u. a., Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25, hg. f. d. Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter, Bonn 2025. (URL: <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=159776&token=c046b94f061255878306ea930e95f1bee68c2006>). 

Alternative Portale – kritisch und kritikwürdig (Workshop-Bericht)

Gerd Bauz

Ja, auch Dich haben sie schon genauso belogen,
So wie sie es mit uns heute immer noch tun.
Und du hast ihnen alles gegeben:
Deine Kraft, Deine Jugend, Dein Leben.
Weit in der Champagne im Mittsommergrün ...

Hannes Wader

»Wie 2003 im Krieg gegen Irak dienen auch im aktuellen völkerrechtswidrigen Krieg Israels und der USA gegen Iran angeblich vorhandene Atomwaffen als Rechtfertigung. Der Lüge von Netanjahu und Trump, Iran habe kurz vor der Fertigstellung einer Atombombe gestanden und daher eine unmittelbare Bedrohung vor allem für Israel dargestellt, haben die US-Geheimdienste eindeutig widersprochen.«¹

Was sind die Fakten?

Die ZEIT hat 2018 die Frage gestellt: »Private Helfer retten Flüchtlinge und Migranten im Mittelmeer aus Seenot. Ist das legitim?«.² Darauf antwortete der Chefredakteur der *Titanic* Tim Wolff mit der Gegenfrage: »ZEIT-Mitarbeiter auf offener Straße erschießen?«. *Wie ist zu bewerten?*

Fakten fehlen, Maßstäbe geraten durcheinander – wir sind im Krieg. Oder im Vorkrieg bzw. in beidem. Den eigenen vorbereitend, den ukrainischen informell schon führend. »Vergeblich versuchen wir uns der Gewalt zu entziehen«, schreibt Christa Wolff eingangs ihrer *Kassandra*-Erzählung. Als späte Erkenntnis hält Kassandra fest, wie man etwas nur irgend unverrückbar festhalten kann:

»Wann Krieg beginnt, das kann man wissen, aber wann beginnt der Vorkrieg. Falls es da Regeln gäbe, müsste man sie weitersagen. In Ton, in Stein eingraben, überliefern. Was stände da. Da stünde, unter andern Sätzen: Lasst euch nicht von den Eignen täuschen.«

Kassandra findet einen Ausweg, den sie im Inneren ihrer Rolle als Frau, ihrer Einbindung in die Hierarchie und der Militarisierung Trojas erkennt. Für sie selbst zu spät. *Was ist zu tun?*

Das nach zwei Weltkriegen schmerzlichst errungene Gewaltverbot der UN-Charta bindet jede Regierung, alle Menschen und ebenso die Journa-

listenschaft unmittelbar und immer. Wer über Frieden oder Menschenrechte oder Demokratie berichtet und kommentiert, ist doppelt gefordert: professionell-journalistisch möglichst unabhängig, objektiv, allparteilich, und gebunden an den nicht verhandelbaren Wert, hier des Friedens. Wahrhaftig und wertorientiert bilden eine Einheit. Diese je konkret zu entdecken, herauszuarbeiten, zu schreiben oder zu sprechen, ist die Aufgabe von gutem Journalismus. *Wie geht Verantwortung?*

Wie wird die Medienlandschaft in Deutschland der Friedens-Aufgabe in den galoppierenden Kriegsgeschehen 2026 gerecht? *Diejenigen, die sehen, urteilen und handeln wollen – von wem können sie sich die Aussicht schildern lassen?* Das waren die Ausgangsfragen des Workshops.

Auf einer Skala von minus 5 bis plus 5 tendierten die Einschätzungen der Teilnehmenden im Austausch über die eigene Medienlektüre durchgehend sowohl bei den öffentlich-rechtlichen, den klassischen privaten wie bei den neuen Internet-Angeboten durchgehend im negativen Bereich. Insbesondere die Orientierung auf den Frieden, auf mögliche Wege, Auswege, Umstiege ins Zivile, wurde durchgängig als »unterbelichtet« eingeschätzt.

Beispiele im Positivbereich seien dünn gesät und kaum für ein einzelnes Medium durchgängig. Die Richtschnur des Völkerrechts, das Gewaltverbot, spiele oft kaum eine Rolle. Diese Fragestellung sei nirgendwo zu finden: Werde nicht auch ein Verteidigungskrieg völkerrechtswidrig, wenn er *ohne* gleichzeitiges ernsthaftes Bemühen um seine Beendigung geführt werde? Die Phase nach einer Kriegsbeendigung würde nur als militärisch-vermachtete, weiterhin imperiale Welt gedacht. Auf allen Seiten, so auch hierzulande, folgten die Medien mehr oder weniger der eigenen kriegführenden Regierung; es gebe dazu keine wirklichen Debatten. Der politisch-parlamentarische Raum werde abgebildet; noch so schlüssige friedensorientierte Lösungsvorschläge würden medial marginalisiert. Solche Vorschläge würden aber dringend gebraucht, soll sich die Entwicklung in permanente Kriege nicht fortsetzen.

Der Zusammenhang werde vernachlässigt, dass die militärische Verschleuderung gigantischer

Ressourcen bedeute, so dass die Klimakatastrophe, das Artensterben, die eskalierende Zerstörung der Grundlagen jedes Lebens auf unserem Planeten nicht mehr abgewendet werden könne. Auch fehle es an Empathie: jeder gelieferten Granate wohne ein Schießbefehl inne, sie bedeute einen zerfetzten Menschen. Während wir dies, wenn es weit hinten in der Ukraine geschehe, anscheinend noch gut aushielten, komme die Kriegsgefahr näher ...

Das politische, auch verfassungsrechtliche Ziel, das sich unmittelbar aus dem normativen Gewaltverbot der UN-Charta ergebe, sei aufgegeben worden: »Der Krieg als Institution muss in einer fortlaufenden Anstrengung abgeschafft werden«, wie es Carl Friedrich von Weizsäcker formuliert hat.

Kurz zusammengefasst lautete die Kritik am medialen Mainstream: a) Kriege werden als unvermeidlich dargestellt, b) die Friedensorientierung gilt als obsolet, c) einen Weg aus A nach B brauche man gar nicht erst zu suchen ... Es werde eine mediale Kriegs- und Vorkriegstrance erzeugt; trete man aus ihr heraus, könne man nur noch den Kopf schütteln.

Für Friedensinteressierte liegt es deshalb nahe, alles abzuscannen in der Suche nach konstruktiv-produktiven Ansätzen, dem Aufzeigen des bellizistischen Denkens (verstanden als dem Krieg verhaftet, befangen sein im »Mythos der erlösenden Gewalt«) und der Kritik an einem neuen Militarismus. Dieser drücke sich aus in »Kriegstüchtigkeit« ohne gleichzeitige Rüstungsbegrenzungsdiplomatie; in Äußerungen wie: »man müsse Russland ruinieren«; im Siegen-Wollen / Müssen, denn verhandeln – wolle ja die Gegenseite nicht; in der Ansage: es »muss jetzt auch für unsere Verteidigung gelten: whatever it takes« (Friedrich Merz, 04.03.2025); im Aufrüsten mit einer Verdreifachung der Marge auf jährlich fünf Prozent des Bruttosozialprodukts, nachgebend dem US-amerikanischen Druck, aber *ohne* konkrete militärische Fähigkeitsanalysen; ...

Die Suche nach guten Quellen wurde als nur bedingt erfolgreich beschrieben. Versagten die »großen« Medien durch das Ausblenden wichtiger Informationen, Analysen und Vorschläge, so verstellten die »kleinen«, die sogenannten alternativen, ihre Beiträge oft durch schrille Übertreibung und mangelnde Differenzierung. *Journalistische* Quellen (und nur um sie ging es im Workshop) seien fast durchgehend negativ geframt: der Mainstream als Lügenpresse, die Alternativen als Ver-

schwörungsgeschwurbel. Die je konkrete Überprüfung solcher Etiketten sei die Aufgabe der Suchenden. Sie bräuchten dafür Ambiguitätstoleranz, denn überall sei, mal mehr, mal weniger, Friedensdienliches zu finden. Die Dynamiken von Beschönigen/Verengen/Verschweigen bei »affirmativen« bzw. von Übertreiben/Polemisieren/Personalisieren bei den »kritischen« Medien machten das nicht einfacher. Interessant hierfür seien journalistische Persönlichkeiten, die das Feld gewechselt haben, jetzt als Selbständige arbeiten, weil ihre Beiträge in den Mainstream-Medien nicht mehr ankamen, z. B. Tilo Bernhardt (früher: *Phoenix*, *ZDF-Heute*, *SWR*), Ole Skambracks (früher: *MDR*, *WDR*, *SWR*), Dirk Pohlmann (früher: *arte*, *ZDF*, *ARD*; jetzt: *free21*).

Von den »alternativen« journalistischen Medien wurden hauptsächlich die *NachDenkSeiten* (NDS) als nützliche Quelle benannt. Deshalb wird auf sie kurz eingegangen. Sie wurden bereits 2003 von Albrecht Müller gegründet, als »das Tüpfelchen auf dem i meines Lebens«. Müller, Diplom-Volkswirt, Autor und Publizist, leitete 1972 den Wahlkampf Willy Brandts und anschließend die Planungsabteilung der Regierungen Brandt und Schmidt. Die *NachDenkSeiten* konzentrierten sich derzeit stark auf die Friedensfrage, vielleicht auch, um die AfD-Orientierten auf Distanz zu halten, die sich – völlig zu Recht, aber recht verquer – auch dafür interessieren. Trotzdem gelten die *NachDenkSeiten* als umstritten. Teils zu Recht, weil der oft polemische Zungenschlag Demokratie-Skepsis bei Gefährdeten bestärken könne. 2015 trennte sich der Mitgründer Wolfgang Lieb neben Kritik an Sprache und Argumentationsführung wegen unterschiedlicher Beurteilung der USA. Heute wäre dies vielleicht schon anders.

Das *Zentrum Liberale Moderne* (LibMod) schreibt, die *NachDenkSeiten* seien ein

»stark ideologisiertes, undifferenziert argumentierendes Medium, das radikale Widerständigkeit postuliert und als Scharnier für verschwörungstheoretisches Denken fungiert. Bei einzelnen Themen (fundamentale Medien- und Politikkritik, Vertretung der Position des diktatorischen Putin-Regimes, US- und Nato-Bashing, Corona) reiht man sich dabei bewusst in eine fundamentaloppositionelle Querfront ein. Man folgt einer Destruktionslogik, die als kritische Dekonstruktion ausgegeben wird.«³

Albrecht Müller antwortet:

»Was ist denn ideologisiert? [...] Ich stolpere schon über diesen ersten Punkt: Was ist ein ideologisches Medium? Gleiches gilt für den Vorwurf der undifferenzierten Argumentation. Weshalb sollen wir uns diese Etiketten anheften lassen? [...] Wir haben auf den Nachdenkseiten in der Tat Menschen die Möglichkeit zur Veröffentlichung ihrer Gedanken geboten, die wie wir selbst auch den Frieden mit Russland wollen. Wer das kritisiert, hat keine Ahnung davon, wie wichtig und schwer es war, Ausgangs der Sechzigerjahre mit der Entspannungspolitik zu beginnen und endlich die Konfrontation zwischen West und Ost abzubauen.«⁴

In einer weiteren Replik gehen die *NachDenkSeiten* auf die sehr problematische Vorgehensweise von LibMod ein.⁵

Im Folgenden seien einige interessante Quellen aufgelistet, um Etikettierungen aufzuheben, bunt gewürfelt:

Pressenza »ist eine internationale Presseagentur, die sich auf Nachrichten zu den Themen Frieden und Gewaltfreiheit spezialisiert hat« (Selbstbeschreibung), mit vielen Vertretungen in Europa, Nord- und Südamerika sowie in Moskau und Neu-Delhi.

Das *Ipg-Journal* wird herausgegeben vom Referat Globale und Europäische Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastraße 28, D-10785 Berlin.

Internetportale: *Telepolis*, *free21*, *multipolar*, *angeneradeaus*, *weltunordnung* u. a.

Internationales der bpb.de, Bundeszentrale für politische Bildung.

Die Serie »Friedensfragen« der *Frankfurter Rundschau*. Hier sei doch ein Kommentar eingestreut: Die Serie bringt nicht nur, aber häufig interessante Beiträge, während sich die FR-Friedens-Berichterstattung und -Kommentierung nicht vom Mainstream abhebt.

Der Feind-Sender RT. Er ist, einer Demokratie unwürdig, von unserer Regierung abgeschaltet, aber zu finden (URL: de-rt.org oder de-rt.com). Wer verhandeln will, will im Original (und nicht »eingeorde«) wahrnehmen, was und wie das offizielle Russland spricht und wie seine Propaganda aussieht.

Die Zeitschriften *Wissenschaft und Frieden*, *Blätter für dt. u. intern. Politik*, *Publik Forum*, *Friedens Forum*, *Zivilcourage*, *Verantwortung* u. a.

Interessante Autoren, die man eher suchen muss, findet man auf *Youtube*, *Podcasts*, *Instagramm*: Wolfgang Richter, Harald Kujat, Michael Lüders, Jürgen Todenhöfer, Klaus Mögling, Jonas Tögel u. a., *Streitkräfte und Strategien* bei NDR-Hörfunk.

Ein Beitrag aus *Die ZEIT* vom 26. Mai 2025 wurde hervorgehoben: »Der Russe kommt. Vielleicht«. Das sei bester Journalismus. Annika Joeres und Maxim Kireev hätten mit wenigen guten Nachfragen einige laufend medial präsentierte Kriegs- und Aufrüstungs-Treiber als Secondhand-ExpertInnen überführt, deren Gefahrenraunen aus einer NATO-Studie stamme, die sie nicht sehen durften, die deshalb Frage für Frage ihre Bedrohungsszenarien selber relativierten: Sönke Neitzel, Carlo Masala ebenso wie der Bundeswehrgeneral Carsten Breuer und die verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen Sara Nanni.

In der Workshop-Gruppe teilten mehrere mit, dass sie in den letzten Jahren ihr *ZEIT*-Abonnement gekündigt hätten und teils zu *Der Freitag* wechselten, der geschätzt werde, weil er eine breitere Debatte biete. Eine gute tägliche Berichterstattung nicht nur übers Kriegs- sondern auch übers Friedensgeschehen gebe es bei *Junge Welt*.

Da man die oft weit verstreuten journalistischen Perlen nicht alle selber suchen kann, wurde empfohlen, Newsletters zu abonnieren, die diese Vorarbeit leisten, z. B. beim *Internationalen Versöhnungsbund* (C.Ronnefeldt@t-online.de); oder bei der Initiative *Sicherheit neu denken*.

An zwei thematischen Beispielen wurde verdeutlicht, dass es alternative und direkte Wege braucht, um sich verlässlich informieren, orientieren und handeln zu können.

Aus einem kleinen »Antikolonialistischen Friedensweihnachtsmarkt« in einer evangelischen Kirchengemeinde in Darmstadt am Dritten Advent 2024 wird ein großes Medien- und Institutionsversagen. Eine Aktivistin sendet über den auf die israelische Regierung orientierten Verein *Honestly Concerned* Bilder von angeblichen Hamas-Symbolen auf Schlüsselanhängern an die *Bild-Zeitung*. Diese kommt am nächsten Tag ohne eigene Recherche mit der Überschrift heraus: »Antisemitismus-Skandal in Darmstadt. Juden-

hass auf dem Kirchen-Weihnachtsmarkt«. Soweit, so erwartbar. Das mediale Versagen folgt in den nächsten Tagen, als führende Leitmedien (FAZ, Die Welt, Tagesschau, Spiegel, Focus, NZZ u. a.) das Bild-Narrativ ungeprüft übernehmen und weitertragen. Parallel in ähnlicher Weise scheitern auch der Oberbürgermeister, die lokale Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau an dieser Herausforderung. Dies alles ist nicht aufgearbeitet, aber dokumentiert bei Hartmut Vinçon (*Kirche unter Druck*).⁶

Vor nun schon einem langen Jahr, am 20. Mai 2025 wurde auch der Berliner Journalist Hüseyin Doğru neben Jacques Baud und ca. 50 anderen auf die Liste der außenpolitischen »Russlandsanktionen« gesetzt. Ihm und seiner Familie (und neuerdings auch seiner Mutter) werden die Konten gesperrt, niemand darf ihn unterstützen oder mit ihm zusammenarbeiten, er darf das Land nicht verlassen, nicht arbeiten. Entschieden hat dies die EU-Kommission, deutsche Banken und Behörden setzen es um – es gab und gibt keinen Verwaltungsakt oder eine Anklage, kein Gericht, keine Verteidigung, keine Beweise, keinen Prozess, kein Urteil, keine Widerspruchs- oder Klagemöglichkeit. Dies klingt unglaublich, es ist aber so.

Eine Tatsache ist leider auch, dass bisher kein Aufschrei erfolgt. Im Gegenteil: es wird berichtet, dass viele abwehren, sich damit zu befassen, auch JournalistenkollegInnen! Es sind die sog. alternativen Medien, wo man sich die Fakten zusammensuchen musste, und die AfD stellt die parlamentarische Kleine Anfrage. Sollte dies das eigene Hinschauen blockieren, wenn als erste die »Falschen« Alarm rufen?

Die Vorwürfe der EU-Kommission gegen Herrn Doğru lauten: »tiefe strukturelle Beziehungen zu Einrichtungen der staatlichen russischen Medien«, »systematisch falsche Informationen über politisch kontroverse Themen«, er säe »politische und religiöse Zwietracht« und unterstütze »Handlungen der Regierung der Russischen Föderation«. Herr Doğru bestreitet das, bekommt aber keinen Ort, wo er es vortragen könnte. Ja, und wenn es so wäre? Er darf das! Er ist geschützt vom Kernrecht der Demokratie, dem Artikel 5 unserer Verfassung, als Journalist allzumal.⁷ Oder bastelt er Drohnen?

Die Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung sieht sich herausgefordert, tätig zu werden. Endet nicht das bekannteste Zitat Martin Niemöllers mit dem

Satz: »Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.« Klar – es wird niemand »geholt«! Aber die Einschränkungen des demokratischen Handelns nehmen zu. Sind wir nicht auf der Straße mit der Parole: »Nie wieder ist jetzt!«? Gilt das auch, wenn das Übel von Oben kommt?

Am Ende des Workshops schwenkt der Blick in die einschlägige Literatur. Dort zeigt sich vieles des Zusammengetragenen als bestätigt. Wilhelm Kempf sieht durch empirische Studien belegt, dass die vorherrschende Berichterstattung den bereits von Johann Galtung kritisierten Nachrichtenfaktoren folgt: Negativismus, Personalisierung und Eliteorientierung.⁸

Die Herangehensweise in Information und Kommentar sollte sich an den Prinzipien der Friedenslogik von Prof. Hanne Margret Birkenbach orientieren.⁹ Das Problem ist nicht im Gegner, sondern in der destruktiven Konfliktodynamik zu suchen usw.

Eine Anlage mit Links zu den besprochenen Medien und Themen ist hier abrufbar, aktualisiert nach der Tagung:

<http://www.bonhoeffer-niemoller-stiftung.de/Alternative-Medien.pdf>



Anmerkungen:

¹ Andreas Zumach, *Das Gerede über eine europäische Atomstreitkraft* (15.05.2026) (URL: <https://www.infosperber.ch/politik/welt/das-gerede-ueber-eine-europaeische-atomstreitkraft>).

² Caterina Lobenstein u. Mariam Lau, *Oder soll man es lassen? Private Helfer retten Flüchtlinge und Migranten im Mittelmeer aus Seenot. Ist das legitim? Ein Pro und Contra*, in: *DIE ZEIT* Nr. 29/2018 (11. Juli 2018).

³ Markus Linden, *Gegenmedien als Radikalisierungsmaschine. Fallstudie 1: Vom Aufklärungs- zum Querfront-Medium? Die Nachdenkenseiten als Träger von Ideologie, Scharnier für Verschwörungstheorien und Agenda-Setzer der radikalen Systemopposition* (URL: <https://gegenmedien.info/fallstudie-1-nachdenkenseiten/#intro>).

⁴ Harald Neuber im Gespräch mit Albrecht Müller, »Negatives Bild von Leitmedien ist doch nicht unsere Schuld« (25.06.2022) (URL: <https://www.telepolis.de/article/Negatives-Bild-von-Leitmedien-ist-doch-nicht-unsere-Schuld-7153586.html?seite=all>).

⁵ Vgl. Florian Warweg, »Gegneranalyse« – Das Bundesfamilienministerium finanziert ein Überwachungs- und Diffamierungsportal gegen kritische Medien (01.07.2022) (URL: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=85379>).

⁶ Vgl. Hartmut Vinçon, Kirche unter Druck. Wie und warum BILD aus einem »Antikolonialistischen Friedensweihnachtsmarkt« einen »Antisemitischen Weihnachtsmarkt« machte. Mit einem Gastbeitrag »Evozierender Journalismus« von Dieter Becker, Frankfurt a. M. 2025.

⁷ Vgl. Art. 5(1) GG: »Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.«

⁸ Wilhelm Kempf, Friedensjournalismus. Grundlagen, Forschungsergebnisse und Perspektiven, Baden-Baden 2021, 131.

⁹ Vgl. Hanne-Margret Birckenbach, Friedenslogik verstehen. Frieden hat man nicht, Frieden muss man machen (2023), Frankfurt a. M. (2. Aufl.) 2026.



Kognitive Kriegsführung – Kriegspropaganda

Prof. Dr. Sabine Schiffer

Einstiegsfragen: Wer hat's gesagt/geschrieben?

Zitat 1:

»Natürlich, das einfache Volk will keinen Krieg; weder in Russland, noch in England, noch in Amerika, und ebenso wenig in Deutschland. Das ist klar. Aber schließlich sind es die Führer eines Landes, die die Politik bestimmen, und es ist immer leicht, das Volk zum Mitmachen zu bringen, ob es sich nun um eine Demokratie, eine faschistische Diktatur, um ein Parlament oder eine kommunistische Diktatur handelt. [...] [D]as Volk kann mit oder ohne Stimmrecht immer dazu gebracht werden, den Befehlen der Führer zu folgen. Das ist ganz einfach. Man braucht nichts zu tun, als dem Volk zu sagen, es würde angegriffen, und den Pazifisten ihren Mangel an Patriotismus vorzuwerfen und zu behaupten, sie brächten das Land in Gefahr. Diese Methode funktioniert in jedem Land.«

Zitat 2:

»Die bewusste und zielgerichtete Manipulation der Verhaltensweisen und Einstellungen der Massen ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Gesellschaften. Organisationen, die im Verborgenen arbeiten, lenken die gesellschaftlichen Abläufe. Sie sind die eigentlichen Regierungen in unserem Land. Wir werden von Personen regiert, deren Namen wir noch nie gehört haben. Sie beeinflussen unsere Meinungen, unseren Geschmack, unsere Gedanken. Doch das ist nicht überraschend, dieser Zustand ist nur eine logische Folge der Struktur unserer Demokratie: Wenn viele Menschen möglichst reibungslos in einer Gesellschaft zusammenleben sollen, sind Steuerungsprozesse dieser Art unumgänglich.«

Auflösung: Zitat 1 stammt von Hermann Göring, Zitat 2 von Edward Bernays.

Propaganda und Propagandaforschung

Ohne Propaganda ist die Lenkung der öffentlichen Wahrnehmung nicht möglich; dazu dienen Sprache und Bilder und deren Zeigefunktion, um Aufmerksamkeit zu steuern. Ohne Medien, die die Propaganda transportieren, ist weder Lifestyle- noch Kriegspropaganda möglich. Und da-

rum bilden Medien die erste Zielgruppe der strategischen Kommunikation von politischen Akteuren ebenso wie von großen Verbänden, Think Tanks und anderen Lobbygruppen.

Aus der Propagandaforschung wissen wir, dass die jeweiligen neuen Medien auch direkt für die strategische Kommunikation eingesetzt wurden. Plakate, Radio, Film und Fernsehen, – heute ist es das Internet und alles zusammen. Ganz aktuell sind die Lego-Videos im Irankrieg im Gespräch, die ein Modell für KI-generierte Propaganda aufzeigen, während aus der Forschung die subtilen Methoden von grauer PR, altbewährter PsyOps von Geheimdiensten bis hin zum Einsatz von Bots und anderen Cyberwar-Aktivitäten von allen Seiten bekannt und dennoch oftmals unerkannt sind. Der Journalismus müsste sich viel mehr mit Erkenntnissen aus dem *Information Warfare* befassen, um diesen auch dann erkennen zu können, wenn er nicht aus Russland oder China, sondern aus den USA und Israel stammt.

Um die subtilen Infiltrationen des Dominanzdiskurses vonseiten der Mächtigen dieser Welt bis hinein in die Alltagsdiskurse und die Köpfe der Medienmachenden wie Mediennutzenden soll es im Folgenden gehen. Relevante Klassiker in dem Kontext seien hier vorausgesetzt: Jacques Ellul, Gustave Le Bon, Rainer Mausfeld, George Lakoff und Elisabeth Wehling, Anne Morelli, Arthur Ponsonby, Ed Herman und Noam Chomsky, Umberto Eco, Jörg Becker u.v.m. Und manche Fiktion kommt der real existierenden Propaganda näher, als Medien als vermeintliche Vierte Gewalt, wovon Aldous Huxley und George Orwell zeugen. Der Diskursmonitor der Universität Siegen trägt aktuelle Diskursbeobachtungen zusammen, ganz im Sinne machtkritischer Forschung.

Medien und strategisches Framing

Plumpe Propaganda stößt meist auf Widerstand – wie oft auch invasive Werbung. Darum wird viel Arbeit in *Soft Power* gesteckt, wo die Werbebotschaften subtil verpackt werden – da wird Sozialabbau als »Stärkung des Arbeitsmarkts« verkauft oder Aufrüstung als »Verteidigungsmaßnahme« oder gar Kriegsvorbereitung als »Prävention«. Bei allem – und egal wie technisch ausgereift der IT-gestützte Informationskrieg auch sein mag – ist

die Basis die Zeichenlehre (Semiotik), die unsere Aufmerksamkeitssteuerung erklärt.

Sprache und Framing – also Zeigen, Ausblenden und Einfärben – spielen die zentrale Rolle. Unter Frames versteht man mentale Repräsentationen, die die Wahrnehmung lenken (vgl. Urs Dahinden, Jörg Matthes, George Lakoff),¹ – also Rahmen bzw. Schablonen, in denen gedacht wird. Man kann zwar nicht nicht framen, weil wir uns alle vorstrukturierter Sprache und kollektiver Symbole bedienen müssen. Davon zu unterscheiden ist jedoch klar das strategische Framing der möglichst unerkannten, subtilen Rahmumgebung oder gar das Spinning der PR, das der Sache einen Dreh geben soll. In der Medienkritik wird oft nicht unterschieden, ob ein unbewusstes Framing vorliegt oder ein absichtsvolles – sprich, ob es sich um Einflüsse der Fünften Gewalt (vgl. den Beitrag »Die Medien in den Kriegen – Treiber oder Getriebene?«) in den Medien handeln könnte.

Bei den folgenden Beispielen geht es um die Wiedererkennbarkeit von Mustern als Beitrag zur qualitativen Propagandaforschung – nicht um verallgemeinernde Aussagen. Aber wir alle, natürlich auch Journalisten, haben Frames im Kopf, zum Beispiel den von der »erlösenden Gewalt«, wovon wir im Beitrag von Prof. Thomas Nauwerth erfahren haben. Die Heroisierung »erlösender Gewalt« lässt sich an Filmen wie auch Games gleichermaßen studieren.

Framing ist häufig bereits in der Wortwahl feststellbar, was durch Gegenproben leicht ermittelt werden kann: Der Austausch von Akteuren, Ländern oder Begriffen hilft falsche Prämissen oder Propaganda zu entlarven. Wegweisend war in dem Kontext die Analyse »Asymmetrische Berichterstattung« westlicher Medien von Serge Halimi und Pierre Rimbart, die am 8. August 2019 in *Le Monde Diplomatique* erschien und aufzeigte, wie unterschiedlich ein vergleichbares Ereignis – nämlich der Abschuss eines Passierflugzeugs – durch die Wortwahl bewertet, also geframed, wurde. Die Empörung beim sowjetischen Abschuss schlug sich in Worten wie »Mord«, »Gräueltat«, »brutal«, »barbarisch« und »kriminell« nieder. Verständnisvoller klang der Abschuss von US-Seite mit Worten wie »irrtümlich«, »tragisch« und sogar »verständlich«. Auch wechselte die Berichterstattung in den Passivmodus, wo mit einem fragendenden Titel wie »Warum es geschah« das handelnde Subjekt ausgeblendet wurde. Diese Praxis der *Agent Deletion* findet sich häufig bei Feindbildern, wie wir einleitend von

Uwe-Karsten Plisch bereits hören konnten. Wie Feindbilder medial gepflegt werden, wird hier ebenfalls deutlich, – dabei spielt das Feindbild Islam im deutschen Diskurs mal offener, mal verdeckter eine zentrale Rolle.²

Und wie man Framings aufdecken kann, schauen wir uns im Folgenden an – wobei sich die Methode der Gegenprobe (Substitution von Bezeichnungen im Kontext) besonders herauskristallisiert. Einige exemplarische Gegenüberstellungen sind prototypisch und können als Modell dienen.

Gegenproben zu Framing durch Wording

Terrorist – Rebell – Freiheitskämpfer; Sondervormen – Kriegskredite; annektieren – übernehmen/kontrollieren; Gaza-Flotilla stoppen und Teilnehmer festnehmen – Piraterie in europäischen Gewässern und Entführung der Teilnehmer; US-Militäreinsatz in Venezuela – völkerrechtswidrige Entführung von Staatschef Maduro; völkerrechtswidriger Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine – Militäroperation gegen den Iran, (aber auch kritischer:) Angriff auf den Iran ...

Framing durch Weglassen/Ausblenden

Wie man Verantwortliche ausblendet, haben wir schon erfahren. Eine Passivkonstruktion ist aber immerhin noch erkennbar, während das Ausblenden wichtiger Fakten schwerer zu ermitteln ist, wenn man sich mit der Thematik nicht besser auskennt. Das konnten wir am Sudan-Beispiel von Stephan Hebel gut nachvollziehen, wobei er als guter Journalist gewusst hat, dass er weitersuchen muss. Durch Medienvergleiche, auch und gerade mit dem Ausland, kann man auf weggelassene Fakten, die relevant sind, um einen Sachverhalt richtig einordnen zu können, stoßen. Ansonsten bleiben nur die *Fact Finding Commissions* nach dem Desaster.

So weist die *Los Angeles Times* am 27.03.2016 explizit darauf hin, dass in Syrien die islamistischen Gruppen aus den USA unterstützt werden: »In Syria, militias armed by the Pentagon fight those armed by the CIA«. Ohne diese Fakten kann der Regime-Change als rein syrischer Aufstand geframed werden. Der Journalist Can Dündar, der im deutschen Exil lebt, hatte über Waffenlieferungen nach Syrien durch den türkischen Geheimdienst MIT berichtet und wurde deshalb verhaftet. Das hätte Anlass sein können, weitere Geheimdienstbeteiligungen zu recherchieren,

denn auf dieser Ebene finden gewöhnlich supranationale Kooperationen statt.

Das Einsetzen der Berichterstattung wird häufig als Initialereignis wahrgenommen, was Kontext und Gründe auszublenden vermag. So setzt die Beobachtung in der Ukraine oft erst mit der russischen Annexion der Krim 2014 oder dem sog. Euro-Maidan ein, während der Streit um das EU-Assoziierungsabkommen 2013 eine nicht unwesentliche Rolle in dem Konflikt gespielt hat. Es verlangte eine Entscheidung der ukrainischen Regierung für eine Wirtschaftskooperation mit dem Westen gegen Russland – also entweder ... oder –, was mit Blick auf die sehr unterschiedlich entwickelte Industrie in der Ost- und der Westukraine keine vernünftige Option war.³

Ein weiteres Beispiel aus Osteuropa stellt der Kaukasus-Krieg 2008 dar, der während der Eröffnung der Olympischen Spiele in Peking mit dem georgischen Angriff auf Südossetien begann, das unter internationaler Kontrolle stand.⁴ Das mediale Initialereignis stellte jedoch die russische Reaktion dar, die bis heute immer wieder als Aggression ohne Anlass geframed wird. Die Brüsseler PR-Agentur *Aspect Consulting* hatte alles orchestriert für Micheil Saakaschwili, der Georgien in die EU führen wollte. Die spätere Vereinnahmung der abtrünnigen georgischen Republik durch Russland stellt wiederum einen Völkerrechtsbruch dar. Das gefälschte ARD-Interview von Thomas Roth mit Präsident Putin, das angeblich nur gekürzt wurde, aber durch das Weglassen eines wichtigen Aussageteils Russland zum willkürlichen Täter machte, war sicher eine negative Ausnahme im medialen Umgang mit dem Krieg und wurde später korrigiert – aber Korrekturen, zumal sie oft nur im *tagesschau*-Blog zu finden sind, erreichen nicht die gleiche Aufmerksamkeit wie das prominent platzierte Fake.⁵

Im sog. Nahen Osten lässt sich in Dauerschleife das Definieren von Initialereignissen beobachten, die vermeintliche Reaktionen legitimieren und Kontext ausblenden – mit einer klaren Unterscheidung zwischen Freundbild und Feindbild. So gilt der Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 als nicht-kontextualisierbar, während die Vernichtung Gazas prominent zu diesem Datum in Bezug gesetzt wird, obwohl diese Strategie – wie u. a. Dokumente aus dem *Misgav Institute* belegen – auch vorher schon erkennbar war.

Das Wording »Nahost« stellt natürlich ein eigenes Framing dar, das den eurozentrischen Blick auf die Region verrät. Ebenso »Nahost-Konflikt«, der

eine Symmetrie zwischen Israelis und Palästinensern suggeriert, die es faktisch nicht gibt.

Framing durch Addieren irrelevanter Information (Markierung)

Der Berliner *Tagesspiegel* vom 8. März 2026 arbeitet bei der Darstellung einer Karte zu Angriffen im Irankrieg u. a. mit einer Zusatzmarkierung, wo Israel als »jüdischer Staat« bezeichnet wird. Dort heißt es in Bezug auf den »Militärschlag« (sic!) Israels und der USA auf den Iran: »Das Regime in Teheran reagiert mit Attacken auf den jüdischen Staat und US-Militärbasen in der Region.« Während einige Medien die US-Basen als Ziel iranischer »Militärschläge«, um das Wording nochmal aufzugreifen, einfach ausgeblendet und die Attacken als Angriffe auf die Nachbarstaaten geframed haben, bringt der *Tagesspiegel* den Fakt korrekt, bietet jedoch mit der Bezeichnung »jüdischer Staat« das bereits lange einstudierte Framing eines Angriffs des Irans auf Juden an, – womit wir uns in einem anderen Rahmen befinden, als wenn es sich um die Reaktion auf einen israelisch inspirierten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg handelt.

Wie solche Zusatzmarkierungen ins Antisemitische abgleiten können, zeigte ein Bertelsmann-Newsletter von 2003, in dem darauf hingewiesen wurde, dass der »jüdische Medienmogul Haim Saban« deutsche TV-Sender kaufen wolle, um die Israel-Berichterstattung positiv zu beeinflussen. Da es Saban selbst so sagte, fühlte sich die Redaktion berechtigt, die Markierung Sabans als »jüdisch« beizubehalten. Eine journalistische Prüfung hätte jedoch Folgendes ergeben: es gibt jüdische Kritiker Israels und nichtjüdische Fans, wie etwa den Springer-Verlag, der als Tendenz-Betrieb eine Solidaritäts-Erklärung seiner Mitarbeitenden zu Israel verlangt. D. h. das Merkmal »jüdisch« ist für die Medienarbeit Haim Sabans irrelevant, suggeriert aber einen Zusammenhang, der Verschwörungstheorien befeuert. Hier beginnt Antisemitismus.

Darum verdienen Markierungen ohne Relevanz – aber mit Relevanzsuggestion – besondere Aufmerksamkeit, ob es um jüdische, muslimische oder der Hamas zugeschriebene Akteure geht sowie darüber hinaus. Die Ergänzung »Hamas-kontrolliert« in Gaza oder »Hisbollah-nah« im Libanon dienen nicht selten der Legitimierung von Kriegsverbrechen oder aber der Entwertung von Zeugenaussagen – Labels wie diese sind bereits bekannt; so hat die Bezeichnung »Rebellenhochburg Falludscha« im völkerrechtswidrigen

Angriffskrieg gegen den Irak 2003 dazu beigetragen, dass diese dicht bevölkerte Stadt als legitimes Kriegsziel erschien und vernichtet wurde. Durch die Übernahme solcher Spins können Medien zu Komplizen im Informationskrieg werden. Gegenproben zeigen zudem schnell, dass nicht alles extra gelabelt wird; sondern es sich wiederum um Freund- oder Feindmarkierungen handelt.

Framing durch Anordnung/Reihenfolge

Laut *Deutschlandfunk*-Nachrichten vom 14. April 2026 habe der Krieg im Iran zu einer Eskalation im Libanon geführt. Natürlich könnte man hier auch das Wording kritisieren, weil »völkerrechtswidriger Angriffskrieg« fehlt, wie bei Russland üblich und richtig, oder auch die Dauerverletzung libanesischer Grenzen und regelmäßiger Überfälle von israelischer Seite nicht kritisiert werden. Hier soll der Fokus aber nicht auf *Agent Deletion* und das eigentliche Initialereignis liegen, sondern auf der angebotenen Anordnung der Ereignisse. In der Subjektposition steht hier der Iran, so dass die Besetzung des Libanon wie eine Reaktion aussieht und nicht zum Plan des Greater Israel gehört, wie ihn die israelische Regierung bereits international vorgestellt hat und wozu die erweiterte Besetzung des syrischen Golan nach dem Sturz des Assad-Regimes eine wichtige Voraussetzung geschaffen hat. Bei der Verschleierung dieser Absicht, die in israelischen Medien diskutiert wird, hilft natürlich die verbale Fokussierung auf das Angriffsziel »Hisbollah« (s. o.), die aus israelischen Pressemeldungen stammt und die Völkerrechtsverstöße irgendwie legitim erscheinen lassen soll.

Selten wird das Anordnungs-Framing so explizit bedient wie hier. Aber immer hat die Reihenfolge in der medialen Darstellung – und man muss sich nun einmal für eine bestimmte Montage entscheiden – auch starkes Suggestionspotential in Sachen Kausalität; denn wir alle haben die Ur-syntax Subjekt-Prädikat-Objekt verinnerlicht. Umordnung durch Schnitt und Neumontage ist ein medienpädagogisch gutes Mittel, um das jeweilige Framing besser erkennen und dessen Wirkpotential einschätzen zu können.

Framing for War?

Inzwischen werden wir täglich geflutet mit Begriffen und Bildern, die den Militarismus normalisieren. Lange vor dem russischen Angriff auf die Ukraine und der Propagierung von »Kriegstüchtigkeit« statt »Wehrfähigkeit«, titelte der Spiegel

am 20. November 2006 »Die Deutschen müssen das Töten lernen«, – begleitet von einer Kampagne, die Bundeswehrsoldaten in Afghanistan als helfende Ärzte zeigte und GIs, die Kindern Spielzeug schenkten. Inzwischen befinden wir uns verbal bereits im Krieg, mindestens in einem »asymmetrischen« oder »hybriden«. Diese sind natürlich nicht exklusiv, wie ja insgesamt Propaganda sowohl in autoritären wie demokratischen Systemen zu Hause ist. Wenn davon die Rede ist, kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Machtverhältnisse anders herum sind als behauptet. Aber genau die Machtanalyse fehlt zu oft in unseren Medien.

Freundbild und Feindbild sind diskursive Framings und kein Journalismus

Auch wenn sich die USA gerade sehr zu bemühen scheinen, als Feind von Frieden und Freiheit wahrgenommen zu werden, und das schutzbefohlene Israel Menschheitsverbrechen begeht: an der Einteilung in Freund und Feind scheint für die deutsche Politik nicht zu rütteln zu sein – die Doppelstandards der Bewertung sind auch bei Verurteilung des »Großangriffs« auf den Iran sichtbar und ergeben sich in einseitigen Forderungen, werden jedoch von Medien gar als Diplomatie geframed. Man hält weiterhin daran fest, dass die Pressearbeit Israels glaubwürdiger sei als die von palästinensischen oder iranischen Vertretern. Dabei sollte man allen misstrauen, wie die Propagandaforschung lehrt (vgl. den Beitrag »Die Medien in den Kriegen ...«).

Freund- und Feindbild gibt es auch beim Blick auf Russland und die Ukraine, wobei bei letzterem das Paradox entsteht, dass es viel empathische Berichterstattung über ukrainische Kriegsoffer gibt, gleichzeitig aber der Kampf bis quasi zum letzten Ukrainer, wie ihn die deutsche Politik unterstützt, nicht in Frage gestellt wird. Wer aber nicht von Medienseite nicht von seiner Möglichkeit des »Speaking Truth to Power« Gebrauch macht, verhält sich nicht als Journalist, sondern als Megaphon. Das Symptom eines größeren Medienversagens ist der sogenannte Verlautbarungsjournalismus, also PR. Dazu gehört auch die Instrumentalisierung ausgewählter Experten, die eher als Kronzeugen gehandelt werden für die Bestätigung der Redaktionslinie. Die stereotype Auswahl derselben spricht Bände: Carlo Masala, Nico Lange, Christian Mölling. Dazu gehören auch prominent eine Reihe weiblicher Fürsprecherinnen für Kriegs»lösungen«, die den feministischen Spin in der aktuellen Kriegspropaganda verkörpern: v. a. Jessica Berlin, Claudia Major,

Florence Gaub.⁶ Denn, den vergleichsweise jungen Frauen haftet ein gewisser Modernitäts-Frame an, während »alte weiße Männer« nicht mehr unbedingt die Vertrauensträger unserer Gesellschaft darstellen.

Medien als Kriegspartei statt als Vierte Gewalt

Die Fünfte Gewalt ist sehr gut darin, unerkannt die öffentlichen Diskurse zu infiltrieren – am effektivsten da, wo Medien ihre Werbebotschaften noch journalistisch veredeln. Die Vierte Gewalt ist weit schlechter darin, Lobbyismus und graue PR zu erkennen und deren Tools und Techniken zu entlarven – eher geriert man sich als Kriegspartei. Hier gibt es Ausbildungs- und Fortbildungsbedarf, aber zunächst einmal überhaupt mehr Problembewusstsein.

Der Krieg um die Köpfe scheint aber nicht so erfolgreich zu sein, wie die Dauer-Bombardierung mit Hiobs-Werbebotschaften für mehr Aufrüstung und Kriegseinsätze glauben machen könnte. Laut diverser Umfragen lehnt die Mehrheit in Deutschland Militarisierung und Krieg ab – Mehrheiten, die stabil sind, und auf die sich die Politik weit weniger beruft als bei anderen Themen. Darum eine Frage/These zum Schluss:

Alle erkennbaren Bemühungen strategischer Kommunikation, Krieg als kommende Option in einer Verteidigungssituation – allerdings mit wechselnden Orten, Gründen und Akteuren – darzustellen, die in den Medien ihren Niederschlag finden, scheinen nicht zu fruchten: Die Mehrheit der Bevölkerung hält an ihrer Ableh-

nung von Krieg fest, wenn man den aktuellen Umfragen Glauben schenken darf. Tragen unsere Medien also hier zur Aufklärung bei? Oder eher zur Ruhigstellung? Denn, wenn die Gefahrenlage so akut ist oder man diese für inszeniert hält, dann müsste es doch sichtbare Reaktionen des Protests geben oder zumindest sichtbarere als jetzt. Oder?

Anmerkungen:

¹ Vgl. Urs Dahinden, *Framing. Eine integrative Theorie der Massenkommunikation*, Konstanz 2006; George Lakoff u. Elisabeth Wehling, *Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht*, Heidelberg 2008; Jörg Matthes, *Framing. Konzepte. Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaft*, Baden-Baden 2014.

² Sabine Schiffer, *Die Darstellung des Islams in den Medien. Sprache, Bilder, Suggestionen*, Baden-Baden (2. Aufl.) 2023.

³ Ronald Thoden u. Sabine Schiffer (Hg.), *Ukraine im Visier. Russlands Nachbar als Zielscheibe geostrategischer Interessen*, Frankfurt a. M. 2014.

⁴ Vgl. *Report of the Independent International Fact-Finding Mission on the Conflict in Georgia*. (URL: https://archive.org/details/IIFFMCG_Volume_I_2009).

⁵ Vgl. Jens Berger, *Das Interview*, 31.08.2008 (URL: <https://web.archive.org/web/20140326113414/http://www.spiegelfechter.com/wordpress/392/das-interview>). Vgl. auch Karl-H. Walloch, *Manipuliertes Interview [Leserbrief]*, in: *Leipzigs Neue* 15 (September 2008), 2 (URL: <https://www.leipzigs-neue.de/archiv/LN-15-2008.pdf>).

⁶ Vgl. Sabine Schiffer, *Markenbotschafterinnen für Krieg in Tod*, in: *Hintergrund. Das Nachrichtenmagazin*, 27.12.2025 (URL: <https://www.hintergrund.de/globales/kriege/markenbotschafterinnen-fuer-krieg-und-tod>). 

Andacht

Pfrin. i.R. Renate Hoepfner

Augustinerkloster zu Erfurt, 2. Mai 2026

Ich wünsche allen einen guten Morgen, einen Tag zum Zuhören, mitreden und lernen, einen Tag, der uns stärkt und uns Mut macht!

Ich heiße Sie willkommen in der Stadt, in der ich geboren wurde, die ersten Schritte getan habe, aufgewachsen bin in einer großen Familienrunde, lesen, schreiben, singen, lachen und lieben gelernt habe. Und die mich bis heute prägt, auch wenn ich seit 1971 nicht mehr hier wohne. Gelernt habe ich hier auch diese Strophe:

»Um Frieden haben wir schon oft gebetet, viele schöne Worte schon gemacht. Es war auch schlimm, wenn man nicht davon redet, doch wer hat schon an die Tat gedacht? Es war gut, wenn wir nicht nur die Hände falten, sondern sie auch rührten für die Welt, denn den Menschen helfen, Leben zu erhalten, fordert unser aller Zeit und Geld.«

Es gibt zum Thema Frieden wesentlich bessere Lieder, was die Textgestaltung angeht, aber das 14jährige Mädchen mit den langen Zöpfen hat dieses Lied seit 1968 nicht mehr losgelassen. Was tun für den Frieden und wie reden für den Frieden? – diese Frage beschäftigt mich mein Leben lang. In der Schule das Schießen verweigern und erstaunlicherweise doch nicht von der Schule zu fliegen, weil ein mutiger Lehrer das einfach für mich verschwiegen hat. Da habe ich gelernt, dass es eben nicht nur den eigenen Mut braucht, nein zu sagen, sondern auch die Zivilcourage des anderen. *Frieden braucht Verbündete.*

Frieden braucht Ehrlichkeit. Wir haben damals als Jugendliche in der Schule keine Antwort darauf bekommen, was im KZ Buchenwald nach dem Krieg geschah, aber wir alle wussten, was von 1933 bis 1945 dort passierte. Wir lernten den kommunistischen Widerstand kennen, wir lasen das Buch vom Kind in Buchenwald. Wir kannten aber auch die Geschichte des Predigers von Buchenwald und fingen an, im Juli Gedenkgottesdienste vor der Zelle von Paul Schneider zu feiern. Was wir erst nach 1990 erfahren haben: dass die Verbrennungsöfen von Auschwitz von Topf & Söhne in Erfurt stammten, heute eine Gedenkstätte. Richtigen Frieden gibt es nur, wenn man zur eigenen Geschichte, auch zur Schuldgeschichte

unserer Stadt steht. *Frieden braucht Gedenkkultur.*

Frieden braucht Erinnerung, um die Phantasie zu beflügeln, wie Konflikte gelöst werden können. Deshalb jetzt ein kleiner kurzer Ausflug in die spannende Geschichte in der Reformationszeit hier in Erfurt:

Während Luther auf der Wartburg als Junker Jörg das Neue Testament ins Deutsche übersetzte, kam es vom 10. bis 12. Juni 1521 zum »Pfaffensturm« in Erfurt. In Häusern von Kanonikern wurde geplündert, auch von Uni-Angehörigen. Als das Luther später zu Ohren kam, schickte er nach Erfurt das Sendschreiben »An alle Christen in Erfurt« vom Juli 1522. Darin heißt es: »Denn wenn es auch gut ist, dass jene Frevler in ihre Schranken verwiesen werden, so bringt diese Vorgehensweise doch auch Schande über unser Evangelium und verständlichen Widerwillen.« Obwohl es in anderen Städten ähnliche Aufstände gegen den Klerus gab, galt Erfurt als besonders antiklerikal. Dieser Sturm verebbte ziemlich schnell; es erfolgte eine ziemlich unsichere Phase, deren Konsequenz aber das langsame Verschwinden von alten Traditionen des Klerus war. Z. B. endeten die Winkelmessen, die Tradition der großen Prozession kam zum Erliegen, der prächtige Silbersarg zu Ehren der Stadtheiligen Eoban und Adolar wurde zusammen mit anderen Schätzen 1525 eingeschmolzen. Obwohl Luther einräumte, wer schwach im Glauben sei, dürfe auch weiterhin Heiligenverehrung light machen. Auf Bitten von Johannes Lang hielt Luther zwei sehr beachtete Predigten im Oktober 1522 in der Michaeliskirche und dann in der Kaufmannskirche am Anger (der späteren Traukirche von Johann Sebastian Bachs Eltern). In diesen Predigten versuchte er die Christen Erfurts darauf einzuschwören, dem Glauben allein aus dem Evangelium zu vertrauen und die Worte Jesu ernst zu nehmen. Luther erhielt in dieser Zeit von den Erfurter Humanisten große Unterstützung. Besonders ist hier sein Freund Eobanus zu nennen.

In Johannes Lang und den evangelischen Predigern um ihn herum besaß Luther in Erfurt eine Macht. Luther hatte seinen Freund Lang als letzten Prior 1516 im Augustinerkloster eingeführt. Lang begleitete Luther auch zur Heidelberger Disputation 1518 und zur Leipziger Disputation mit Johannes Eck 1519. Im März 1522 trat Johan-

nes Lang aus dem Kloster aus, und die Klöster leerten sich zusehends.

Luther hatte vor allem Unterstützung durch die intellektuellen Humanisten. Die trafen sich regelmäßig in der Engelsburg, nicht nur zum guten Trinken, sondern auch zum Diskutieren. Diese trinkfreudige Humanistenrunde war nicht nur scharf in der Kritik am Klerus und an der mittelalterlichen Scholastik, sondern auch strategisch gut aufgestellt. Schnell besetzten sie führende Positionen an der Universität und ermöglichten so der reformierten Lehre Luthers den Siegeszug.

Nun ergab sich für den Erfurter Rat folgende Situation: Auf der einen Seite die evangelischen Prediger in der Stadt; der erste hatte schon bald geheiratet. Die feierten Gottesdienst nach der deutschen Messe und Abendmahl in beiderlei Gestalt. Arnoldi im Dom tat dies alles nach alter Ordnung. Ein regelrechter Predigtkrieg zwischen beiden Lagern war entbrannt. In dieser schwierigen Situation kamen ihnen ausgerechnet die Bauern des Umlandes zu Hilfe. Tausende stürmten im April 1525 die Stadt Erfurt. Die Zerstörungswut der Bauern richtete sich gegen die Einrichtungen der Kirche und des Erzbischofs. Der Mainzerhof hinter dem Dom wurde geplündert. Die Evangelischen wollten die Herrschaft aus Mainz abschütteln und verfassten 28 Artikel, auf deren Grundlage es eine neue Verfassung geben sollte. Die Gemeinden sollten ihre Pfarrer künftig selber wählen können. Die Entpflichtung vom Mainzer Erzbischof war am 5. Mai 1525 eine beschlossene Sache. Nun schienen den Evangelischen in Erfurt alle Türen offen zu stehen. Sie hatten aber die Rechnung ohne Luther gemacht. Der hatte sich ja schon einmal nach dem Pfaffensturm 1521 kritisch an die Erfurter gewandt und jetzt wieder: Luther sah in den aufmüpfigen Erfurtern eine Gefahr für die Reformation; und die verlorene Schlacht nur zehn Tage später bei Frankenhausen ließ die Unabhängigkeit des evangelischen Erfurt nur kurz währen.

Der alte Rat – natürlich überwiegend katholisch – kam wieder ins Amt und veranlasste, dass die weggeschickten katholischen Geistlichen wieder zurückgeholt wurden. So kehrten beide Konfessionen wieder in die Stadtmauern Erfurts ein. Dem Rat gefiel nämlich auch die evangelische Haltung z. B. zur Obrigkeit, und so lavierte der Erfurter Rat relativ tolerant zwischen den Konfessionen. Wenige Monate nach Luthers letzter Predigt 1529 in Erfurt kam es zum Hammelburger Vertrag – eine sehr praktische Konfliktlösung zwischen dem Erzbischof von Mainz und dem Erfurter Rat.¹

Albrecht von Mainz wurde als Landesherr anerkannt, moderate Entschädigungszahlungen für die Schäden an den klerikalischen Einrichtungen wurden vereinbart, und *lange* vor dem Augsburger Religionsfrieden wurde für Erfurt ein *gleichberechtigtes* Nebeneinander beider Konfessionen vereinbart, u. a. auch die Wiedereinführung des alten Ritus für den Dom; ansonsten durfte alles so bleiben: Die Altgläubigen behielten von den Kirchen acht: u. a. Dom, Severi, Allerheiligen, Newark, Lorenz und Wigberti: die Evangelischen erhielten Augustiner, Prediger, Thomas, Kaufmann ... Nachreformatorisch bekamen die Evangelischen bald die Oberhand, und bis heute gibt es in Erfurt doppelt so viel Evangelische wie Katholiken; aber das friedliche Miteinander hat sich über die Jahrhunderte fortgesetzt.

Kurz vor dem Papstbesuch 2011 hatte sich der dänische Bischofkonvent aufgemacht, Luthers Land zu besuchen. Das dänische Kirchenministerium hatte vergeblich versucht, diesen Besuch zu organisieren. Daher bat mich der Bischof von Odense, diesen Besuch zu organisieren: fünf Tage Lutherland. Berlin mit dem Besuch bei Weizsäcker und dem Ratsvorsitzenden, natürlich Wittenberg mit Luther und Schorlemmer, Eisenach und Erfurt; und in Erfurt interessierte sie besonders die Ökumene. Also bat ich meinen besten Schulfreund und Tanzstundenpartner, seinerseits inzwischen Rektor der Katholischen Fakultät hier in Erfurt, uns nicht nur Dom und Severi zu zeigen, sondern auch die Katholische Fakultät. Als wir dort im Festsaal waren, fragte mich der Bischof von Kopenhagen, woher wir uns so gut kennen würden, und ich meinte nur: die gleiche Schulbank, Tanzstunde, Mathezirkel und Jugendmesse schweißt zusammen. Und dann wollten sie es sehen, ob wir es noch können: den Wienerwalzer zusammen tanzen. Konnten wir damals noch, ziemlich gut sogar. Inzwischen wird das nichts mehr, er sitzt im Rollstuhl und ich, na, mit Wiener wird's auf alle Fälle nichts mehr.

Warum ich Ihnen dies alles so persönlich erzähle? Frieden ist persönlich, nicht privat: Wenn ich nicht bereit bin, mich zu öffnen, neugierig zu sein auf den anderen, ein Stück des Wegs mit ihm oder ihr zu gehen, mich zu fragen, warum denkst du so und nicht wie ich? Was hast du für eine Geschichte? Welche Erfahrungen hast du gemacht? Wenn mir mein Gegenüber egal ist, dann gibt es keine Chance auf Frieden! Wenn nur ich mir wichtig bin, ist der Weg zum Frieden versperrt! Also lasst uns neugierig sein aufeinander,

miteinander lernen, aufeinander hören und gemeinsam uns auf die Suche machen!

Gott ist unser Friede, wir leben nach Ostern, also können wir ganz offen in jeden Disput hineingehen und nach unserer Aufgabe für den Frieden suchen. Gott segne uns diesen Tag. Amen

Anmerkungen:

¹ Das Original befindet sich im Erfurter Stadtarchiv. Zum Hammelburger Vertrag vgl. URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Hammelburger_Vertrag 

Singt dem Herrn ein neues Lied – vom Lied der *neuen* Ethik

Josephine Kaiser

Predigt am Sonntag Kantate, 3. Mai 2026, über Kolosser 3,12–17, Augustinerkirche zu Erfurt

Der Wochenpsalm ist Psalm 98. Er beginnt mit dem Wochenspruch: »Singet dem HERRN ein neues Lied, denn er tut Wunder« (Psalm 98,1). In diesem Psalm ist das »Wunder« die Gerechtigkeit. Deswegen ist die Welt, sind die Völker, das Meer, die Berge, ja der ganze Erdkreis im Psalm aufgefordert, IHN zu preisen. Hier wird von einer neuen Schöpfungsordnung gesprochen. Das Wunder ist die Ordnung der Gerechtigkeit.

Aber was ist das neue Lied? Vom neuen Lied berichtet Kolosser 3,12–17:

(12) So zieht nun an als die Auserwählten Gottes, als die Heiligen und Geliebten, herzliches Erbarmen, Freundlichkeit, Demut, Sanftmut, Geduld; (13) und ertrage einer den anderen und vergebt euch untereinander, wenn jemand Klage hat gegen den anderen; wie der Herr euch vergeben hat, so vergebt auch ihr! (14) Über alles aber zieht an die Liebe, die da ist das Band der Vollkommenheit. (15) Und der Friede Christi, zu dem ihr berufen seid in einem Leibe, regiere in euren Herzen; und seid dankbar. (16) Lasst das Wort Christi reichlich unter euch wohnen: Lehrt und ermahnt einander in aller Weisheit; mit Psalmen, Lobgesängen und geistlichen Liedern singt Gott dankbar in euren Herzen. (17) Und alles, was ihr tut mit Worten oder mit Werken, das tut alles im Namen des Herrn Jesus und dankt Gott, dem Vater, durch ihn.

Das neue Lied singt der neue Mensch in Christus. Wer nämlich an Christus glaubt, wird anders; so wird aus dem alten Menschen ein neuer oder ein *anderer*. Damit geht eine Aufforderung einher: »Trachtet nach dem, was oben ist, nicht nach dem, was auf Erden ist« (Kol 3,2).

Der heutige Lesungstext spricht auch vom Töten, aber ganz anders als das Töten in Kriegslogiken. Getötet werden sollen »schändliche Leidenschaften, böse Begierde, Habsucht und Götzendienst« (Kol 3,5). Hier kann man vom Bekämpfen des schlechten Verhaltens sprechen. Mit dem Sterben und der Auferstehung Christi gibt es für den Menschen eine Möglichkeit, anders zu werden und damit anders zu leben. »Da ist nicht mehr Grieche oder Jude, Beschnittener oder Unbe-

schnittener, Nichtgrieche, Sklave, Freier, sondern alles und in allen Christus« (Kol 3,11). Der neue Mensch hat scheinbar die Möglichkeit, anders zu leben und damit in einer neuen Ordnung zu leben. Weder Nation noch Herkunft, Glaubensüberzeugungen, soziale Ordnungen spielen eine Rolle, all das zählt nicht: denn in Christus sind alle auf Augenhöhe verbunden. Keine Hierarchie, kein Machtgefälle. Nur Menschen.

Und dann der Auftrag dieses neuen Menschen im Sinne seiner neuen Bestimmung:

»So zieht nun an als die Auserwählten Gottes, als die Heiligen und Geliebten, herzliches Erbarmen, Freundlichkeit, Demut, Sanftmut, Geduld; und ertrage einer den anderen und vergebt euch untereinander, wenn jemand Klage hat gegen den anderen [...]. Über alles aber zieht an die Liebe, die da ist das Band der Vollkommenheit. Und der Friede Christi, zu dem ihr berufen seid in einem Leibe, regiere in euren Herzen [...]. Und alles, was ihr tut mit Worten oder mit Werken, das tut alles im Namen des Herrn« (Kol 3,12–17).

Die Auserwählten Gottes sind die Heiligen und Geliebten. Der Schriftsteller Alain de Botton, schrieb einmal: »Vielleicht stimmt es, daß wir nicht wirklich existieren, bis jemand da ist, der uns existieren sieht. [...] kurz, wir sind nicht ganz lebendig, solange wir nicht geliebt werden.« Für mich ist das der zentralste theologische Gedanke der Erwählung, dass mich Gott anblickt und dieser Blick liebend ist. Dieser Blick verändert nicht nur das Leben, er heiligt es auch.

In der Welt, in der wir leben, wird tagein tagaus Menschen der Blick verweigert; sie werden schlicht und einfach nicht angeblickt. Nicht anblicken bedeutet auch: nicht anerkennen; es ist ein Unsichtbarmachen und ein Entwürdigen. Zuschreibungen kategorisieren unsere Lebenswelt: *Migrant, Frau, Arme, Behindert, Nutztier* usw. – all das sind Hierarchiegefälle, die Macht und damit einhergehende Diskriminierung und Unterdrückung legitimieren.

Aber auch Krieg beginnt damit, den Blick zu verweigern. Er entwürdigt den Anderen. Er verweigert ihm den Blick und damit das angeblickt werden. Politische Konstruktionen wie Freund und Feind schaffen Hierarchien und Machtgefälle. Der

Freund ist der Gute, dem man vertrauen kann. Der Feind ist der Böse, der bekämpft werden muss. Durch die Zuschreibung des Feindes wird der andere entmenslicht. Er ist das Objekt, ihm wird der Blick, dass auch er ein Mensch ist, verweigert.

Der Predigttext aber macht den Anderen zum Zentrum seines Anliegens. Es geht darum, den anderen zu ertragen, ihm zu vergeben – letztendlich geht es um die Perspektive der Geschwisterlichkeit. Das Handeln des neuen Menschen wird nun mit neuen Attributen versehen: *Erbarmen, Freundlichkeit, Demut, Sanftmut und Geduld*. Wie ich finde, sind es diese Worte, die christliche Ethik ausmachen, denn es sind die gleichen die Jesus in der Bergpredigt verwendet.

Über drei Dinge denke ich philosophisch und theologisch seit einer Ewigkeit nach. Es klingt so einfach, aber was soll *Erbarmen, Sanftmut und Geduld* eigentlich bedeuten?

Es gibt im Griechischen verschiedene Begriffe, die wir in den deutschen Übersetzungen nicht sehen können.

Erbarmen: *σπλαγχνίζομαι* (*splangchnizomai*); wortwörtlich heißt das »Aus den Eingeweiden Mitleid fühlen«. Das Wort Barmherzigkeit wird im Alten Testament nur in Bezug auf Gott gebraucht, mit einer einzigen Ausnahme (Psalm 112). Barmherzigkeit und Erbarmen ist deswegen eine Nachahmung des Handelns Gottes gegenüber dem Menschen. Im Alten Testament ist das Wort *רחמי* (*rachamim*), Barmherzigkeit, abgeleitet von *רחם* (*rechem*), Gebärmutter/Mutterleib. Der Mutterleib ist der Sitz der Empfindung; das Wort lässt erkennen, dass das Leid des anderen im Inneren selbst gespürt wird. Erbarmen ist also mehr als gnädig sein, es ist ein aktives und aufrichtiges Mitleiden und Fürsorge für den Anderen.

Sanftmut: Sanftmut im Sinne des Neuen Testaments ist eine Haltung, die auf Zorn und Gewalt verzichtet. Jesus wird als sanftmütig beschrieben (Matthäus 11,29), was ihn von einem aggressiven oder tyrannischen Herrscher unterscheidet. Im Alten Testament kommt es nur einmal vor (in Psalm 45) in der Trias: Wahrheit, Sanftmut und Gerechtigkeit.

Geduld: Der Bibeltext hat Humor. So kommt nach der Aufforderung zur Geduld direkt der Verweis, den Anderen zu ertragen. Eberhard Jüngel nennt in seinem Buch *Über die Geduld* (1983) die Geduld Gottes den langen Atem seiner Leidenschaft.

Ein leidenschaftlicher Gott ist tolerant, so Luther. Die Geduld taucht im Alten Testament meistens mit der Barmherzigkeit und der Gnade auf und hat die Liebe zum Ziel. Jüngel beschreibt das so: »Die Liebe braucht Zeit, um ihr Ziel, um den Sieg der Liebe über die Gewalten der Lieblosigkeit zu erreichen.« Geduld mit der Welt, mit dem Anderen und mir meint: das zu begrüßen, was wir, die Welt und der andere noch nicht sind. Aber was wir sein *könnten*. Es scheint so, als wäre der neue Mensch mit seinen neuen Eigenschaften ein Mensch, der mitfühlend ist, Fürsorge trägt, auf Gewalt verzichtet, der leidsensibel ist.

Das neue Lied ist also eine Ethik, nämlich Friedensarbeit, Arbeit für den Frieden, zu dem, wie der Text sagt, wir berufen sind, denn der »Frieden regiert von nun an unsere Herzen« (Kol 3,15). Ich komme also zum gleichen theologischen Schluss wie die Tagung an diesem Wochenende: Frieden ist die Leitperspektive des Christentums, und dieser Frieden definiert sich über Mitgefühl, Sanftmut und Geduld. Vielleicht ist das nicht nur das neue Lied, sondern auch das Wunder, dass es möglich ist, *anders* zu existieren, unter anderem Vorzeichen, wie Karl Barth sagen würde

Wenn ich also sage, dass das neue Lied eine Ethik ist, dann sage ich im Grunde genommen das gleiche wie Barth in seiner Ethik: die ethische Frage ist nämlich nicht irgendeine unter anderen Fragen. Sondern die ethische Frage ist die Existenzfrage: »Es ist nicht so, dass der Mensch existiert und dann auch noch handelt. Sondern er existiert, indem er handelt.« So existenziell wie das hier klingt, muss man doch den Bibeltext auch begreifen: der neue Mensch handelt anders, aber das betrifft doch – als neuen Menschen – seine ganze Existenz.

So möchte ich zum Abschluss sagen: die Frage ist nicht, *ob* wir handeln sollen, sondern *wie*. Ganz sicher gibt es dafür kein Patentrezept; dafür ist die Welt und jede Situation zu komplex. Aber es gibt eine Ethik, die uns ausrichtet. Wir alle haben also daher aus christlicher Perspektive jeden Tag die Möglichkeit, auch *anders* zu handeln und damit ein *neues* Lied zu singen. Dieses neue Lied singt die Ethik, die für die Ordnung der Gerechtigkeit eintritt. »Über alles aber,« so erinnert uns der Predigttext, »zieht an die Liebe, die das Band der Vollkommenheit ist« (Kol 3,14). Oder, um es mit den Worten der Schwarzen Bürgerrechtsaktivistin Alice Walker zu sagen: »Bestimmt kann die Welt gerettet werden von allen Menschen, die auf Liebe bestehen.«

Amen.



Tagungsrückblick

Dr. Uwe-Karsten Plisch

Haben wir in den letzten drei, gemeinsam verbrachten, Tagen etwas gelernt? Ich kann nur für mich sprechen, vermute aber, dass es anderen ähnlich geht – also: ja. Manche Vorträge haben mit ihrer Dichte meine Gedanken zum Tanzen gebracht und mir Lust zum Weiterdenken gemacht. Da es nicht möglich ist, den Inhalt aller Vorträge in zehn Minuten zusammenzufassen – wäre es möglich, wären es ja keine guten Vorträge gewesen – lege ich den Schwerpunkt vor allem auf einige sprachliche Feinheiten und Beobachtungen, wie ich sprachliche Sensibilität und sprachliche Sensibilisierung ja zu Anfang auch als journalistische Tugend und Aufgabe eingefordert hatte.

Beginnen will ich mit der lustigsten Meldung des gestrigen Tages. Sprache ist ja selbst kreativ und schafft Pointen, die vom Sprecher gar nicht intendiert sind. Mir geht es jedenfalls manchmal so, dass Leute, weil sie von mir sowieso spitze Bemerkungen erwarten, über einen meiner Sätze lachen und ich ein, zwei Sekunden brauche, bis ich die Pointe auch kapiert habe. Nun also die lustigste Nachricht von gestern: Die US-amerikanische Billigfluglinie Spirit Airlines stellt ab sofort ihren Flugbetrieb ein – wegen zu hoher Spritpreise. Dabei hat Calau nicht mal einen Flughafen. Glaube ich. Ich habe es nicht recherchiert. Die Nachricht ist nicht nur lustig, sie ist auch interessant, weil die Folgen des US-Krieges gegen den Iran, der sich ja eigentlich gegen China und dessen Ölnachschub richtet, nun auch auf die USA zurückfallen. Und es ist auch eine gute Nachricht, jedenfalls freue ich mich immer über ausgefallene Flüge, denn jeder ausfallende Flug ist ein kleiner Beitrag zum Schutz des Klimas.

Gestern war aber auch der 15. Jahrestag der Tötung von Osama bin Laden, mit der Barack (arabisch: der Gesegnete) Obama seine Wiederwahl sicherte. Der Codename des Targets, also Osama bin Ladens, war Geronimo, nach dem legendären Apachenhäuptling, denn, wie wir aus der Geschichte der Kolonisierung Nordamerikas wissen: »Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer«. Zu meinen größeren Aha-Erlebnissen bei meinem ersten Besuch in den USA gehört die Erkenntnis, dass die berühmte Schlacht am Little Bighorn in der US-Geschichtsschreibung gar nicht so heißt. In den USA heißt sie: Custer's Last Stand – Custers letztes Gefecht. Benennung ist eine Frage des

Standpunkts. Und/oder der Macht. In Lewis Carrolls *Through the Looking Glass* (Alice im Spiegelland) gibt es folgenden aufschlussreichen Dialog zwischen Alice und Humpty Dumpty:

»I don't know what you mean by ›glory‹« Alice said. Humpty Dumpty smiled contemptuously. »Of course you don't – till I tell you. I meant ›there's a nice knock-down argument for you!‹« »But ›glory‹, doesn't mean ›a nice knock-down argument,‹« Alice objected. »When I use a word,« Humpty Dumpty said, in rather a scornful tone, »it means just what I choose it to mean – neither more nor less.« »The question is,« said Alice, »whether you *can* make words mean so many different things.« »The question is,« said Humpty Dumpty, »which is to be master -- that's all.«

Wer die Definitionsmacht hat, kann auch zu Krieg »friedenserhaltene Maßnahme« sagen, und fast wehmütig denke ich an Zeiten zurück, in denen Euphemismen noch nötig schienen. Aber zurück zu Osama und Obama. Die Spezialoperation, in der Osama bin Laden getötet wurde, hieß: Operation Neptune Spear – womit mir eine elegante Überleitung zum Thema Mythos gelungen wäre, mit dem wir die Tagung begonnen haben.

Mythenkritik, haben wir von Philipp Meinhardt gelernt, ist ein genuin biblisches Thema. Wobei gegen den Mythos als Versuch umfassender Weltdeutung, also etwas, das gute Wissenschaft *nicht* leisten kann (und sich dessen auch bewusst ist), gar nichts einzuwenden ist, solange der Mythos als Mythos erkennbar bleibt. Nach dem vermeintlichen Sieg des Logos, also der Vernunft, ist der Mythos nun zurück; aber er tarnt sich als Logos, und das macht ihn gefährlich.

Nach dem Mythos des aufgeklärten Humanismus: dem Ideal des weißen Mannes, der den unterentwickelten Völkern Kultur (bei)bringt (bei Kipling: »white man's burden«), der blind war für seine Voraussetzungen (Ausbeutung, Sklaverei etc.) soll es nun der Mythos Wissenschaft richten. Die Phrase »wissenschaftlich betrachtet« ersetzt ebenso fehlende Argumente wie die Phrase »in Zeiten leerer Kassen« oder »der demographische Wandel«. Die Erlösungshoffnung des Transhumanismus – Unsterblichkeit durch Technologie – ist mir vollkommen fremd. Wieviel Angst muss einer um sein Leben haben, der theoretisch unsterblich ist?

Teeren, federn, vierteilen kann man ihn ja immer noch. Die Vertauschung von Schöpfer und Geschöpf ist exakt das, was der Apostel Paulus am Anfang des Römerbriefs als den Kern der Sünde ausgemacht hatte. Als Christ freue ich mich schon auf die Entzauberung dieser Erlösungshoffnung und nehme zur Beschreibung einer Allmachtsphantasie, deren Kehrseite der Minderwertigkeitskomplex ist und die Machbarkeit für eine hinreichende Legitimierung hält, das Bonmot mit: »Utilitarismus auf Crack«. Selbstimmunisierung gegen Kritik ist übrigens ein typisches Kennzeichen fundamentalistischen Denkens.

Den Mythos der erlösenden Gewalt hat mir Thomas Nauerth noch einmal ganz neu aufgeschlossen mit der Frage, wie es komme, dass Menschen gewaltsame Lösungen favorisieren, obwohl der Mensch dafür nicht geschaffen ist. Die Anthropologisierung der Gewalt, also ihre Verankerung in der menschlichen Natur, ist, obwohl widerlegt, ein häufig traktiertes Argument. Im Band einer Erfurter Tagung der Evangelischen Bruderschaft St.-Georgs-Orden (StGO) zu Kreuzzügen und Friedensdiensten heißt es gleich im ersten Beitrag unter Berufung auf Harnack über Krieg als anthropologische Grundgegebenheit: »Die historische Erfahrung erweist diesen Satz als zutreffend.« Die historische Erfahrung beweist dies, wie wir gelernt haben, nun gerade nicht. Der Versuch, ein Ziel zu erreichen durch das Tun des Gegenteils, ist schlicht widersinnig – so wie Saufen, um wieder nüchtern zu werden, oder Rauchen gegen den Krebs.

Als Bonmots nehme ich mit: »Es gibt so viele attraktivere Möglichkeiten zu sündigen, als Kriegsdienst zu leisten.« Und: »Der Glaube an die erlösende Gewalt gegen jede Evidenz ist irrationaler als jede Religion.« Wer Superheld:innen sucht, die nicht dem Mythos der erlösenden Gewalt erliegen, lese den Pazifisten Karl May! (Bei May gibt es genau zwei *typoi* des Edelmenschen: den Apachenhäuptling Winnetou und die Kurdenkönigin Marah Durimeh).

Stephan Hebel hat uns in seinem Vortrag über »Die ›Wahrheit‹ in den Medien« (sein) journalistisches Ethos nahegebracht – das gibt es nämlich durchaus. Wer sich lieber komplett desillusionieren lassen möchte, kann einfach Balzacs zwischen 1837 und 1844 entstandenen Roman *Verlorene Illusionen* über Literatur und Journalismus in Zeiten der Kapitalisierung von allem lesen. Der zieht so richtig runter. Der Platz der Wahrheit und damit des Journalisten, der sein Handwerk ernst nimmt, ist zwischen den Stühlen, und der

Wahrheit kommt am nächsten, wer nicht glaubt, in ihrem Besitz zu sein. Das könnten sich auch Theolog:innen ruhig hinter die Ohren schreiben. Ich beziehe mich mit ein. Journalismus und Haltung schließen sich nicht aus: es gilt, fundamentale Rechte zu verteidigen – und zwar gegen alle. Zeitdruck schwächt guten Journalismus, denn er führt zu Vereinfachung, Dramatisierung und Alarmismus; Polarisierung geht auf Kosten von Differenzierung und Abwägung. Was Leitmedien als Leerstelle lassen, wird unweigerlich von anderen gefüllt. Im Krieg ist die Wahrheit weder auf der einen, noch auf der anderen Seite, sondern nur auf der Seite des Rechts. Ich habe gelernt, dass die Rede vom »vergessenen« Krieg eine Nebelkerze ist, denn er verschiebt die Verantwortung für das Nichtwissen und Nicht-zur-Kenntnis-Nehmen. Ich habe gelernt, dass die kapitalistische Organisationsstruktur der Medien im Widerspruch zu ihrer Aufgabe steht und es deshalb darauf ankommt, die öffentliche Meinungsbildung als Gemeingut der Finanzlogik zu entziehen. Als Bonmot nehme ich mit: »Journalismus *unterliegt* vorherrschenden Ideologien« – und auf das »unterliegt« kommt es hier an.

Ich freue mich schon darauf, den Abendvortrag von Sabine Schiffer in unserer Zeitschrift *Verantwortung* nachlesen zu können, denn der Versuch, ihn hier in all seinem Detailreichtum mal eben Revue passieren zu lassen, kann nur scheitern. Dass 99 Prozent der Menschheitsgeschichte ohne organisierte Kriegshandlungen ausgekommen sind, hat mich doch überrascht, obwohl ich natürlich weiß, dass Krieg ein Kulturprodukt ist und nicht Teil der menschlichen Natur. Ponsonbys »Zehn Grundsätze der Kriegspropaganda« sollte man sich eigentlich mindestens in A3 ausgedruckt übers Bett hängen oder über den Fernseher oder am Schreibtisch über den Computerbildschirm. Dass Propaganda und PR dasselbe sind, ahnte ich schon; dass es dafür den Begriff der fünften Gewalt gibt, war mir neu. Wenn Orwell recht hat und nur das keine Propaganda ist, was nicht gedruckt werden soll, kann ich mir dieses Bonmot auch selbst zu Herzen nehmen. Ohnehin soll man aufhören zu schreiben, wenn man die Tinte nicht mehr halten kann (Lichtenberg, nicht Orwell). Die Königsdisziplin der Propaganda ist, PR in Nachrichten zu verwandeln, und das Zaubermittel ist die ständige Wiederholung. Aber schon der römische Satiriker Juvenal wusste (und dieses lateinische Zitat habe ich nicht erfunden): *Occidit miseros crambe repetitia magistrum* – ständig wiederholter Quatsch tötet den Schulmeister. Man kann es also auch übertreiben. Als Hoffnungszeichen nehme ich mit: Die Mehrheit

der Bevölkerung lehnt Kriege ab trotz aller Propaganda. Und ja: Die Wahrheit stirbt *vor* dem Krieg.

Gerwald Herters Vortrag hatte eine doppelte Scharnierfunktion. Zum einen stimmte er auf das sich anschließende Gespräch mit dem Friedensbeauftragten der EKD, Landesbischof Friedrich Kramer ein; zum anderen war er gewissermaßen die Nagelprobe auf Sabine Schiffrers Medienkritik und ihre Unterscheidung zwischen (gutem) Journalismus und Propaganda. Manches in seinem Einstieg hat mich verwirrt, anderes fand ich erhellend. Einerseits gibt es durch Drohnenaufklärung eine gläserne Front, andererseits weiß die Presse nicht, was vorgeht und berichtet lieber nicht. Dass Frieden ein Zustand, Krieg aber dynamisch sei, hat mich wie viele irritiert. Als sprachliche Feinheit nehme ich seine Problematisierung des Begriffs »Überfall« für Russlands Angriffskrieg mit. Ich habe in den Rückblick so viele Lektüreempfehlungen eingestreut, weil Gerwald Herter so eindrücklich über seine Erfahrungen mit dem Buch *Friede auf Erden* von Stanisław Lem berichtet hat. Ich werde seiner Leseempfehlung unbedingt folgen, weil ich dieses Buch von Lem noch nicht kenne, in seiner Beschreibung des Buches den Lem, den ich kenne, aber nicht wiedererkannt habe. Ich bin gespannt. Wenn Sie etwas über die realen Zustände an der Front unter den Bedingungen des Drohnenkriegs erfahren wollen, lesen sie den Roman *Die Nulllinie* von Szczepan Twardoch. Eine leichte Lektüre ist das allerdings nicht.

Manche haben sich vielleicht gewundert, warum die Kritik des Friedensbeauftragten an der Denkschrift der EKD, der doch mit Recht als ihr Kritiker gilt, nicht deutlicher ausgefallen ist. Da ich Friedrich Kramer genauso lange kenne, wie ihn Renate Hoepfner kennt, kann ich ihnen das erklären. Er hätte uns mit seiner Kritik nichts Neues gesagt und offene Türen eingeernt, denn er kennt natürlich die Kritik der Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung und wusste, dass die Kritik in vielfacher Form anwesend ist. Wären wir die Evangelische Bruderschaft St.-Georgs-Orden, hätte er sich anders geäußert; bei deren Tagung war er nämlich auch. Es hat auch mit seiner Positionsbestimmung zu tun: Zwischen den Stühlen, aber eben auf den Kanten beider Stühle, was unbequemer ist als einfach zwischen den Stühlen zu sitzen (schon die Vorstellung schmerzt), um so eine Brücke zu bilden. Ich nehme seine Lektüreempfehlung mit: den *Atlas der Zivilgesellschaft* von Brot für die Welt, und die Erinnerung daran, dass es für Christ:innen nur *eine* Zeitenwende gibt.

Im Gespräch zwischen Herter und Kramer wurde mit feinem Florett gefochten und der Händedruck zwischen beiden war das ikonische Bild der Tagung. Wenn wir es als Foto haben, ist es gut, wenn nicht: behalten sie es im Herzen. Der Platz des Journalisten zwischen den Stühlen bleibt solange eine wohlfeile Binse, bis er wirklich eingenommen wird. Ich nehme Kramers Widerspruch gegen die Scheinalternative von Krieg führen oder Nichtstun mit und die prägnante Gegenüberstellung von Friedenslogik und Kriegslogik. Friedenslogik heißt: Wie gewinnen wir Frieden für *alle*?; Kriegslogik heißt: Wie gewinnen *wir* den Krieg? Da beide die deutsche Panzerbrigade in Litauen besuchten und erwähnten, hier zur Erinnerung: Panzer sind Angriffswaffen.

Carola Richter hat uns die Mechanismen hinter der Nahost-Berichterstattung aufgezeigt. Ich bin zunächst, wie offenbar manch andere, an den internen Richtlinien des Springer-Verlags hängen geblieben. Einerseits liegt ihnen ein biografisch verankerter, geradezu moralischer Impetus zu Grunde, andererseits stehen Produkte des Verlags exemplarisch für schamlose, menschenverachtende Berichterstattung. Das zusammenzubringen fiel meinem Verstand schwer. Für das durch Umfragen unterlegte Unbehagen des Publikums an der Nahost-Berichterstattung gibt es grundsätzlich zwei Erklärungsmöglichkeiten: Die Leser:innen sind mündig genug, Manipulation zu durchschauen, oder: Sie sind einfach zu blöd. Dazwischen steht noch die sozialdemokratische Variante: Wir haben unsere Inhalte/Erfolge nicht gut genug kommuniziert. Kommunizieren ist von Hause aus übrigens kein intransitives Verb, weil Kommunikation interagierende Subjekte voraussetzt und keine Subjekt-Objekt-Beziehung ist, wie es der kapitalistische Waren-Fetisch gerne hätte. Dass der Siegeszug der national-religiösen Ideologie in Israel mit Merkels Staatsräson-Paradigma zusammenfiel, ist eigentlich so offensichtlich, dass es erstaunlich ist, dass das von Medien nicht stärker hinterfragt wird. Elitenzentrierung ist im Journalismus schlicht ein handwerklicher Fehler.

Karsten Frerichs begann seinen Vortrag mit seinem feinen Hinweis auf den doppeldeutigen Titel unserer Tagung. Er bedeutet eben nicht nur: Frieden und Kriege im Spiegel der Medien, sondern auch ganz wörtlich: Frieden und Kriege in den Medien. Manchmal braucht man eben etwas länger, um die eigenen Pointen zu begreifen, und andere lachen zuerst. Ich nehme die Erkenntnis mit, dass »Zeitenwende« eine Deutungsformel ist, keine Beschreibung von Wirklichkeit – man könnte auch sagen: eine Form von Mythenbil-

dung. Dass es auch »Abschaltthemen« gibt, wie Carola Richter gezeigt hat, belegt, dass uns Gewalt nicht triggert, jedenfalls nicht endlos. Dass es Gaffer gibt, weiß ich wohl; dass wir alle eine Tendenz zum Gaffen haben, mag ich nicht recht glauben, jedenfalls keine, die uns automatisch überwältigt. Wenn es auf der Autobahn einen Unfall gibt, bilden 100 Autos eine Rettungsgasse, und ein, zwei Schwachköpfe hängen sich an den Rettungswagen, um (etwas) schneller voranzukommen. Ohne weiteres glaube ich Frerichs' langjähriger Erfahrung als Journalist, dass es »heute unter Journalistinnen mehr Bereitschaft zur Selbstreflexion gibt als früher«; wirklich be-

ruhigt hat es mich nicht, weil größer nicht groß bedeutet. Nachdenklich hat mich der Hinweis auf »vergessene« Nachrichten gemacht. Deutsche Waffen in den Händen von Kindersoldaten sind ja eigentlich skandalös genug für eine Nachricht. Wenn sie dennoch »vergessen« werden, lautet die zwingende Frage: Warum ist das so?

Gab es Leerstellen? Wir haben zu wenig über Kapitalismus als der Wurzel (fast) allen Elends geredet, und ich meine das nicht als Floskel, sondern ganz wörtlich. Die nächste Tagung kommt bestimmt. 

Bleiben Sie zum Frieden bewegt! Erfurter Appell zu Frieden und Kriegen in den Medien

Herausgegeben von der Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung im Mai 2026

1. An alle, die Medien verantworten, gestalten oder nutzen: Lassen Sie sich nicht zum Teil des Krieges machen!

Wer Kriege führt, betrachtet die Medien als eines seiner Gefechtsfelder, auf denen er siegen will. Sieg bedeutet: die vorherrschende Meinung prägen. Dem müssen sich sowohl die widersetzten, die Medien gestalten oder in leitender Position verantworten, als auch die, die sie nutzen. Maßgebend sind die Handlungsgrundsätze in der Charta der Vereinten Nationen. Ihnen zufolge sind alle internationalen Konflikte friedlich beizulegen (Artikel 2, Nr. 3) und für alle Handelnden gilt das allgemeine Gewaltverbot (Nr. 4).

Deshalb bitten wir:

1. Lassen Sie Sie sich nicht zum Teil des Krieges machen! Wahren Sie Distanz und bewahren Sie eine grundlegend friedliche Haltung: Frieden ist besser als Krieg, Verhandeln ist besser als Gewalt, Recht ist besser als Unrecht.

2. Prüfen Sie kritisch die Narrative der Kriegführenden! Meist werden die Beteiligten darin in »gute Freunde« oder »böse Feinde« eingeteilt. Die Realität ist jedoch weit vielschichtiger und zumeist ambivalent. Dafür ist eine gründliche Konfliktanalyse unerlässlich. Sie deckt die wahren Konfliktprofiteure und ihre Motive sowie die Opfer und ihr Leid auf.

3. Widerstehen Sie der Faszination, dem Mythos der erlösenden Gewalt! Meiden Sie die Narrative angeblich unvermeidlicher Gewalt! Fragen Sie in den Kriegen stets nach Wegen, die aus dem Konflikt herausführen!

2. An alle, die Medien in leitender Position verantworten: Ermöglichen Sie journalistische Qualität insbesondere für den Frieden!

*»Medien dürfen keine Kriege führen. Sie dürfen höchstens darüber berichten.«
Siegfried Weischenberg (ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Journalistenverbandes)*

Auf dem Markt der Medien herrscht hoher Druck durch knappe Finanzen, technische Innovationen und kostenlose Online-Konkurrenz. Journalistische Qualitätsmedien zu erhalten und in die Zukunft zu führen, ist anspruchsvoll. Gerade das Thema Frieden zeigt, wie wichtig solche Medien für eine friedliche, demokratische Gesellschaft sind.

Deshalb bitten wir alle, die Verantwortung in Aufsicht und Leitung journalistischer Medien tragen:

1. Stehen Sie aktiv ein für fachlich gute journalistische Medien und sichern Sie immer und ausnahmslos die Standards journalistischen Arbeitens!

2. Geben Sie der Friedensthematik eine redaktionelle Priorität! Versuchen Sie, wenn irgend möglich, dafür Ihre zuständigen Redaktionen mit fachlich versierten Personen auszustatten!

3. Geben Sie in den Redaktionen den nötigen Freiraum, damit sie die Konflikte gründlich analysieren, Friedensansätze recherchieren und die Ergebnisse differenziert darstellen können! Dazu gehören gerade auch bewährte pazifistische Ansätze für Konfliktlösungen, die kaum Medienaufmerksamkeit erhalten.

4. Schützen Sie die Redaktionen vor Einflussnahme und »kognitiver Kriegsführung«, erzeugen Sie selbst keinen politischen Loyalitätsdruck!

In diesem Sinne begrüßen und unterstützen wir den Leipziger Appell zur Freiheit und Unabhängigkeit der Medien, den zahlreiche Verantwortliche in Medien-Unternehmen im März 2026 veröffentlicht haben. Zugleich teilen wir allen Verantwortlichen unsere Wahrnehmung mit, dass die Perspektive des Friedens, also die Auswegsuche aus imperialem Denken, Aufrüstung und Kriegselogik, in den Medien fast durchgängig zu kurz kommt.

3. An alle, die Medien journalistisch gestalten: Bleiben Sie professionell – mit Sachkenntnis, Haltung und Werten!

Der politische Journalismus ist keine Lebensversicherung: Das Risiko erst gibt seinen besten Antrieb.

Carl von Ossietzky (1889-1938, Journalist und Friedensnobelpreisträger)

Der redaktionelle Alltag ist anstrengend, die personellen Ressourcen eng begrenzt. Doch der Frieden braucht Sorgfalt, Expertise und Haltung.

Deshalb bitten wir die Gestalter*innen von journalistisch-politischen Medien:

1. Seien Sie ein kritisches Gegenüber zu Politik, Militär und allen anderen. Die Gesellschaft braucht Sie als vierte Gewalt in der Demokratie!
2. Es ist zu wenig, lediglich verschiedene politische Meinungen über Frieden, Kriege und Kriegsgefahren abzubilden. Checken Sie anhand einer Konfliktanalyse die Fakten, wo Sie es können! Entlarven Sie Widersprüche und Lügen! Erläutern Sie Hintergründe wie verdeckte Abhängigkeiten, wirtschaftliche Interessen und historische Entwicklungen. Ihr Text braucht Kontext!
3. Halten Sie ihre Berichterstattung strukturell und inhaltlich unabhängig!
 - 3.1. Übernehmen Sie nicht nur die Bilder und Informationen der Kriegführenden! Beispiel: Mit Luft-Clips von einschlagenden Raketen zeigen Sie die Perspektive des Militärs, die Opfer bleiben hinter der Videospiel-Ästhetik verborgen. Besser keine Bilder als nur solche.
 - 3.2. Übernehmen Sie nicht unreflektiert die Begriffe der Kriegführenden! Beispiel: Gegnerische Führungspersonen werden nicht »ausgeschaltet« als wären sie ein Elektrogerät, sie werden getötet. Oder – wenn es vorsätzlich war: sogar ermordet.
 - 3.3. Messen Sie mit einem Maß für alle! Beispiel: Wer von »Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine« spricht, sollte auch vom »Angriffskrieg der USA gegen den Iran« sprechen.

4. Schauen Sie selbstkritisch auf die geistigen Voraussetzungen Ihrer Arbeit! Seien Sie standhaft, wenn Sie unter Loyalitätsdruck gesetzt werden! Journalismus ist immer »Third Party«, unabhängiges Gegenüber zu eskalierenden Akteuren.

5. Der Frieden braucht Ihre Aufmerksamkeit mehr als der Krieg. Denn Krieg ist laut und generiert viele (Falsch-) Informationen. Frieden ist leise und hat nicht sogleich die große Bühne. Kritische Friedensforschung und politischer Pazifismus zählen durch ihr inhaltliches Gewicht im Einklang mit dem Völkerrecht. Halten Sie Ausschau nach Lösungsvorschlägen, auch oder gerade dann, wenn diese Vorschläge nicht auf der offiziellen politischen Tagesordnung stehen! Verweigern Sie sich der militaristischen Engführung im Diskurs!

6. Widerstehen Sie dem Reiz der zusätzlichen Aufmerksamkeit, die Ihre Medien durch Kriege gewinnen (mehr Klicks, Auflage, Einschaltquoten, mehr politische Einflussnahme)! Bewahren Sie die journalistische Perspektive!

4. An alle, die Medien nutzen: Unterstützen Sie gute journalistische Arbeit!

Man kann nicht jeden Berg selbst besteigen, aber man sollte wissen, von wem man sich die Aussicht schildern lässt.

Wir sind dankbar für die Medienvielfalt und -qualität in Deutschland. Sie ist relativ gut im weltweiten Vergleich. Doch der qualitätsvolle Journalismus ist bedroht. Er benötigt inhaltliche und finanzielle Wertschätzung sowie gesellschaftlichen Schutz.

Schutz für unabhängige Medien bedeutet:

1. Ein angemessen abgesicherter Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk, der seinen Programmauftrag erfüllt.
2. Unabhängige Print- und Online-Medien, die ebenfalls angemessen finanziert sind.
3. Guter Journalismus und eine wache Nutzerschaft sind aufeinander angewiesen.

Wir bitten alle, denen Frieden und Demokratie am Herzen liegen:

1. Nutzen und unterstützen Sie Bezahl-Angebote guter Medienanbieter! Nur so lassen sich Vielfalt und Qualität dauerhaft sichern. Scheinbar kostenlose Nachrichtenportale im Internet oder in den Sozialen Medien sind zu wenig. Denn ihre Arbeitsweise ist nicht transparent genug.
2. Nehmen Sie sich Zeit für Netz-Recherche – auch in den Nischen! Das Internet bietet hervorragende Informationen, Analysen und Hintergründe. Alle guten Anbieter sind dort zu finden.
3. Treten Sie selbst aktiv für die Logik des Friedens ein! Tragen Sie ihre Vorschläge an die Medien heran! Fordern Sie ein, berücksichtigt zu werden! Kritisieren Sie, wo dies nicht geschieht! Debattieren Sie mit, wo Medien geeignete Plattformen bieten!
4. Unterstützen Sie die Einführung eines Schulfachs Medienbildung mit Lehrplan, geschulten Lehrkräften und didaktischem Material!

Wir bitten alle, die vorrangig in den Sozialen Medien unterwegs sind:

1. Halten Sie die gigantische Fülle an Content auf diesen Kanälen nicht für eine ausreichende Informationsbasis!
2. Verlangen Sie mehr als kurze Clips und bunte Nachrichten auf kostenlosen Plattformen! Wenn etwas scheinbar nichts kostet, zahlen Sie in Wahrheit mit Ihren Daten und Ihrer Aufmerksamkeit. Die sichert sich jemand für seine Interessen.
3. Denken Sie nicht, nur weil eine Information überall zu finden ist, sei sie richtig und wichtig! Reichweiten können von privaten Interessen gesteuert werden. Bei ihnen geht es oft nicht um journalistische Kriterien wie Relevanz und Korrektheit.
4. Suchen Sie sich einige, verschiedenartige Informationsquellen mit einem professionellen journalistischen Anspruch aus! Vergleichen Sie beim Nutzen und vertrauen Sie nur vorsichtig!
5. Lassen Sie sich seriöse Information etwas wert sein!

Der Demokratie und der Medienkultur im heutigen Deutschland liegen schlimme Erfahrungen aus der NS-Diktatur mit ihrer Pressezensur und Meinungsmanipulation zugrunde.

Die Erkenntnisse, die daraus gezogen wurden, müssen weiterhin gewahrt werden:

Unabhängige, pluralistische und fundierte Medien sowie ihre kompetente Nutzung sind unverzichtbar für eine offene und demokratische Gesellschaft.

Grundgesetzlich verpflichten uns die Erkenntnisse zum Frieden:

Diese Bewährungsprobe steht nun an.

Hinzu kommen neue Erfordernisse:

Die neue Situation in den Medien erfordert Qualitätsjournalismus und unbedingt eine gute Medienbildung. Beide unterstützen die Bürger*innen dabei, Meinungsbildungsprozesse zu reflektieren und Propaganda zu erkennen.

In diesem Sinne bitten wir alle, die Medien nutzen oder gestalten oder in leitender und aufsichtlicher Position verantworten:

Bleiben Sie zum Frieden bewegt!

Gez. Vorstand der Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung
Uwe-Karsten Plisch, Vorstandsvorsitzender

Gerd Bauz, Klaus Höflich, Edith Höll, Renate Höppner, Michael Karg, Reinhard Müller, Björn Rugenstein

Informationen über die Herausgeberin des Erfurter Appells

Die Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung e.V. führt das Lebenszeugnis ihrer Namensgeber fort. Dietrich Bonhoeffer und Martin Niemöller waren evangelische Pfarrer und Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Das Regime inhaftierte beide in Konzentrationslagern. Bonhoeffer wurde kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs ermordet. Niemöller blieb durch glückliche Umstände am Leben. Er entwickelte sich zu einer der führenden Persönlichkeiten in Deutschland für den Pazifismus und gegen die atomare Bewaffnung.

Mitglieder der Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung e.V. sind friedensbewegte Menschen aus verschiedenen Konfessionen und aus allen Regionen Deutschlands. Die Organisation ist von den verfassten Kirchen unabhängig, pflegt zu ihnen aber gute persönliche und inhaltliche Beziehungen. Ihr Sitz ist Wiesbaden. In der Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung e.V. haben sich 2024 zwei Organisatio-

nen zusammengeschlossen. Dies dokumentiert ihr Satzungsname: Martin-Niemöller-Stiftung und Dietrich-Bonhoeffer-Verein für Frieden, Demokratie, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Ihr Kurzname lautet: Bonhoeffer- Niemöller-Stiftung e.V.

Mehr Informationen und Kontakt unter bonhoeffer-niemoeller-stiftung.de



Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Gerd Bauz

Frankfurt a. M., Organisationsberater

Lilith Becker

Frankfurt a. M., Leiterin des Social-Media-Netzwerks yeet.de im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP)

Stephan Hebel

Frankfurt a. M., Journalist und Autor
(Frankfurter Rundschau, Der Freitag)

Renate Hoeppner

Magdeburg, Pfrin. i. R.

Karsten Frerichs

Frankfurt a. M., Chefredakteur des
Evangelischen Pressedienstes (epd)

Josephine Kaiser

Hamburg, Evangelische Theologin

Friedrich Kramer

Magdeburg, Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Friedensbeauftragter der EKD

Philipp Meinhardt

Halle (Saale), evangelischer Theologe

Dr. Thomas Nauerth

Bielefeld, römisch-katholischer Theologe, apl.
Professor für Religionspädagogik am Institut für
Katholische Theologie der Universität Osnabrück

Dr. Andreas Pangritz

Osnabrück, evangelischer Theologe, Professor em.
für Systematische Theologie an der Universität
Bonn

Dr. Uwe-Karsten Plisch

Berlin, Referent für Theologie, Hochschule und
Genderpolitik in der Bundesgeschäftsstelle der
Evangelischen Studierendengemeinden in
Deutschland, Hannover, Vorsitzender der Martin-
Niemöller-Stiftung und des Dietrich-Bonhoeffer-
Vereins

Dr. Carola Richter

Berlin, Kommunikationswissenschaftlerin, Profes-
sorin am Institut für Publizistik- und Kommunika-
tionswissenschaft der Freien Universität Berlin

Dr. Sabine Schiffer

Berlin, Medienwissenschaftlerin, Professorin an
der University of Applied Sciences, Frankfurt a. M.,
Institut für Medienverantwortung

Die Zeitschrift „Verantwortung“ wird herausgegeben im Auftrag der Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung (Martin-Niemöller-Stiftung und Dietrich-Bonhoeffer-Verein für Frieden, Demokratie, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung e.V.). Mit Namen oder Signum gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. der Herausgeber wieder. Leserbriefe, Artikel und Anzeigen werden an die Redaktionsadresse erbeten. Schicken Sie uns Ihre Beiträge bitte in digitaler Form im Word-Format per E-Mail.

Herausgeber

Uwe-Karsten Plisch
Michael Karg
Reinhard Müller

Redaktion

Andreas Pangritz

Redaktionsschluss

für Heft 78: 31. Oktober 2026

Zusammenstellung durch das Gemeinschaftswerk
der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH
Frankfurt am Main
Verantwortlicher Redakteur, Innenteil: Uwe Gepp
Veröffentlicht in: epd-Dokumentation Nr. 28-29/2026
am 7. Juli 2026

Druck

Strube Druck & Medien GmbH

Umschlaggestaltung: Klaus Pfeiffer

Grafik Cover: Adrian Messner / Edith Höll

Fotos Cover: Stephan Krebs

Als epd-Dokumentation zu bestellen bei:
Gemeinschaftswerk der Evangelischen
Publizistik (GEP) gGmbH
Emil-von Behring-Str. 3
60439 Frankfurt am Main
E-Mail: kundenservice@gep.de

Oder als Sonderdruck:

Die „Verantwortung“ kann bestellt werden über
die unter „Kontakte“ genannten Möglichkeit, die Webseite
des dbv oder über jede Buchhandlung mit Angabe
der ISSN 0936-7454.

**Vorstand der Bonhoeffer-Niemöller-
Stiftung (Martin-Niemöller-Stiftung und
Dietrich-Bonhoeffer-Verein e.V.)****Vorsitzender**

Uwe-Karsten Plisch
Parkstraße 40
13086 Berlin
ukp@bundes-esg.de

Stellvertretende Vorsitzende

Michael Karg
Dahlienweg 6
35447 Reiskirchen
michael.max.karg@web.de

Reinhard Müller
Arnsdorferstr. 25
02906 Waldhufen
reinhard.mueller44@gmail.com

Beisitzerinnen und Beisitzer

Gerd Bauz
Klaus-Dieter Höflich
Edith Höll
Renate Höppner
Björn Rugenstein

Kontakte

Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung (Martin-Niemöller-Stiftung
und Dietrich-Bonhoeffer-Verein e.V.)
Steingasse 9
65183 Wiesbaden
Telefon: (06 11) 9 54 54 86
E-Mail: niemoellerstiftung@t-online.de
<https://bonhoeffer-niemoeller-stiftung.de/>
<https://www.dietrich-bonhoeffer-verein.de>

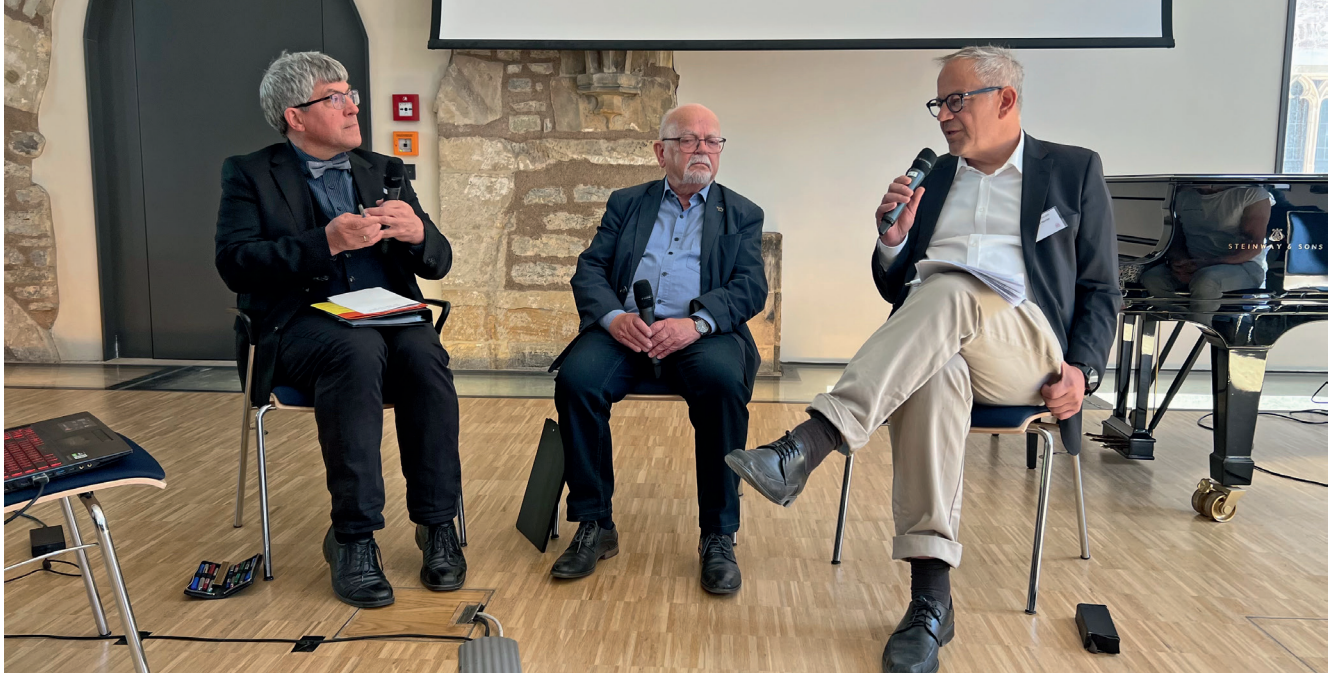
Regionalgruppe „Stuttgart“

Klaus-Dieter Höflich
Landauer Str. 74
70499 Stuttgart
Tel. (0711) 79485949
klaus.hoeflich@gmx.de

Bankverbindung

Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung
Volksbank Wiesbaden
IBAN: DE23 5109 0000 0008 3546 00
BIC: WIBADE5WXXX

Die Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung ist als gemeinnützig
anerkannt und berechtigt, Zuwendungsbestätigungen
für steuerliche Zwecke auszustellen. Mitgliedsbeiträge
an den Verein sind wie Spenden absetzbar.



Landesbischof Friedrich Kramer, Pfarrer i.R. Michael Karg, Gerwald Herter (© Foto Stephan Krebs)



Josephine Kaiser, Prof. Dr. Thomas Nauerth und Philipp Meinhardt (© Foto Stephan Krebs)



Evangelisches Augustinerkloster, Erfurt (© Foto Stephan Krebs)